

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortliche Redakteure epd-Dokumentation: Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) / Reinhold Schardt

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 28,85 Euro, jährlich 346,20 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 10. März 2020

www.epd.de

Nr. 11

■ Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing
zum 70-jährigen Jubiläum des Freundeskreises der Evangelischen Akademie
Tutzing e.V. in Kooperation mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am
Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin
Evangelische Akademie Tutzing, 14. bis 16. Juni 2019

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortliche Redakteure:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Vorwort – Gelebte Zivilgesellschaft: 70 Jahre Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing e.V.

Seit 1947 ist die Evangelische Akademie Tutzing Impulsgeber für Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Medien und Kirche. Ihr Auftrag ist es, Meinungsbildung zu ermöglichen, Wissen in Orientierung zu verwandeln, die Zivilgesellschaft zu fördern und die Demokratie zu stärken.

In diesem Auftrag wird die Akademie von einem Freundeskreis unterstützt, der 1949 im Schloss Tutzing gegründet wurde – im selben Jahr wie die Bundesrepublik. Vorträge, Tagungen, Bildungsreisen, Preisverleihungen, Diskussionsabende – der Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing tritt mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in Erscheinung. In vielen bayerischen Städten sind lokale Freundeskreise aktiv, um die Bildungs-idee der Akademie weiterzutragen. Etwa 1100 Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern engagieren sich hier als ehrenamtliche Mitglieder: organisieren, diskutieren, netzwerken – und bilden Zivilgesellschaft. Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm bezeichnet sie als »Multiplikatoren einer Diskussionskultur, in der das Argument gilt, das sorgfältige Abwägen seinen Stellenwert hat und unterschiedliche Positionen als bereichernd erlebt werden«.

Der Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing ist durch seine Bildungsarbeit ein Teil der engagierten Zivilgesellschaft unseres Landes. Sein Jubiläum feierte er deshalb mit einer

Tagung, die die 70-jährige Geschichte der Bundesrepublik Revue passieren ließ, und fragte, wie bürgerschaftliches Engagement die politische und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes mitgestaltet hat. Die Jubiläumstagung trug den Titel: »Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland«. Die Evangelische Akademie Tutzing, ihr Freundeskreis und das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) luden dazu ins Schloss Tutzing ein.

Gemeinsam mit Wissenschaftlern und bürgerschaftlichen Akteuren nahm die Tagung die entscheidenden Aufbrüche und Umbrüche in der Geschichte der Bundesrepublik in den Blick: Wiederaufbau und Wiedervereinigung, Demokratisierung und Migrationsgesellschaft. Wir wollten wissen, vor welchen Herausforderungen die Bundesrepublik in diesen Phasen stand, welche Konflikte die Gesellschaft prägten und welche Rolle die Zivilgesellschaft spielte. Was waren die Themen, die Handlungsfelder und die Organisationsformen bürgerschaftlichen Eingreifens und Agierens? Wie haben sich die Artikulationsmechanismen der Gesellschaft verändert angesichts wandelnder Herausforderungen und Aufgaben? Und natürlich haben wir auch einen Ausblick auf die Zukunft der Zivilgesellschaft in Deutschland gewagt.

Die Analysen zu den Aufbrüchen und Umbrüchen in der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Zivilgesellschaft sind in dieser Dokumentation ebenso nachzulesen, wie der Ausblick in die Zukunft. Auch aus kabarettisti-

scher Sicht haben wir die Zivilgesellschaft in den Blick genommen. Wir danken allen Referentinnen und Referenten für ihre Beiträge. Besonders dankbar sind wir für die wissenschaftliche Begleitung und fachliche Expertise bei der Konzeption und Durchführung dieser Tagung durch das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB.

Der Blick nach vorn am Ende der Tagung hat vor allem eines deutlich gemacht: Angesichts des schwächer werdenden gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land und der weltweiten Bedrohung freier demokratischer Gesellschaften bleibt es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger Debatten führen zur Zukunft unserer Gesellschaft und sich für eine stabile demokratische Gesellschaftsordnung engagieren. Die Bildungsarbeit Evangelischer Akademien als Foren für kontroverse gesellschaftliche Debatten, für wissenschaftliche Expertise und Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, wird wichtiger denn je.

Wenn diese Bildungsarbeit von einer engagierten Zivilgesellschaft begleitet und unterstützt wird, so wie die Evangelische Akademie Tutzing seit 70 Jahren von ihrem Freundeskreis, so ist das ein besonderer Glücksfall. Die Tagung »Aufbrüche, Umbrüche Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland« hat für dieses Engagement Anregung und Ermutigung geboten. Allen Mitwirkenden sei dafür nochmals herzlich gedankt!

Brigitte Grande, 1. Vorsitzende Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. und Pfarrer Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing

Quelle:

Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum 70-jährigen Jubiläum des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing e.V. in Kooperation mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Evangelische Akademie Tutzing, 14. bis 16. Juni 2019

Inhalt:

Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum 70-jährigen Jubiläum des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing e.V. in Kooperation mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Evangelische Akademie Tutzing, 14. bis 16. Juni 2019

► Vorwort

- Brigitte Grande M.A. und Pfr. Udo Hahn:
Gelebte Zivilgesellschaft: 70 Jahre Freundeskreis der
Evangelischen Akademie Tutzing e.V. 2

► Einführung

- Prof. Dr. Edgar Grande:
Wie wichtig ist die Zivilgesellschaft? 4

► Rückblick

- Prof. Dr. Manfred G. Schmidt:
Geschichte der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 6

► Aufbrüche I: Zivilgesellschaft und Wiederaufbau

- Prof. Dr. Wolfgang Schroeder:
Gewerkschaften als zivilgesellschaftliche Akteure in der Bundesrepublik 13

► Umbrüche I: Politischer Protest und Demokratisierung

- Prof. em. Dr. Dieter Rucht:
Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland 25
- Christine Scheel M.A.:
Kommentar: Zivilgesellschaft und Demokratie 35

► Aufbrüche II: Zivilgesellschaft und Wiedervereinigung

- Dr. h.c. Wolfgang Thierse im Gespräch mit Pfr. Udo Hahn:
Politischer Protest und Zivilgesellschaft im deutschen Transformationsprozess 38

► Umbrüche II: Migration und die neuen Bürgerbewegungen in Deutschland

- Prof. Dr. Hans Vorländer:
Migrationsgesellschaft und Zivilgesellschaft 45
- Julia Poweleit:
Kommentar: Zivilgesellschaft in der Migrationsgesellschaft – Die Geschichte
von »Asyl im Oberland« 51

► Zwischenruf

- Christian Springer:
»Stell dir vor, es herrscht Not und keiner geht ran« 54

► Ausblicke

- Prof. Dr. Edgar Grande:
Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland 57
- Dr. Thomas Röbbke:
Was trägt Kirche zur Entwicklung und Förderung des bürgerschaftlichen
Engagements bei. Einige Blicke auf ihre Besonderheiten 67

Einführung

Wie wichtig ist die Zivilgesellschaft?

Von Prof. Dr. Edgar Grande, Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

Evangelische Akademie Tutzing, 14. Juni 2019

Mit dieser Tagung soll die Arbeit eines zivilgesellschaftlichen Akteurs, des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing, gewürdigt werden. Der Freundeskreis feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Jubiläum, genauso wie die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb lag es nahe, in einem Tagungsprogramm beide Jubiläen zusammenzubringen. Bei der Konkretisierung des Tagungsprogramms mussten wir uns dann drei Fragen stellen. Zunächst haben wir uns gefragt, ob es überhaupt sinnvoll und angemessen ist, einen Zusammenhang zwischen der Geschichte der Bundesrepublik und der Zivilgesellschaft in Deutschland herzustellen. Nimmt man – und nimmt sich – die Zivilgesellschaft damit nicht zu wichtig? Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass die Zivilgesellschaft wichtig ist, stellt sich – zweitens – die Frage, was wir eigentlich unter Zivilgesellschaft verstehen? Wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu? Und nach welchen Kriterien soll das entschieden werden? Drittens schließlich mussten wir uns die Frage stellen, wie man diese Grundüberlegungen in eine praktikable Tagungskonzeption umsetzen kann. Welche Antworten wir auf diese Fragen gefunden haben, das möchte ich Ihnen nun kurz erläutern.

Zunächst: Weshalb haben wir den Fokus auf die Zivilgesellschaft gerichtet? Was hat die Zivilgesellschaft mit der Geschichte der Bundesrepublik zu tun? Im siebzigsten Jubiläumsjahr der Bundesrepublik wird ja Vieles und von Vielen gefeiert. Vor einigen Wochen erst wurde die Verfassung, unser Grundgesetz, gewürdigt und mit ihr sein oberster Hüter, das Bundesverfassungsgericht. Dabei wurde völlig zu Recht betont, dass für eine geglückte Demokratie eine gute Verfassung und gute Verfassungsorgane von größter Bedeutung sind. Aber die empirische Politikwissenschaft weiß natürlich schon seit langem, dass es auf Verfassungen und politische Institutionen alleine nicht ankommt. Als Kronzeugen für diese Einsicht möchte ich aber keinen Vertreter der politikwissenschaftlichen Systemlehre heranziehen, sondern einen der bekanntesten (und umstrittensten) konservativen Staatslehrer, nämlich Ernst Forsthoff. In der konservativen Staatslehre nimmt

der Staat ja bekanntlich eine herausgehobene Stellung ein und sie besitzt deshalb eine besondere Empfindlichkeit – mitunter auch Überempfindlichkeit – für alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte und Entwicklungen, die die Stellung des Staates zu gefährden drohen.

Für die konservative Staatslehre war die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik von Beginn an höchst irritierend. Auf das Provisorium, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entstanden ist, traf keines der klassischen Merkmale der Staatlichkeit in vollem Umfang zu. Die Staatsgewalt war eingeschränkt, das Staatsgebiet war unklar, das Staatsvolk war geteilt. Die außerordentlichen Leistungen der neuen Bundesrepublik – insbesondere das unerwartete »Wirtschaftswunder« – lassen sich, so Forsthoff, mit den klassischen Attributen von Staatlichkeit nicht überzeugend erklären. Offensichtlich waren für die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Erfolge der neuen Republik andere Faktoren verantwortlich – aber welche? Forsthoff hat versucht, auf diese Frage 1960 in einem noch heute lesenswerten kleinen Aufsatz in der Zeitschrift »Merkur« eine Antwort zu geben (vgl. Forsthoff 1960). Für ihn bestand das »Erstaunliche, unerwartet Neuartige der Entwicklung ... seit 1945 darin, daß es die Gesellschaft war, die sich wesentlich aus eigener Kraft regeneriert hat« (ebd., S. 810; meine Hervorhebung). Es sind die durch »die Selbstorganisation der Gesellschaft formierten Kräfte« (ebd., 811), die aus seiner Sicht für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik in den Anfangsjahren verantwortlich ist. Auch wenn er den Begriff selbst nicht verwendet, so lautet seine These im Kern, dass es gerade auf die Zivilgesellschaft in dieser Phase der Geschichte der Bundesrepublik angekommen ist. Daran sollte sich in der Folgezeit nichts ändern. Der ZEIT-Journalist Gunter Hofmann behauptete mehr als vierzig Jahre später in seiner »Anatomie« der Bundesrepublik: »Die Bundesrepublik regiert sich weitgehend selbst. Sie ist zur Zivilgesellschaft geworden, auf die man sich im Zweifel mehr verlassen kann als auf ihre Politik« (Hofmann 2004). Ich möchte diese Aussage jetzt nicht kommentieren. Für uns ist entscheidend, dass es gute Gründe gibt, bei der Würdigung der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik der Zivilgesellschaft eine besondere Be-

deutung beizumessen – so wie wir das mit unserer Tagung tun.

Das bringt mich zu unserer zweiten Frage: Was verstehen wir denn unter Zivilgesellschaft? Forsthoff selbst verwendet den Begriff nicht, bei ihm ist von Parteien und Verbänden die Rede. »Zivilgesellschaft« ist auch kein etablierter Begriff der politischen Systemlehre. Im Stichwortverzeichnis des Standardwerks zum politischen System Deutschlands von Manfred G. Schmidt – der anschließend den Eröffnungsvortrag zu unserer Tagung halten wird – finden wir den Begriff nicht (vgl. Schmidt 2016).

Der Begriff »Zivilgesellschaft« hat bekanntlich eine lange Geschichte, er wurde aber erst in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit den Bürgerbewegungen in Osteuropa wiederbelebt und hat seither größere Verbreitung gefunden (vgl. Adloff 2005). Der Begriff ist nicht unumstritten. Einige bevorzugen stattdessen den Begriff »Bürgergesellschaft« oder sie sprechen allgemein von »bürgerschaftlichem Engagement«. Im Grunde genommen beschreiben aber alle diese Begriffe das Gleiche, nämlich die freiwilligen Zusammenschlüsse, das freiwillige Engagement der Bürger *als Bürger* jenseits von Staat, Markt und Familie. In diesem Verständnis zeichnet sich Zivilgesellschaft durch eine große Vielfalt von Organisations- und Handlungsformen und durch eine große Bandbreite von Handlungsbereichen aus. Das Spektrum reicht vom Non-Profit-Sektor, also dem nicht gewinnorientierten wirtschaftlichen Handeln, über die vielfältigen Formen des ehrenamtlichen Engagements in Verbänden, Vereinen und Initiativen bis hin zur politischen Beteiligung, zu politischem Protest und zu sozialen Bewegungen.

Kurz gesagt: Die Zivilgesellschaft hat viele Gesichter und wir wollen Ihnen auf dieser Tagung einige dieser Gesichter zeigen. Weil sie aber so viele Gesichter hat, waren wir gezwungen, eine Auswahl zu treffen. Wir können hier die Zivilgesellschaft nicht in allen ihren Facetten präsentieren. Deshalb haben wir versucht, in unserem Tagungskonzept mehrere Anliegen miteinander zu verbinden. Wir wollen auf der einen Seite eine gewisse Breite und Vielfalt der Zivilgesellschaft aufzeigen, und wir wollen das auf der anderen Seite systematisch verbinden mit der Geschichte der Bundesrepublik. Unsere *Grundannahme* lautet: Die Geschichte der Bundesrepublik ist auch eine Geschichte ihrer Zivilgesellschaft. In den markanten Entwicklungsphasen der Bundesre-

publik spielten zivilgesellschaftliche Akteure und Bewegungen eine maßgebliche Rolle. Das gilt für die Jahre des Wiederaufbaus, die Phase der Demokratisierung der 60er und 70er Jahre, die deutsche Wiedervereinigung und schließlich den jüngsten gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Migrationsgesellschaft. Zu jeder dieser Phasen haben wir einen Themenblock vorgesehen. Ich gebe zu, dass diese Phaseneinteilung und Schwerpunktsetzung an manchen Stellen willkürlich ist. Aber in gewisser Weise steckt hinter jeder Periodisierung eine absichtsvolle Willkür. Entscheidend ist, dass es mit ihrer Hilfe gelingt, interessante Einblicke und Erkenntnisse zu gewinnen und ich hoffe, dass unsere Phaseneinteilung das leisten wird.

Wir wollen aber nicht nur zurückblicken, wir wollen auch nach vorne blicken. Wir wollen uns auf dieser Tagung auch mit den Zukunftsperspektiven der Zivilgesellschaft beschäftigen. Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft in Deutschland? Und was kann, was muss getan werden, damit die Zivilgesellschaft diese Herausforderungen bewältigen kann? Diese Fragen werden wir im Großen diskutieren, aber wir werden sie auch ganz konkret am Beispiel der evangelischen Kirche und des Freundeskreises der Evangelischen Akademie erörtern. Wir wollen uns dabei von Beiträgen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven informieren, inspirieren und provozieren lassen. Das Spektrum der Referierenden dieser Tagung reicht von Wissenschaftlern, über Praktiker*innen aus Politik und Zivilgesellschaft bis hin zum zivilgesellschaftlich engagierten Kabarettisten. Die Vielfalt der Themenschwerpunkte, Herangehensweisen und Argumente der einzelnen Beiträge zeigt eindrucksvoll, dass die Zivilgesellschaft die Bundesrepublik entscheidend geprägt hat – und dass die großen Herausforderungen, vor denen sie steht, ohne eine starke Zivilgesellschaft nicht bewältigt werden können.

Literaturhinweise:

Adloff, Frank, 2005: Zivilgesellschaft. Frankfurt a.M.

Forsthoff, Ernst, 1960: Die Bundesrepublik Deutschland. Umriss einer Realanalyse. In: MERKUR, 14. Jg., H. 9, S. 807-821.

Hofmann, Gunter, 2004: Abschiede, Anfänge. Die Bundesrepublik – eine Anatomie. München.

Schmidt, Manfred G., 2016: Das politische System Deutschlands, 3. Auflage. München. 

Rückblick

Geschichte der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Von Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Heidelberg

Evangelische Akademie Tutzing, 14. Juni 2019

Mir ist aufgegeben worden, zur Geschichte der Zivilgesellschaft in Deutschland vorzutragen. Mein Vortrag beginnt mit der Zivilgesellschaft heute, im Jahr 2019. Daran schließt sich der Blick zurück an. Zweifach: zunächst bis in die 1970er und 1980er Jahre, anschließend bis in die Frühphase der Bundesrepublik Deutschland und die Jahre vor ihrer Gründung. Sodann werden die Schubkräfte der Zivilgesellschaft erörtert, ihre Wirkungen diskutiert und die deutsche Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich porträtiert. Offene Fragen der Beobachtung und Bewertung der Zivilgesellschaft beschließen meinen Vortrag.

1. Zivilgesellschaft heute

»Zivilgesellschaft« ist ein Begriff der politischen und der wissenschaftlichen Sprache für einen besonderen Bereich moderner Gesellschaften.¹ Er bezeichnet alle Organisationen und Bewegungen, die sich auszeichnen durch

- freiwillige Mitgliedschaft
- eine Position zwischen Staat, Markt und Privatsphäre
- öffentliche Aktivität
- ziviles (nicht-militärisches) und gesetzesverträgliches Tun und Lassen
- sowie Streben nach »öffentlichen Gütern« – oft im Sinne der Tradition der Aufklärung.

Wer gehört zur Zivilgesellschaft? Nach geläufiger Auffassung zählen als ihre Mitglieder insbesondere

- Vereine,
- Verbände,
- soziale Bewegungen, auch Protestbewegungen,

- Bürgerinitiativen und
- Stiftungen.

Je nach engem oder weitem Begriffsverständnis werden Religionsgemeinschaften sowie bisweilen politische Parteien ebenfalls zur Zivilgesellschaft gezählt. Die Zivilgesellschaftlichkeit der Religionsgemeinschaften ist umstritten, weil in ihnen das Prinzip der durch Beitritt erlangten freiwilligen Mitgliedschaft in der Regel nicht gegeben ist. Die Parteien werden aufgrund ihrer Staatsnähe meist nicht oder nur am Rande als »zivilgesellschaftlich« gewertet.

Die Zivilgesellschaft vereint eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen. Zu ihr gehören ein umfänglicher nichtpolitischer Teil und ein politischer Sektor. Der nichtpolitische Teil umfasst größtenteils Massenorganisationen wie Sportvereine, Wandervereine und Vereine des Musikwesens – kurz: »Freizeitorganisationen«. Zum politisch engagierten Teil der Zivilgesellschaft gehören vor allem die Organisationen und Bewegungen, die nach politischem Einfluss streben – in der Öffentlichkeit und auf die Regierungspolitik. An Interessenverbände, soziale Bewegungen, politische Protestbewegungen und andere Kollektive ist dabei vor allem gedacht.

Wie groß ist die Zivilgesellschaft in Deutschland? Nach eigenen Angaben ist die Zivilgesellschaft mittlerweile eine Millionen zählende Wachstumsbranche. Allein die Zahl der zu ihr gerechneten Organisationen beispielsweise ist eindrucksvoll – 605.000 Vereine wurden 2017 in Deutschland gezählt, so berichtet der vom Bundesamt für Statistik herausgegebene *Datenreport 2018* (S. 374). Beachtlich ist auch die Zahl der zivilgesellschaftlichen Interessenverbände. Allein der sogenannten Lobbyliste nach zu urteilen – sie enthält die offiziell registrierten und damit beim Parlament und bei der Regierung anhörungsberechtigten Verbände – gibt es derzeit mehr als 2.300 Verbände.

Die Zahl der Mitwirkenden an der Zivilgesellschaft ist ebenfalls eindrucksvoll – trotz der

Bandbreite der hierzu vorliegenden Informationen. Höchstzahlen berichtet der per Telefoninterviews durchgeführte *Freiwilligen survey 2014*. Ihm zufolge haben 44 Prozent der über 16-Jährigen »Zivilengagement« (Alscher et al. 2018, S. 377).² Hierbei werden allerdings Mitwirkende mit regelmäßiger und seltener Beteiligung zusammengezählt. Strengere Messungen signalisieren allerdings niedrigere Beteiligungswerte. Weniger als die Hälfte – 19 Prozent der mindestens 16-Jährigen – ermittelt das *Sozioökonomische Panel* für »regelmäßiges Engagement«, das als »mindestens einmal pro Monat« definiert ist (Alscher et al. 2018, S. 376). Und erheblich kleinere Mitgliederzahlen signalisiert zudem die »aktive Mitgliedschaft/ Ehrenamt«-Statistik laut *ALLBUS* (der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften).³

Nach Mitgliederzahlen zu urteilen überragt der nichtpolitische Teil der Zivilgesellschaft den politischen Bereich – und zwar zunehmend (Weßels 2018, S. 355). Die größten Mitgliedschaften verzeichnen die Sportvereine, sodann Vereine, die sich der Kultur bzw. der Musik widmen und sonstige »Hobbyvereine«. Noch eindrucksvoller wird der Vorrang der nichtpolitischen Zivilgesellschaft vor der politischen, wenn auch die Religionsgemeinschaften mitgezählt werden.

2. Stationen der Zivilgesellschaft seit den 1970er Jahren

Seit wann spielt die Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland eine nennenswerte Rolle? Seit den 1970er und 1980er Jahren, sagen viele Beobachter. Sie haben dabei vor allem den politischen Teil der Zivilgesellschaft im Blick. Tatsächlich erregen neue politische Organisationen und politische Bewegungen der Zivilgesellschaft in diesen Jahrzehnten viel Aufsehen – und finden sich seit den 1980er Jahren vor allem mit den »Grünen« und dem linken Flügel der SPD auch im Deutschen Bundestag vertreten. Als besonders auffällige Organisationen der Zivilgesellschaft zählen dabei vor allem

- die seit Mitte der 1970er Jahre besonders sichtbare Anti-Atomkraft-Bewegung,
- die Ökologiebewegung,
- die Frauenbewegung und – vor allem –
- die Friedensbewegung, die insbesondere im Streit um die »NATO-Nachrüstung« gegen die sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen »die

größte Protestmobilisierung in der alten BRD« wurde, so die Worte eines Historikers zur Geschichte des politischen Protestes in Deutschland (Gassert 2018, S. 159).

Für die 1970er und 1980er Jahre als Aufstiegsperiode der Zivilgesellschaft, insbesondere ihres politischen Teils, spricht auch ihr kräftiges Wachstum in dieser Zeit. Davon zeugen viele Indikatoren, die Zahl der Organisationen und der Mitglieder der Zivilgesellschaft beispielsweise, oder ihre Spender, Stiftungen, Themen und Tätigkeitsfelder, sowie ihre Tätigkeit in Notlagen wie in der Flüchtlingskrise von 2015, in der die ultraliberale Migrationspolitik der Bundesregierung und der Bundestagsopposition die Länder und Kommunen vor größte Herausforderungen bei der Unterbringungen und Versorgung der Flüchtlinge stellte.⁴

Seit den 1970er Jahren wächst die Zivilgesellschaft (jedenfalls den Trends zufolge), aber mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Besonders kräftig expandiert bis heute der »Freizeit-Sektor« der Zivilgesellschaft (Datenreport 2018, S. 354-355). Abnehmende Mitgliederzahlen hingegen berichten die Religionsgemeinschaften, die politischen Parteien und die Gewerkschaften, was Fachleute als Warnsignal deuten (Datenreport 2018; Weßels 2018; Niedermayer 2019).

Uneinheitlich verhält sich hingegen der politische Teil der Zivilgesellschaft: teils wächst, teils stagniert, teils schrumpft er. Die Anlässe und Ursachen sind jeweils verschieden. Viele Protestbewegungen waren nach dem Hoch der 1980er Jahre schwächer geworden, namentlich die Friedens-, die Umwelt- und die Frauenbewegungen. Doch zu Ende gelangt sind die Protestbewegungen nicht. Protest gegen Globalisierung und gegen Rechtspopulismus und Widerstreben gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise sind stärker als zuvor. Zudem bleibt der Protest gegen Nuklearrüstung und Atomkriegsgefahr eine Konstante (Gassert 2018, S. 209 ff, S. 237 ff., S. 79). Außerdem wecken neue Themen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das gilt namentlich für klimapolitische Themen, wie die Mobilisierungskraft der »Fridays for Future«-Bewegung zeigt, und für verkehrspolitische Streitfragen.

3. Stationen der Zivilgesellschaft vor den 1970er Jahren

Wer meint, die Zivilgesellschaft spiele erst seit den 1970er Jahren eine größere politische Rolle,

unterschätzt ihr Gewicht vor den 1970ern: Vereine, Verbände und Protestbewegungen waren schon in den 1950er und 1960er Jahren lautstark vernehmbar – Religionsgemeinschaften ebenso und politische Parteien allemal.

Unterschätzt werden oft auch die Massenproteste gegen Hunger und währungsreformbedingte Teuerung schon vor 1949 (Gassert 2018). Am 12. November 1948 beispielsweise wurden in der Bizone 9 Mio. Beteiligte am 24-stündigen Generalstreik gegen Hungersnöte infolge der Währungsreform gezählt (Gassert 2018, S. 31). Ebenso unterschätzt werden oft die Proteste der »Besatzungsgeschädigten« gegen die militärische Okkupation Deutschlands; und unterschätzt werden zudem meist die Organisationen und der Protest der Kriegsoffer und der Vertriebenen, die die politische Landschaft der 1950er Jahre beeinflussten (Gassert 2018, S. 54 f.). Sodann ist der heftige Konflikt um die Wiederbewaffnung und um die Nuklearrüstung von Flugzeugen der Bundeswehr zu bedenken.

Zudem entstanden neue Sorgen in den 1950er und 1960er Jahren. Viele Beobachter der politischen und wirtschaftlichen Lage befürchteten übermächtig werdende Interessenverbände. Davon zeugen allein die Titel einflussreicher Buchveröffentlichungen, von denen hier nur zwei erwähnt werden sollen: »Herrschaft der Verbände?« von Theodor Eschenburg ist einer von ihnen (Eschenburg 1955); und »Der Staat der Industriegesellschaft« von Ernst Forsthoff (Forsthoff 1971) ein zweiter. Mit dem »Staat der Industriegesellschaft« war gemeint, dass der Staat nur noch der Knecht oder die Magd der Industriegesellschaft sei, nicht länger ihr Herr.

Außerdem erlebt die Bundesrepublik in dieser Zeit heftige politische Oppositionsströmungen gegen die als »CDU-Staat« geschmähte politische Ordnung des Landes. Die Anlässe und Quellen der Kritik waren vielfältig. Doch besonders lautstark äußerten sich die oppositionellen Strömungen seitens der DGB-Gewerkschaften, der SPD und sozialliberal gestimmter bürgerlicher Wähler. Der Protest gegen den »CDU-Staat« hatte aber auch eine konfessionelle Komponente. Er dokumentiert das Widerstreben protestantischer und laizistischer Kreise gegen einen als stark »katholisch« eingeschätzten Staat (Gassert 2018, 82-83).

Wer die Anfänge der Zivilgesellschaft nur in den 1970ern sucht und dabei nur den Westen Deutschlands im Blick hat, erfasst nur einen Teil der zivilgesellschaftlichen Strömungen. Die Zivil-

gesellschaft spielte auch im Osten des geteilten Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, eine Rolle. Die Aufstände vom 17. Juni 1953 gegen den SED-Staat sind dafür ein eindrucksvolles Zeichen aus den 1950er Jahren. Später – vor allem seit der zweiten Hälfte der 1970er und mehr noch in den 1980er Jahren – kamen DDR-interne Oppositionsströmungen gegen die allgegenwärtige Parteiherrschaft der SED hinzu.

4. Schubkräfte der Zivilgesellschaft

Welche Schubkräfte trieben die Zivilgesellschaft an? Vielerlei kam dabei zusammen. Die Massendemonstrationen vor 1949 standen im Zeichen von materieller Not und Repressionen in den Jahren der militärischen Besatzung. Diese Proteste hatten eine starke nationale Komponente – mit deutsch-nationaler Prägung.

Gänzlich andere Beweggründe bestimmten die in den 1950er Jahren aufbrechende Opposition gegen militärpolitische Vorhaben, angestachelt zunächst durch den Streit um die »Wiederbewaffnung« und weiter geschürt von heftigen Auseinandersetzungen um die Nuklearbewaffnung. Eine kriegsmüde, zunehmend pazifistisch eingestellte Bevölkerung wandte sich von sicherheitspolitischen Anliegen der Abschreckung im Nuklearwaffenzeitalter ab – auch dies ein Kennzeichen einer von Kriegerschütterungen zutiefst geprägten »Kriegsfolgengesellschaft« (Naumann 2001).

Nichts aber wäre aus der Zivilgesellschaft in Deutschland geworden ohne den Wertewandel von den »materialistischen« zu den »postmaterialistischen Werten« (Inglehart 1997; Inglehart/Welzel 2005). Dieser Wertewandel wiederum war undenkbar ohne den steilen Wirtschaftsaufschwung in den 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahren, ohne das Emporkommen einer »Konsumgesellschaft« (Gassert 2018), ohne den Ausbau des Bildungswesens und ohne den Aufstieg der Massenmedien, einschließlich der Fernsehprogramme, mit denen politische Anliegen sich wie ein Lauffeuer ausbreiten konnten.

Gesetzliche Rahmenbedingungen kamen der Zivilgesellschaft ebenfalls zugute. Ohne die in der Verfassung verbrieften Versammlungsfreiheit (GG Art. 8) und das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden (GG Art. 9), hätten ihr zentrale Stützen gefehlt. Und ohne die Förderung aus öffentlichen Geldern – sei es über direkte finanzielle Zuwendungen oder indirekte, wie Steuererleichterungen

– hätten etliche zivilgesellschaftliche Organisationen nicht lange überlebt.

Schlussendlich ist die internationale Verflechtung ebenfalls eine Schubkraft für jenen Teil der Zivilgesellschaft geworden, der sich – hauptsächlich in Gestalt rechtspopulistischer Strömungen – gegen Globalisierung wendet, gegen Masseneinwanderung und gegen die Verlagerung vieler Kompetenzen auf inter- und transnationale Einrichtungen, wie die Europäische Union.

Gemeinhin wird dieser Teil der Zivilgesellschaft als »Zivilgesellschaft von rechts« eingestuft – im Unterschied zum Hauptstrom der »Zivilgesellschaft von links«, der überwiegend sozialliberal, grün und rot gefärbt ist. Genauer aber informiert die Einbettung der linken und der rechten Variante der Zivilgesellschaft in die »Konfliktlinien« der deutschen Gesellschaft – die Spaltungen in der Wählerschaft. Hier fallen eindeutige Zuordnungen auf.

- Bei der Staat–Markt–Spaltung – die klassische Links–rechts-Konfliktlinie – ist die deutsche Zivilgesellschaft überwiegend mitte-links oder auf der linken Seite des politischen Spektrums positioniert.
- Bei der Spaltung zwischen religiöser und säkularer Wählerschaft ist sie im Kern säkular, profitiert aber von kräftiger Mitträgerschaft der Kirchen in humanitären und pazifistischen Anliegen.
- Bei den materialistischen und postmaterialistischen Wertorientierungen neigt der Großteil der Zivilgesellschaft zu postmaterialistischen oder gemischten, materialistisch und postmaterialistisch gepolten Positionen.
- Bei der Spaltung zwischen kosmopolitisch versus lokal oder national schließlich geriert sich die Zivilgesellschaft überwiegend international.

Soweit der dominante Teil der Zivilgesellschaft. Ein Teil der Zivilgesellschaft in Deutschland ist in den Konfliktlinien anders verankert, nämlich eher materialistisch und überwiegend national oder lokal ausgerichtet, so die rechtspopulistische Variante.

5. Wirkungen der Zivilgesellschaft

Wie wirkt die Zivilgesellschaft und was bewirkt sie? Laut Selbstbeschreibung ihrer Fürsprecher ist

der Wirkungsradius der Zivilgesellschaft sehr groß. Die Zivilgesellschaft wirke nach innen und nach außen: sie sei sozial kohäsiv, schaffe Beteiligung, stärke die Selbsthilfe, bringe neue Themen in die Politik, trage bei zur Bildung neuer Einrichtungen – Umweltministerien beispielsweise oder Gleichstellungsstellen – und wirke als Instanz der politischen Kontrolle und der Warnung vor drohenden Gefahren (Speth 2018, S. 208-212).

Musterbeispiele großer, kohäsiver und demokratieförderlicher Wirkungen sehen die Fürsprecher der Zivilgesellschaft an vielen Stellen. Als Illustration sei ein einigermaßen repräsentatives Beispiel zitiert: eine Abhandlung von Thomas Meyer, einem Fachmann der Demokratieforschung, aus dem Jahre 2018. Die Zivilgesellschaft ist laut Meyer »die moralische Infrastruktur moderner Gesellschaften« (Meyer 2018, S. 145). Ihre Aktivitäten hätten wesentlich zur kulturellen Integration beigetragen und das »demokratische Potential des Gemeinwesens« »erhöht« (ebd., S. 146).⁵ Ihren sozialen Bewegungen seien »Erfolge« (ebd., S. 148) von historischer Bedeutung zuzuschreiben – »beim Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen und der Überwindung der Kernenergie in Deutschland« (ebd., S. 148). Zudem habe die Zivilgesellschaft einen »maßgeblichen Beitrag (...) bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015« geleistet (ebd., S. 139).

Trifft das wirklich zu? Ist die Zivilgesellschaft wirklich »die moralische Infrastruktur« und ein wesentlicher Motor – wenn nicht der wesentlichste – der kulturellen Integration, der Demokratisierung, beim Abbau atomarer Mittelstreckenraketen, auch der sowjetischen SS-20 – und beim Ausstieg aus der Kernenergie? Zweifel sind angebracht. Liegt hier nicht eine Überschätzung der Macht der Zivilgesellschaft vor? Wird ihre moralische Qualität nicht übertrieben? Und werden andererseits gegenteilige Sichtweisen nicht ebenso unterschätzt wie Streitigkeiten in der Zivilgesellschaft und Streit, den sie verursacht?⁶ Zudem wird die Binnenwirkung unterschätzt. Die Zivilgesellschaft habe eine starke »expressive Komponente«, so die Worte von Gassert (2018, S. 172) – und damit meint er eine bewegungsintern wichtige Selbstvergewisserung.

Zudem sind zwei Korrekturen fällig. Erstens: Die als »Erfolge« eingestuften Politikergebnisse wie Atomausstieg sind Ergebnis komplexer Ursachenketten, in denen die Zivilgesellschaft nur ein Rädchen unter vielen ist, das sich obendrein nicht in der Regierungsmaschinerie dreht, sondern außerhalb derselben. Und zweitens: Vom Engagement

in der Flüchtlingskrise bleibt bei genauerem Hinsehen ein weniger imponantes Bild übrig. Einerseits waren seit 2015 mindestens 32 Prozent der mindestens 16-Jährigen in der Flüchtlingskrise in irgendeiner Form engagiert. Andererseits erstreckte sich der größte Teil des Engagements auf Spenden (28 Prozent der mindestens 16-Jährigen). Erheblich kleiner war der Kreis, der Hilfe vor Ort leistete (wie insbesondere Sprachkurse oder Behördengänge) – auf diesen Kreis entfielen 6 Prozent der Befragten. Und 5 Prozent berichteten, an Protestmaßnahmen wie Demonstrationen teilgenommen zu haben (Alscher et al. 2018, S. 380).

6. Internationaler Vergleich

Wie steht Deutschlands Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich da? Zwei besonders auffällige Befunde erwähne ich. Der erste Befund kommentiert die Stellung der Zivilgesellschaft in der religiösen Konfliktlinie. »Die europäische Zivilgesellschaft hat ein säkulares Gesicht, die amerikanische ist religiös gefärbt.« So heißt es in Sigrid Roßteuschers instruktiver Abhandlung über *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie* (Roßteucher 2009). Das säkulare Gesicht kennzeichnet auch die Zivilgesellschaft in Deutschland.

Der zweite Befund platziert den deutschen Fall in drei Modellen der nationalstaatlichen Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen: ein »liberales«, ein »sozialdemokratisches« und ein »subsidiäres Modell« wird dabei unterschieden, so der Vorschlag von Annette Zimmer (2009). Im liberalen, vor allem in angelsächsischen Ländern anzutreffenden Modell, gilt die Zivilgesellschaft als weitgehend eigenständiger gesellschaftlicher Bereich. Der Kern des sozialdemokratischen, vorwiegend in Skandinavien beheimateten Modells, besteht aus Mitgliederorganisationen, die auf Wachstum und Inklusion angelegt sind, wie Parteien, Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung. Das subsidiäre, überwiegend in Zentral- und Südeuropa anzutreffende und durch die katholische Soziallehre beeinflusste Modell schließlich definiert Zivilgesellschaft »als vorrangig lokal verortete Solidargemeinschaft« (Zimmer 2009).

Deutschlands Zivilgesellschaft liegt, dieser Perspektive zufolge, in der Mitte zwischen dem subsidiären, dem sozialdemokratischen und dem liberalen Modell. Eine interessante Einstufung, die allerdings die ökologisch-grüne Ausrichtung der deutschen Zivilgesellschaft ebenso unterschätzt wie ihre Prägung durch die Religionsge-

meinschaften, insbesondere in humanitären und pazifistischen Anliegen.

7. Offene Fragen

Bei der Beobachtung und Bewertung der Zivilgesellschaft bleiben etliche Fragen offen. Klärungsbedarf besteht vor allem in folgenden Feldern:

- Wie wirkungsvoll ist die Zivilgesellschaft wirklich?
- Vertreter der Zivilgesellschaft haben oft hochgesteckte Ansprüche. Dem Gemeinwohl dienen sie, behaupten viele ihrer Mitwirkenden und ihrer Fürsprecher. Stimmt das? Ist derjenige, der gegen Globalisierung ankämpft, ein Vorkämpfer des Gemeinwohls? Und was ist mit den Strömungen der Zivilgesellschaft, die ihre Gegner am liebsten außer Landes weisen würden? Dient das dem Gemeinwohl?
- Ist die Zivilgesellschaft hinreichend legitimiert? Wenn ja: welche Legitimität ist das? Die traditionale? Die charismatische? Die legale? Oder die Output-Legitimität?
- Die Zivilgesellschaft ist nicht von den Wählern gewählt, beansprucht aber weitreichende Problemlösungen. Ist das akzeptabel?
- Schließlich – und mit dieser Frage beende ich meinen Vortrag: Wie steht es um die Zukunft der Zivilgesellschaft in einer Gesellschaft, die altert, was die Rekrutierung jüngerer Mitwirkender erschwert, und die sich weiter internationalisiert, was den politisch gestaltbaren nationalstaatlichen Raum verkleinert, wenn alles Übrige gleich bleibt?

Anmerkungen:

¹ »Zivilgesellschaft« hat zwei Bedeutungsvarianten: Sie ist ein wertender (»normativer«) Begriff der politischen Sprache einerseits und ein auf Fakten bezogener (»empirischer«) Begriff der Beschreibung andererseits. Als ein wertender Begriff meint Zivilgesellschaft ein Erneuerungsprojekt, ein Erneuerungsprojekt menschlichen Zusammenlebens in der Tradition der Aufklärung (Kocka 2006; Kocka et al. 2001). In diesem Begriffsverständnis sind die Spuren seiner Vorgeschichte in Lateinamerika und Osteuropa nachweisbar. Zivilgesellschaft war ursprünglich in Lateinamerika in den 1970er Jahren ein Kampfbegriff der Opposition gegen den autoritären Staat und seine Wirtschaft. Und in Mittel- und Osteuropa wurde die Zivilgesellschaft in den 1980er Jahren ein Erneuerungsprojekt der Opposition gegen den von marxistisch-leninistischen Parteien dominierten Staatssozialismus. Wer

dieser Bedeutung auch heute folgt, definiert die Zivilgesellschaft als ein Erneuerungsprojekt. Jürgen Kocka beispielsweise wertet die Zivilgesellschaft als ein »nicht eingelöstes Zukunftsprojekt menschlichen Zusammenlebens in der Tradition der Aufklärung« – rechtsstaatlich, demokratisch und wohlhabend (Kocka 2006). Eine ähnliche Sicht findet sich bei Klaus von Beyme (2006, S. 259-269). Eine kritische Distanz nimmt Ottmann (2017, S. 365 f.) ein. Ottmann zeigt, dass in der Rede von der Zivilgesellschaft recht »verschiedene Vorstellungen vom guten Leben« zum Zuge kommen können. »Zivilgesellschaft« ist im Übrigen auch ein Theorieprogramm, das im Unterschied zur marxistischen Politischen Ökonomie und im Gegensatz zur klassisch-soziologischen Ungleichheitsforschung vor allem die »Anerkennungs-« und die »Teilhabegerechtigkeit« erörtert, nicht, jedenfalls nicht primär, die »Verteilungsgerechtigkeit« (vgl. hierzu vor allem Kocka 2006).

² Basis: Seit Ende 2011 liegt die wissenschaftliche Leitung des Freiwilligenurveys beim Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA). Die Daten aller Erhebungsjahre sowie ausführliches Dokumentationsmaterial stehen Nutzerinnen und Nutzern für die wissenschaftliche Forschung über das Forschungsdatenzentrum des DZA zur Verfügung.

³ Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zivilgesellschaft ist besonders schwer zu schätzen, weil der Großteil ihrer Aktivitäten monetär nicht vergütet ist. Einfacher ist die Ermittlung der Zahl der Beschäftigten im wirtschaftsstärkeren Kern der Zivilgesellschaft, dem sogenannten »Non profit-Sektor« (im Sinne jenes Sektors, der weder Staat noch Markt ist) und von dort aus die Finanzierungsbasis. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beträgt nach Schätzungen von Adloff (2013, S. 915), der aus diversen Quellen berichtet, rund 2,3 Millionen (2007). Das sind 5,3 Prozent der Gesamtbeschäftigung in Deutschland. Die lag damals – 2007 – bei 43,3 Millionen Erwerbspersonen, davon waren 39,654 Millionen Erwerbstätige (Datenreport 2008, S. 111). Die Finanzierung dieses Sektors basiert zu rund zwei Dritteln (64,3%) auf Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten, auf Gebühren und Spenden (vgl. Adloff 2013, S. 915). Die Staatsferne der Zivilgesellschaft ist mithin relativer Art.

⁴ Von Letzterem berichten Quellen wie der Datenreport 2016, der Datenreport 2018 (S. 341-383) und zahlreiche Selbstzeugnisse der Zivilgesellschaft (beispielsweise Priller 2018, S. 189).

⁵ Dieses Argument spielt in der Lehre der Zivilgesellschaft seit Tocqueville (1835/40) eine wichtige Rolle. Eine robuste Zivilgesellschaft stärkt die Demokratie.

⁶ Siehe das von Strachnitz (2018, S. 374) kolportierte Zitat eines Vorstandsvorsitzenden eines großen deutschen Unternehmens am Rande einer Weltbankkonferenz in Berlin. Zivilgesellschaft? - »das sind doch nur die Leute, die mich daran hindern wollen, in mein Hotel zu kommen, wenn ich an einer internationalen Tagung teilnehme«.

Literaturhinweise

Adloff, Frank (2013): Vereine. In: Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Bd. 2. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 909-921.

Alscher, Mareike/ Priller, Eckhard/ Burkhardt, Luise (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Datenreport 2018, S. 373-382.

Erlinghagen, Marcel (2013): Ehrenamt. In: Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Bd. 1. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 199-212.

Eschenburg, Theodor (1955): Herrschaft der Verbände? Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 2018. Themenheft »Zukunft der Demokratie«, 31. Jg., H.1-2, Berlin.

Forsthoff, Ernst (1971): Der Staat der Industriegesellschaft. München: C.H.Beck.

Gassert, Philipp (2018): Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart: Kohlhammer.

Grande, Edgar (2018): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31(1-2), S. 52-59.

Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald/ Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.

Kocka, Jürgen (2006): Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit aus historischer Perspektive. In: Rehberg, Karl-Siebert (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Frankfurt a.M., S. 131-143.

Kocka, Jürgen/ Nolte, Paul/ Randeria, Shalini/ Reichardt, Sven (2001): Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Berlin: WZB Discussion Papers 01(801).

Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M., (Hrsg.) (2013): Handwörterbuch zur Gesellschaft

Deutschlands, 3. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Meyer, Thomas (2018): Migration, Religion und Zivilgesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 139-151.

Naumann, Klaus, (Hrsg.) (2001): *Nachkrieg in Deutschland*. Hamburg: HIS Verlag.

Niedermayer, Oskar (2019): Parteimitgliedschaften im Jahre 2018. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 50(2), S. 385-410.

Ottmann, Henning (2012): *Geschichte des politischen Denkens: Band 4.2.: Das 20. Jahrhundert. Von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung*. Stuttgart: J.B. Metzler.

Priller, Eckhard (2018): Wie offen ist die Zukunft der Zivilgesellschaft? Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 189-194.

Roßteutscher, Sigrid (2009): *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.

Speth, Rudolf (2018): Zivilgesellschaftliche Watchdogs. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 204-214.

Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hrsg.): *Datenreport 2016*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hrsg.): *Datenreport 2018*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Strachnitz, Rupert Graf (2018): Position und Perspektiven der Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 374-385.

Tocqueville, Alexis de (1981) [1835/1840]: *De la Démocratie en Amérique*, 2 Bd. Paris: GF Flammarion.

Von Beyme, Klaus (2006): *Politische Theorien der Gegenwart*, 8. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Weßels, Bernhard (2018): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hrsg.): *Datenreport 2018*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 350-357.

Wolfrum, Edgar (2013): *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005*. München: C.H.Beck.

Zimmer, Annette (2009): Zivilgesellschaft und Demokratie: Drei Modelle zivilgesellschaftlicher Einbettung. In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 58(3), S. 397-406. 

Aufbrüche I: Zivilgesellschaft und Wiederaufbau

Gewerkschaften als zivilgesellschaftliche Akteure in der Bundesrepublik

Von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Kassel

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Die Gewerkschaften gehören zu den erfolgreichsten sozial- und demokratiepolitischen Akteuren der Industriegesellschaften (Schroeder 2014). Sie hatten maßgeblichen Anteil daran, dass aus feudalen und autoritären Gesellschaften Demokratien wurden, in denen Arbeitnehmer soziale Teilhaberechte erhalten haben. Ihre Stellung und Einflussmöglichkeiten beruhten auf einer festen Verankerung sowohl im zivilgesellschaftlichen Sektor (Solidarorganisation mit gesamtgesellschaftlichem Anspruch), im politischen Sektor (Gewerkschaften als politischer Verband) als auch im Sektor der Interessenorganisationen (auf materielle Interessen/ Umverteilung orientierter Arbeitsmarktakteur). Wo aber stehen die Gewerkschaften heute?

Auf dem Weg zum anerkannten und befestigten Akteur, haben sich nicht nur die Umwelt- und Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit verändert, sondern auch die Gewerkschaften selbst. Dabei hat sich der Stellenwert zwischen den drei klassischen Funktionen der Gewerkschaften als Arbeitsmarktakteur, als Solidarorganisation und als politischer Verband verschoben.

Auch für die Gewerkschaften haben sich die Bedingungen ihres Handelns mit veränderten staatlichen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gewandelt. Nicht nur die traditionellen sozialen Milieus, auf denen sich ihre Erfolge als sozial-, demokratie- und wirtschaftspolitische Akteure aufbauten, sind mit der Zeit erodiert. Auch Internationalisierung und Europäisierung verändern den Gestaltungsspielraum national(staatlich)er Akteure. Vor allem aber haben sich der Arbeitsmarkt und damit auch die Beschäftigungsverhältnisse weiterentwickelt. Das Normalarbeitsverhältnis befindet sich auf dem Rückzug und der Boden gewerkschaftlicher Organisationserfolge verliert mit zunehmender Ausweitung des Dienstleistungssektors an Bedeutung. Die »privilegierte Partnerschaft« zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist nicht zuletzt seit Schröders »Agenda 2010« stark

relativiert worden. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ist in den letzten Jahren in starkem Maße durch andere gesellschaftliche Konfliktlinien überlagert worden (Grande 2018). Damit stehen die Gewerkschaften vor vielfältigen Herausforderungen, denen sie sich stellen und aktiv begegnen müssen, um weiter als souveräner Akteur und nicht als Spielball gesellschaftlich-politischer Verhältnisse zu landen. Bezogen auf die Gewerkschaften konstatiert Dettling (2002, S. 7) zwei Gefahren, die Anpassung an gesellschaftliche Realitäten zu verpassen. Einerseits, indem die Gewerkschaften »sich selbst, ihren Traditionen und Strukturen treu bleiben, aber eines Tages nicht mehr in die Zeit und zu den Menschen passen«. Andererseits, indem sie sich »nur noch anpassen, ihre Werte vergessen und mit der Zeit beliebig und austauschbar werden«.

In diesem Anpassungsprozess, so lautet der Vorwurf von gewerkschaftskritischer Seite, hätten die Gewerkschaften nicht nur ihren (Klassen-)Kampfcharakter zugunsten einer systemkonformen Institutionalisierung aufgegeben, sondern darüber hinaus sei ihre lebensweltliche Einbettung mit dem Verschwinden der klassischen Arbeitermilieus verloren gegangen. Sie waren nicht dazu in der Lage, sich an die veränderten Bedingungen am Arbeitsplatz, dem Wandel von Erwerbstätigkeit und neuen Formen der abhängigen Beschäftigung anzupassen. In der Folge erodiert(e) nicht nur ihre zivilgesellschaftliche Basis. Mit »straffer Organisation«, »beträchtlichem Bürokratismus« und der »spektakulären Herausbildung großer Verwaltungsapparate« seien aus den Gewerkschaften mit der Zeit vielmehr reine Dienstleistungsorganisationen geworden. Die »Gewerkschaft als Versicherungsbetrieb« habe »selbstverständlich völlig den Charakter einer ›Bewegung‹ verloren (Pirker 1965, S. 7f., 17).

Sind die Gewerkschaften tatsächlich erstarrt und haben somit endgültig den Anschluss verpasst? Wie ist es heute um die Gewerkschaften als »alte soziale Bewegung« bestellt? Ist das »Alte« nicht mehr nur ein zeitliches Unterscheidungsmerkmal zu den »neuen sozialen Bewegungen«, sondern Ausdruck einer veränderten Organisationsform,

der jeglicher Bewegungscharakter abhandlungskomplex ist? Wie verhält es sich mit der sozial- und lebensweltlichen Einbettung der Gewerkschaften? Haben sie sich von umfassenden Solidarorganisationen hin zu reinen Versicherungsvereinen entwickelt?

Diese Fragen sind nicht neu, vielmehr begleiten sie die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit den 1960er Jahren: In den 60er Jahren fand eine Debatte um die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb statt (bspw. Pirker 1965); in den 80er Jahren war die Rede »Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung« (Lucas-Busemann 1983) oder vom »Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?« (Ebbinghaus u.a. 1984). Was ist aus den »das Selbstverständnis ihrer Mitglieder ursprünglich prägenden soziokulturellen und politischen Inhalten, ihren spezifischen Solidar- und Kampfformen« (ebd., S. 11) geworden? Die Gewerkschaften haben sich verändert und werden sich auch weiterhin verändern müssen. Im Folgenden wird jedoch gezeigt, warum die Gewerkschaften trotz aller Wandlungsprozesse weiterhin zur Zivilgesellschaft gerechnet werden können und auch sollten. Sie sind mitnichten zum reinen Versicherungsverein verkommen, sondern vielmehr zu einem Teil verschiedener Welten geworden. Und trotz aller Probleme, sind sie auch weiterhin mehr als nur ein Akteur unter vielen.

1. Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft steht für Organisationen (Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, etc.), die auf den Prinzipien von Selbstorganisation, gewaltfreier Konfliktbereitschaft und partikularinteressenübergreifenden Vertretung im Sinne des Gemeinwohls aufbauen. Diese Organisationen bilden einen »Dritten Sektor«, der zwischen Markt, Staat und Privatsphäre existiert (vgl. bspw. Priller/ Zimmer 2000, S. 2f.).

Schubert (2007) unterscheidet in der intermediären Sphäre zwischen Gesellschaft und Staat vier Sektoren: den Sektor der auf materielle Umverteilung orientierten Interessenorganisationen, den auf Anerkennung ideeller Interessen orientierten weltanschaulichen Sektor, den Bereich politischer Gruppierungen und den zivilgesellschaftlichen Sektor. Die Gewerkschaften, als institutionalisierter Ausdruck selbstorganisierten, kollektiven Handelns von abhängig Beschäftigten, können als Teil der Zivilgesellschaft angesehen werden, stehen aber gleichwohl aus ihr hervor. Franz Neumann (1978) definierte bereits 1935 die drei

klassischen Funktionen der Gewerkschaften. Ihre Aufgaben gehen weit über eine rein genossenschaftliche Funktion, durch die Gewerkschaften als Solidarorganisation Solidarität und gegenseitigen Sicherung offerieren, hinaus. In ihrer Markt- und Kartellfunktion erbringen sie als ökonomischer Verband zur Durchsetzung kollektiver Interessen eine arbeitsmarktpolitische Kampffunktion. Daneben sind Gewerkschaften aber immer auch politische Verbände, die versuchen, in ihrem und im Sinne ihrer Mitglieder, Einfluss auf das politische System zu nehmen. Damit lassen sich die Gewerkschaften sowohl im politischen Sektor, im Sektor der auf materielle Umverteilung orientierten Interessenorganisationen als auch in der zivilgesellschaftlichen Sphäre verorten.

In ihrer Funktion als Solidarorganisation richtet sich der Blick primär auf die eigene Mitgliedschaft, die Mitgliederentwicklung und das Verhältnis zwischen Organisation und Mitgliedschaft. Dabei können die Grenzen zwischen Gewerkschaften und Gemeinwohl als fließend definiert werden (vgl. Dettling 2002, S. 7). Aber auch in Hinsicht auf die übrigen Funktionen und den Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften sind ihre Mitglieder existenziell wichtig. Sie stellen nicht nur durch ihre Beiträge die finanziellen Ressourcen, die die Gewerkschaften für ihr durchsetzungsorientiertes, konfliktorisches Handeln (Streik- und Aussperrungskasse) benötigen, sondern sichern auch das Quasi-Repräsentationsmonopol der Gewerkschaften auf der Einfluss-ebene. Aufbauend auf dieser Repräsentativität, durch das System der Tarifautonomie im deutschen Modell der Industriellen Beziehungen und die Inkorporierung der Gewerkschaften durch den Staat, fanden sich die Gewerkschaften in einer herausgehobenen und privilegierten Position wieder. Die DGB-Gewerkschaften verstanden und verstehen sich nicht nur als Sprachrohr ihrer Mitglieder, sondern gleichwohl als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer. Ihre herausgehobene Stellung in der deutschen Verbändelandschaft basierte auf der großen Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Durchsetzungsstärke. »Der Anspruch auf die Mitgestaltung von Staat und Gesellschaft gründete auf dem Selbstverständnis, nicht ein einfacher Interessenverband zu sein, sondern Träger der sozial- und wirtschaftspolitischen Willensbildung der Arbeitnehmer« (Grebing 2007, S. 201).

Mit dem Anspruch, nicht nur die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, sondern auch einen Beitrag zum Wohl der Gesellschaft zu leisten, »sind die Gewerkschaften seit jeher ein Stück der sich entwickelnden Zivilgesellschaft gewesen«

(Kocka 2003, S. 613). Kocka (ebd.) sieht die Arbeiterbewegungen sogar als die »stärksten zivilgesellschaftlichen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts«. Er deutet damit aber gleichfalls an, dass sich heute die Zuordnung der Gewerkschaften zur zivilgesellschaftlichen Sphäre nicht mehr ohne weiteres aufrechterhalten ließe.

Wie hat sich das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Gesellschaft verändert? Was ist aus der lebensweltlichen Verankerung der Gewerkschaften geworden? Und sind die Gewerkschaften tatsächlich von einer Emanzipationsbewegung aller Erwerbstätigen zu einem Versicherungsverein und Schutzverband für privilegierte Stammbelegschaften geworden

Die Gewerkschaften hatten sich bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, aufbauend auf Formen kollektiv organisierter Selbsthilfe, zu milieu- und lebensweltlich verankerten und etablierten Akteuren der Arbeiterbewegung entwickelt. Ihre Strukturen und Einbettungsformen charakterisierten sie als umfassende Solidarorganisationen. Mit ihrem Anspruch, über die Interessen ihrer Mitglieder und die der Arbeitnehmer hinaus gesamtgesellschaftliche Anliegen zu vertreten, wurden nicht nur die Gewerkschaften als Organisation ein Teil der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung »große Bevölkerungsschichten, die Arbeiterklasse, das Proletariat, zum ersten Mal für die Zivilgesellschaft gewonnen« (Kocka 2003, S. 613).

2. Veränderte Ausrichtung nach dem Zweiten Weltkrieg: Von der Solidarorganisation zum Tarifverband?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand mit der organisatorischen Neustrukturierung der deutschen Gewerkschaften ein Gewerkschaftssystem, das in den industriellen Beziehungen lange Zeit für eine außerordentliche Stabilität durch hohe Flächentarifbindung sorgte sowie zu einer starken institutionellen Stellung der Gewerkschaften beitrug. »Beseelt waren die Vertreter der Arbeiterbewegung von dem Gedanken, die Spaltung der Weimarer Zeit, die zur Niederlage der Arbeiterbewegung beigetragen hatte, in Einheitsorganisationen zu überwinden« (Schmidt 2007, S. 162). Ein Großteil der Spaltungen und Konkurrenten, die den gewerkschaftlichen Arm der Arbeiterbewegung charakterisierten, konnten mit der Neuausrichtung überwunden und integriert werden.¹ Die großen Industrie- und Einheitsgewerkschaften im DGB, die gewissermaßen über ein Interessen-

und Repräsentationsmonopol für alle Erwerbstätigen in den tarifvertraglich definierten Gestaltungsbereichen verfügen, wurden zu mitgliederstarken, bürokratisierten und professionalisierten Massenorganisationen. Diese Struktur führte zu einer großen Steuerungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften. Ihre Fähigkeit, wirtschaftliche Leistungssteigerung, soziale und demokratische Teilhabe sowie sozialen Frieden zu verbinden, ließ sie zu einem exponierten Akteur des »Modells Deutschland« werden und beförderte ihre Inkorporierung, Anerkennung und Befestigung innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik. Mit ihrer Integration in das wirtschaftliche und soziale Produktionssystem standen die Gewerkschaften jedoch vor einer zwiespältigen Ausrichtung, wie sie sich beispielsweise in der Frage »Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder als Gegenmacht?« (Grebing 1973, S. 393) widerspiegelte.

Bereits Ende der 1960er Jahre mehrten sich die Stimmen, die den Gewerkschaften, ob ihrer stagnierenden Mitgliederentwicklung und einem zunehmenden Funktionswandel, konstatierten, vom »Kampfbund zum Establishment« (Die Zeit, S. 15, 11.04.1969) geworden zu sein. Der ehemalige Kampfverband Gewerkschaft hätte sich zunehmend zu einer reinen Service-Organisation für seine Mitglieder entwickelt und wäre somit zum »Versicherungsbetrieb« (Pirker 1965, S. 7) geworden.

»Die Gewerkschaften sind von der Höhe eines emanzipatorisch orientierten, proletarischen Klassenkampfverbandes herabgesunken zu einem Dienstleistungsbetrieb, zu einer Verkaufagentur für Arbeitskraft, zu einem Unternehmen für Versicherungen aller Art, insbesondere für Streik- und Aussperrungsvollversicherung« (Grebing 1973, S. 394).

Aus Sicht der Gewerkschaften habe man sich jedoch mit der veränderten Ausrichtung, dem Wegfall sozialistischer, »systemtranszendierender Aktionen« (Nickel 1973, S. 479) für einen dritten Weg zwischen »den Extrempositionen Ordnungsfaktor des Status quo einerseits und evolutionärem Kampfverband andererseits« entschieden (Vetter 1970). Als »organisierte Gegenmacht« wären die Gewerkschaften weiterhin ein notwendiger »Integrations- und Stabilisierungsfaktor« (Nickel 1973, S. 481) mit einer gesamtgesellschaftlichen Funktion und nicht ausschließlich eine Dienstleistungseinrichtung für Mitglieder.

Gleichzeitig wurde bereits in den 1970er Jahren diskutiert, ob die Gewerkschaften sich nicht selbst überflüssig gemacht hätten (vgl. Grebing 1973, S. 395), zumindest im Hinblick auf ihre Funktion als klassische Schutzmacht der Arbeiter gegenüber der willkürlichen Ausbeutung durch Unternehmer. Heute zählen die wichtigsten sozialen Forderungen, die an der Wiege der Gewerkschaften standen, zum sozialen und demokratischen Grundbestand der Bundesrepublik. Deshalb meinen manche, dass die Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften auch einen Teil ihrer Schwierigkeiten ausmache. Denn in dem Maße, in dem die gewerkschaftlichen Forderungen zum Kernbestand des Sozial- und Rechtsstaates geworden sind, hätten die Gewerkschaften gleichsam an Funktion und Aufgabe eingebüßt.

Ein umfassendes Verständnis über die Entwicklung und den Zustand der Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft benötigt einen differenzierten Blick auf die Entwicklung in allen drei Feldern gewerkschaftlicher Aufgaben und der Gewerkschaften als Mitgliederorganisation.

Solidarfunktion: Blütezeit und Niedergang der Gemeinwirtschaft

In den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg wurden die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, »im Rahmen einer nun einheitlicheren und daher auch machtvolleren Gewerkschaftsorganisation« (Hassel 2003, S. 19), weiter ausgebaut. Die Genossenschaftsbewegung erlebte ihre Blütezeit in den 1970er Jahren.

»Die DGB-Unternehmen können auf eine überaus expansive Entwicklung (Konzern-Bilanzsumme über 95 Milliarden DM) zurückblicken. So ist die Unternehmensgruppe ›Neue Heimat‹ das größte europäische Bauträgerunternehmen, die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft AG die viertgrößte überregionale Geschäftsbank, die ›Volksfürsorge Lebensversicherung AG‹ nach der Zahl der Versicherungsverträgen die größte deutsche Lebensversicherung, das ›Beamtenheimstättenwerk‹ die drittgrößte Bausparkasse und die ›Co op AG‹ der größte Lebensmittelhändler in Westdeutschland« (Niedenhoff 1982, S. 239).

Bereits 1958 schlossen sich die Gewerkschaftsbanken zur Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) zusammen. Mehr als 100 Konsumgenossenschaften aus dem ganzen Bundesgebiet wurden 1969 zur Co op-Gruppe (später unter der Co op AG

Holding) zusammengefasst. Sie verfügte 1978 über ein Aktienkapital von 150 Millionen DM. Neben Co op war es aber vor allem die Neue Heimat-Gruppe, die für die »organisatorische und finanzielle Konsolidierung der Gewerkschaften in den sechziger und siebziger Jahren« stand (Schneider 2000, S. 358). Die Wohnungsbaugenossenschaft verwaltete 1977 (mit einem Stammkapital von 60 Millionen DM) 320.000 eigene Wohnungen, 100.000 fremde Wohnungen und fast 90.000 gewerbliche Objekte. Als Gesellschafter der Neuen Heimat traten der DGB und die Einzelgewerkschaften auf.² Diese gründeten 1974 die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG). Über diese drei großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen hinaus, verantworteten die Gewerkschaften mit der Volksfürsorge Versicherungsgesellschaft einen Versicherungsdienstleister sowie mit Gut-Reisen ein Touristikunternehmen.³

Die vier großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (BfG, Co op, Neue Heimat und Volksfürsorge) gehörten zu den 100 größten Unternehmen in Deutschland (vgl. Hassel 2003, S. 117). Neben Mitgliedsbeiträgen und gewerkschaftlichen Vermögenswerten bildete die Gemeinwirtschaft damit das dritte finanzielle Standbein der Gewerkschaften (vgl. Grebing 2007, S. 210). Der Ausbau und die Ausweitung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen führte aber auch zu einer »Ablösung von ihren genossenschaftlichen Ursprüngen« und zu einer Angleichung an den privatwirtschaftlichen Unternehmenstypus. Dieses stellte die Gewerkschaften vor die Frage, wie sich ihre wirtschaftliche Tätigkeit mit ihrem »moralischen Anspruch« und ihrer »politischen Zielsetzung« vereinbaren ließe (Schneider 2000, S. 360).

Mit den 1980er Jahren begann das Ende der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft. Das Erlahmen der Baukonjunktur brachte die Neue Heimat in Bedrängnis. Hinzu gesellten sich Fehlinvestitionen im großen Ausmaß, was die Rentabilität der Gemeinwirtschaft stark verringert und damit kurz- und mittelfristig die Vermögenswerte der Gewerkschaften bedrohte. Der Versuch, die nicht mehr rentablen Unternehmen abzustoßen, wurde überschattet von »einer ganzen Reihe von Beispielen von Fehlverhalten im obersten Management der Neuen Heimat und der Co-op Gruppe« (Hassel 2003, S. 117).

Zu dem Vertrauens- und Imageverlust, den die Gewerkschaften und der DGB hinnehmen mussten, kamen die finanziellen Ausfälle hinzu. Angeichts leerer Kassen beschlossen die Einzelge-

werkschaften ein Sparprogramm für den DGB, das in den folgenden Jahren für den Dachverband einen »Rückzug aus der Fläche« bedeutete. Da der DGB, trotz Beteiligung der Einzelgewerkschaften an den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, die Verantwortung für die Skandale übernehmen musste, war er darüber hinaus von einer »lang anhaltenden politischen Lähmung« betroffen (Schmidt 2007, S. 171).

Mit dem Niedergang der Gemeinwirtschaft verloren die Gewerkschaften den Teil ihrer Funktionalität als Solidarorganisation, der über die reine mitgliederbezogene Solidarität hinausreichte. Bezogen auf die innergewerkschaftliche Solidarität haben die Gewerkschaften ihre Angebote dagegen immer weiter ausgebaut. Mit dem Ausbau exklusiver Leistungen, die als selektive Nutzenanreize auf (potenzielle) Mitglieder wirken sollen, verstärken die Gewerkschaften ihr Dienstleistungsangebot. Mit Blick auf die weiteren gewerkschaftlichen Funktionen wird aber deutlich, dass sie damit noch lange nicht zum reinen Versicherungsverein geworden sind, auch wenn sie mit ihrem Angebot an das Sicherheitsbedürfnis ihrer Mitglieder theoretisch in neue Konkurrenzverhältnisse (zum Beispiel zu klassischen Versicherungen) eintreten (vgl. Schroeder/ Keudel 2008, S. 16).

Politische Funktion: Entwicklung des Wohlfahrtsstaates

Mit Blick auf die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates wird das gesellschaftspolitische Engagement der Gewerkschaften deutlich, das sie sichtlich von der Vertretung ausschließlich partikularer Interessen abgrenzt. Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Sozialstaat ist dabei aber durchaus ambivalent. Zum einen hängt es von der Ausgestaltung der sozialstaatlichen Leistungen ab, welcher gestalterische Raum den Gewerkschaften für ihre eigenen Leistungs- und Solidarangebote verbleibt (vgl. Schroeder/ Keudel 2008, S. 16). Zum anderen sind die Gewerkschaften selbst prominenter Teil des deutschen Sozialstaates. Als institutionalisierte Organisationen sitzen Gewerkschaftsvertreter in den Verwaltungsräten der Sozialversicherungsträger.

Den Ausbau des deutschen Sozialstaates haben die Gewerkschaften mit »Forderungen, Vorschlägen und Mobilisierungskampagnen« entschieden mitgeprägt – in den 1980er Jahren auch in »einem eigentümlichen Gegensatz zu dem dezidiert antikapitalistischen Gestus« von Funktionären und Grundsatzprogrammen (Wiesenthal/ Clasen 2003,

S. 299f.). Als treibende Kraft des Auf-, Aus- und Umbaus des Sozialstaates kritisieren die Gewerkschaften gleichzeitig jedoch die negativen Wirkungen und Strukturen des deutschen Sozialstaates.

Auch wenn viele Forderungen der Gewerkschaften im Laufe ihrer Erfolgsgeschichte zum festen Bestandteil der sozialpolitischen Ausgestaltung der Bundesrepublik geworden sind, haben sie selbst in ihrer Funktion als politischer Akteur auf diesem Gebiet nicht ausgedient. Sie werden daran gemessen, ob und wie es ihnen gelingt, zeitgemäße Ziele und Inhalte zu entwickeln und durchzusetzen, die kompatibel sind zum jeweiligen Stand der sozialstaatlichen Entwicklung. Dazu gehört auch, das Niveau sozialstaatlicher Entwicklungen zu verteidigen bzw. weiter zu entwickeln – gerade in Zeiten knapper Kassen und dem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen.

Arbeitsmarktfunktion: Konzentration auf die Tarifpolitik

Das Scheitern der gewerkschaftlichen Forderungen nach einer »Sozialisierung der Schlüsselindustrien und einem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte« 1947, der erfolglose »Generalstreik gegen die negativen Auswirkungen der Währungsreform« 1948 und die Niederlage »im Streit um das Betriebsverfassungsgesetz« 1952, führten bei den Gewerkschaften zu einer veränderten Ausrichtung (Schmidt 2007, S. 164). Sozialistische und antikapitalistische Bestrebungen zur Neuordnung des deutschen Wirtschaftssystems verschwanden aus den Grundsatz- und Aktionsprogrammen zugunsten eines Bekenntnisses zur sozialen Marktwirtschaft und damit einhergehend einer stärkeren Konzentration auf die Tarif-, Lohn- und Sozialpolitik. »In der historisch beispiellosen Wachstumsphase der fünfziger und früher sechziger Jahre bestanden sehr günstige Voraussetzungen für einen tarifpolitischen Erfolgskurs, der auf Einkommensverbesserung und Arbeitszeitverkürzungen pochte« (Schönhoven 2003, S. 55).

»Die Ritualisierung der Tarifverhandlungen hat aus den Hoch-Zeiten der Repräsentation der Macht der Arbeiterklasse oder bescheidenen: der Arbeitnehmerorganisationen, einst personifiziert in der kämpferischen Haltung der Arbeiterführer, nun den geschäftsmäßigen Schlagabtausch von Profis gemacht: die Spielregeln sind bekannt, das Ergebnis berechenbar, die Kulissengeräusche - wie spontane Arbeitsniederlegung und Warnstreik - program-

miert. Die Gewerkschaften sind ein stationäres System geworden, ihre Aktivitäten sind institutionell kanalisiert, der Bewegungscharakter ist fast verschwunden, nur noch wehmütige Erinnerung der Alten« (Grebing 1977, S. 46).

Die Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wachstum wurde für die Gewerkschaften zur neuen Priorität. Die Durchsetzung materieller Forderungen, neben Lohnerhöhungen auch Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubszeitverlängerungen (bspw. Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1957), trat in den Vordergrund und führte zu einem Abschmelzen der Solidar- und der politischen Kampffunktion zugunsten eines auf Arbeitsmarkt und Tarifpolitik gerichteten Vorgehens. Damit verbunden war auf Seiten der Gewerkschaften zu Anfang auch die Vorstellung, über Tarifverträge die Gesellschaft verändern zu können. So wurde in den 1950er Jahren versucht, die Lohnpolitik »als Hebel der Umverteilungspolitik zu nutzen« (Schneider 2000, S. 285).

Das Wirtschaftswachstum der 1950er und 60er Jahre eröffnete so große Verteilungsspielräume, dass die Gewerkschaften ihren neuen tarifpolitischen Schwerpunkt sehr erfolgreich umsetzen konnten. Damit forcierten sie nicht nur die Anerkennung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der eigenen Organisation, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung. Zugleich wurde die Stellung der Gewerkschaften als Tarifakteur bestärkt, da sich für die Arbeitgeber zeigte, dass die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor akzeptier- und belastbar waren. Als umfassende Interessenverbände mussten die Gewerkschaften aber auch in der Tarifpolitik die Gesellschaft im Blick haben und die gesamtwirtschaftlichen Folgen ihres tarifpolitischen Handelns berücksichtigen. Beides beförderte die stärkere Institutionalisierung und Inkorporierung der Gewerkschaften und wirkte damit selbstverstärkend auf den Stellenwert der Tarifpolitik in der gewerkschaftlichen Arbeit. Mit dem »deutschen Modell« der Arbeitsbeziehungen, seinen zentralen Verhandlungen unter dem Prinzip der Tarifautonomie und daraus resultierenden verpflichtenden Tarifverträgen, wurden die dazu passgenauen Industrie- und Einheitsgewerkschaften zu etablierten und gefestigten Tarifakteuren. Unter der Ägide von sozial- und/oder konfliktpartnerschaftlichen Verhandlungen bekamen aber auch »Verträge Priorität vor Spontaneität und dezentraler Konfliktaustragung« (Wiesenthal/Clasen 2003, S. 299).

Heute stehen die Gewerkschaften auch in ihrem zentralen Kernfeld gewerkschaftlicher Politik viel-

fältigen Problemen gegenüber. Der Flächentarifvertrag verliert im Zuge von Dezentralisierung und Flexibilisierung an Bedeutung. Die betriebliche Ebene und Firmentarifverträgen werden wichtiger. Damit werden die betrieblichen Akteure gestärkt, während die Gewerkschaften als tarifpolitische Akteure zusätzlich, durch Unterbietungskonkurrenz christlicher Gewerkschaften und seit einigen Jahren durch den Überbietungswettbewerb spezialisierter Berufsgewerkschaften, unter Druck geraten (vgl. Schroeder et al. 2011).

Unabhängig von Veränderungen in Programmatik und Organisationsstruktur sowie der Verschiebungen in Aufgaben und Funktion der Gewerkschaften stehen sie immer noch in der Tradition der Arbeiterbewegung. Und auch mit ihrem tarifpolitischen Fokus sind sie »zur Durchsetzung ihrer Ziele immer wieder darauf angewiesen (...), neben der alltäglichen Verhandlungsroutine ihren Charakter als Bewegung zu reaktivieren« (Schmidt 2007, S. 158). Insbesondere trifft dies im Zuge von Arbeitskampfmaßnahmen zu. (Warn)Streiks, Demonstrationen und andere Aktionen bedürfen einer Aktivierung und Mobilisierung der Mitglieder. »Zudem weckt der Streik Gefühle sowohl der Zusammengehörigkeit, der eigenen Stärke wie auch der Gegnerschaft, ja des Klassenbewusstseins und des Klassenhasses« (Boll 2003, S. 493). Damit kommt dem Streik eine emotionale und soziale Bedeutung zu, die über die kurzzeitige Mobilisierung von Arbeitnehmern für gewerkschaftliche Aktivitäten hinausreicht.

Die Streikaktivität in Deutschland fällt, auch auf Grund der Einbettung der Gewerkschaften in das politische System und die Etablierung eines sozialpartnerschaftlichen, verrechtlichten Typus der Arbeitsbeziehungen, im internationalen Vergleich niedrig aus. Nichts desto trotz, waren die 1970er und der Beginn der 1980er Jahre von Streikaktionen (1968 auch in Kooperation mit der außerparlamentarischen Opposition) geprägt, nachdem die 1960er Jahre dank der wirtschaftlicher Prosperität eine »Dekade des sozialen Friedens« (Müller-Jentsch 1979, S. 39) gewesen waren. Neben der aktiven und expansiven Lohnpolitik oder dem Kampf um die 35-Stunden-Woche, bekam der tarifpolitische Schwerpunkt der Gewerkschaften mit der wirtschaftlichen Rezession eine neue Ausrichtung. Arbeitsplatzsicherung und Bestandwahrung wurden angesichts von Betriebschließung und Massenentlassungen wichtige Ziele gewerkschaftlicher Forderungen, die auch vermehrt zu Streiks führten (vgl. Boll/ Kalass 2014, S. 535f.).

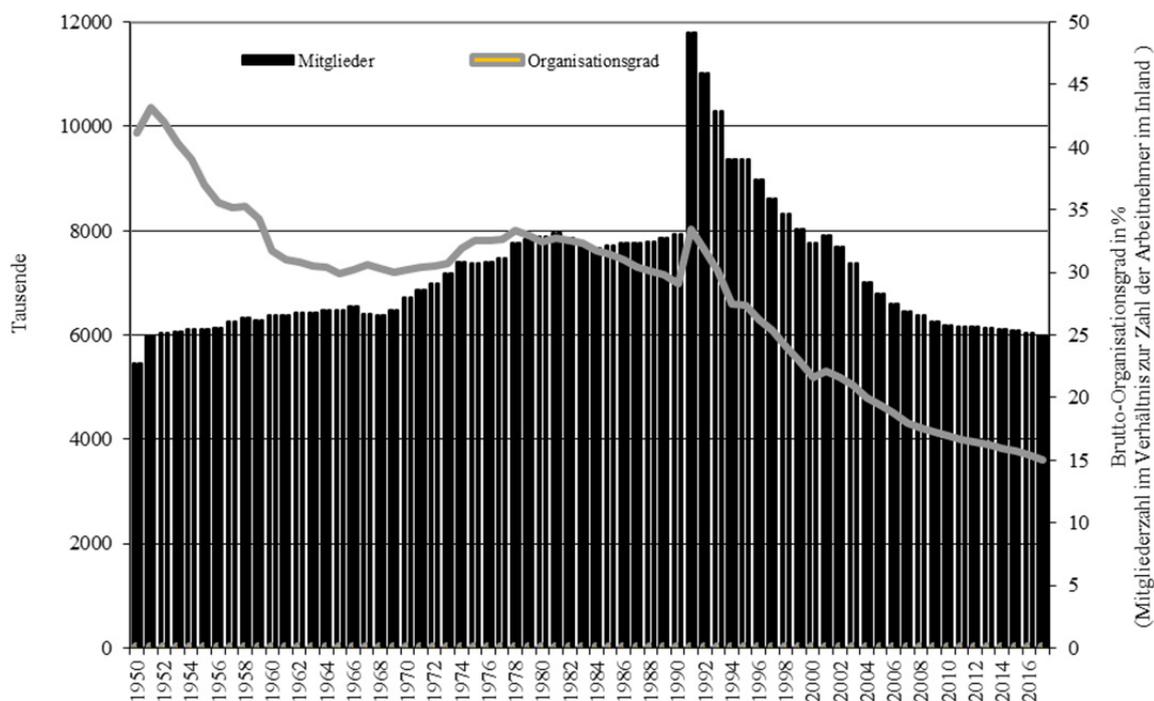
Die deutschen Gewerkschaften sind einerseits hoch institutionalisiert, rechtlich befestigt und ins politische System eingebettete Tarifakteure. Andererseits sind sie aber auch in der Lage, zumindest punktuell, als soziale Bewegung zu agieren. Dazu zählt nicht nur eine auch gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit während der Tarifrunden, sondern auch eine politische Vetofähigkeit gegen sozial als ungerecht bewertete Regierungsoptionen (1996 gegen die Kürzungsgesetze oder 2000 gegen die Rentenpolitik), ihre Aktionspolitik gegen rechts oder ihr gesellschaftspolitisches Engagement für Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Gewerkschaften als Mitgliederorganisation

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten die deutschen Gewerkschaften einen derartigen

Mitgliederzulauf, dass Beobachter gar vom »Wunder der Organisation« (Pirker 1960) sprachen. Anfang der 1950er Jahre wurden bereits ein Nettoorganisationsgrad (nur Erwerbstätige Mitglieder) von 36 Prozent und ein Bruttoorganisationsgrad von etwa 40 Prozent erreicht (Müller-Jentsch/ Ittermann 2000, S. 91). Seit Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre sanken diese Werte auf etwa 30 Prozent ab. In den 1970er Jahren gelang den Gewerkschaften trotz einer bereits damals einsetzenden Verschiebung zwischen und innerhalb der Branchen dieses Niveau auszudehnen, indem sie das gewerbliche Arbeiterpotential stärker als zuvor integrierten und vermehrt auch Nicht-Erwerbstätige als Mitglieder aufnahmen (Rentner, Arbeitslose usw.).

Abbildung 1: Mitgliederzahlen und Organisationsgrad DGB-Gewerkschaften 1950-2017



Quelle: DGB, Statistisches Bundesamt, Greef (2014)

Aus der Perspektive des sich veränderten Arbeitsmarktes war diese Mitgliederpolitik für die Folgezeit zu defensiv. Die bisher nicht ausreichende Umstellung der Gewerkschaften auf veränderte Formen von Erwerbstätigkeit, insbesondere Arbeitsformen jenseits des Normalarbeitsverhältnisses, schlägt sich in einem seither anhaltenden Mitgliederrückgang nieder. Mit dieser

defensiven Mitgliederstrategie konnte keine Anpassung an die Arbeitsmarktdynamik erreicht werden. Diese drückt sich darin aus, dass sich die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe drastisch reduzierte (von ca. 47 Prozent in 1970 auf etwa 23 Prozent in 2017), während sie im Dienstleistungsbereich von 45 auf 73 Prozent anstieg.

Verschiedene Analysen gehen davon aus, dass die damit einhergehenden branchenbezogenen Verschiebungen in den letzten beiden Jahrzehnten für einen Großteil der Mitgliederverluste in den westeuropäischen Gewerkschaften verantwortlich sind (bspw. Ebbinghaus/ Visser 1998). Während in den traditionell gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen in den letzten Jahren Beschäftigung abgebaut wurde, erfolgte der Beschäftigungsaufbau genau in den Bereichen und bei den (Berufs-)Gruppen, die für Gewerkschaften bislang nur schwer ansprechbar waren. Dabei handelt es sich um Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen, Teilzeitarbeitnehmer und Leiharbeiter. Diese Beschäftigten arbeiten häufiger in kleinen und mittleren Betrieben, sind höherer Unsicherheit ausgesetzt und müssen mobiler sein als die sogenannten Normalarbeitnehmer. Zu diesen Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes, die weitreichende Anpassungsforderungen an die Gewerkschaften stellen, zählt auch die Zunahme der Frauenbeschäftigung: Mittlerweile ist die Erwerbstätigenquote der Frauen (Arbeitsagentur 2019, S. 9ff.) in Deutschland mit 72,1% die vierthöchste in der EU nach Schweden (76,0%), den Niederlanden (72,8%) und Dänemark (72,6%).

In Folge dieser Arbeitsmarktentwicklung und der defensiven Mitgliederpolitik der DGB-Gewerkschaften sank zwischen 1991 und 2017 ihr Organisationsgrad von etwa 36 auf 15 Prozent (Hassel/ Schroeder 2018). Ein zentrales Problem besteht darin, dass die Kluft zwischen der Mitgliederstruktur der Gewerkschaften und der Arbeitsmarktstruktur gewachsen ist. Im Ergebnis führte dies zu einer anhaltenden Dominanz des gewerblichen männlichen Arbeiters in den Gewerkschaften, während die Angestellten, Frauen und Jugendlichen, gemessen an ihrer Präsenz auf dem Arbeitsmarkt, unterrepräsentiert sind. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in Deutschland mit mittlerweile 15,7 % unterhalb des Durchschnitts in der Europäischen Union. Hinzu kommt, dass der Organisationsgrad von Männern mit 19,7 % etwas überdurchschnittlich, der von Frauen mit knapp 11,3 % deutlich geringer ausfällt. Der Abstand zwischen dem Männer- und Frauenanteil hat sich jedoch im Zeitverlauf reduziert. In vielen europäischen und insbesondere den nordischen Ländern sind Frauen häufiger gewerkschaftlich organisiert als Männer. Dies ist auf den höheren Beschäftigtenanteil von Frauen im staatlichen Dienstleistungssektor und die schwächere Bedeutung der Industrie, in der traditionell Männer dominieren, zurückzuführen. Die Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland konzentrieren sich weiterhin auf den verarbeitenden Sektor und den öffentlichen Dienst sowie auf größere Betriebe und bestimmte regionale Räume. Besonders schwach vertreten sind sie im Bereich des privaten Dienstleistungssektors.

Mit der nachlassenden Repräsentativität gewerkschaftlicher Mitgliedschaft laufen die Gewerkschaften Gefahr, mehr und mehr zur Interessenvertretung nur eines kleinen Teils der Arbeitnehmererschaft zu werden. Damit wird es für sie tendenziell schwieriger, nicht nur Partikularinteressen zu vertreten, sondern ihren gesamtgesellschaftlichen Anspruch aufrecht zu erhalten. Um die Kluft zwischen Mitglieder- und Arbeitsmarktstruktur abzubauen, ist deshalb ein Leitbildwandel erforderlich: Die Konzentration auf das Normalarbeitsverhältnis des männlichen Vollzeitbeschäftigten in der verarbeitenden, großbetrieblichen Industrie oder im öffentlichen Dienst versperrt den Blick für andere Arbeitsformen und Arbeitssegmente. Es ist für die Gewerkschaften notwendig, die Interessenlage bisher nicht oder kaum beachteter Beschäftigtengruppen, wie Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter oder Hochqualifizierte, hinsichtlich einer möglichen gewerkschaftlichen Organisation besser zu identifizieren und genauer zu sondieren.

Professionalisierung und Bürokratisierung

Angesichts von Mitgliederrückgang und Effizienzdefiziten betreiben die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten einen Umbau der verbandlichen Bürokratie mit dem Ziel einer kostenreduzierenden Optimierung aller Aktivitäten, die sich von der Organisationsentwicklung bis zur Budgetierung aller Aufgabenbereiche erstreckt. Bis 2002 waren aus den 17 Einzelgewerkschaften, die noch in den 1980er Jahren unter dem Dach des DGB existierten, durch Fusionen nur mehr acht Gewerkschaften übrig geblieben.

Professionalisierung und Bürokratisierung

Zweitens betreiben sie eine Professionalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit, die allerdings von einem starken Personalabbau begleitet wird. Mit dem Versuch, die gewerkschaftliche Arbeit auf das sogenannte »Kerngeschäft« zu konzentrieren, dessen Definition einer jeweils aktuell auszutarierenden und umstrittenen Neubestimmung unterliegt, verändert sich zugleich das Profil des Gewerkschaftsfunktionärs: Nicht mehr der reaktive Funktionär und politisch ambitionierte Generalist ist gefragt, sondern Funktionäre mit spezifischen Medien-, Klientel-, Fach- und Servicekompetenzen. Damit ziehen nicht nur marktwirtschaftliche Steuerungsmittel in die Gewerkschaftsorganisati-

tionen sich weiterhin auf den verarbeitenden Sektor und den öffentlichen Dienst sowie auf größere Betriebe und bestimmte regionale Räume. Besonders schwach vertreten sind sie im Bereich des privaten Dienstleistungssektors.

on ein, es kommt zudem auch zu einer Dezentralisierung der Binnenstrukturen.

Die Implikationen können recht unterschiedlicher Art sein. Schon im erwähnten »Rückzug aus der Fläche« des DGB, der sich in der Schließung und Zusammenlegung der DGB-Kreise äußerte, sahen manche den Verlust der unmittelbaren Beziehungen zu den Mitgliedern und damit Anzeichen eines weiteren Umbaus von einer nur noch partiell existierenden Milieuorganisation zu einem Dienstleistungsapparat.

»Nachdrücklichen Verfechtern der Bedeutung der Gewerkschaften als im Prinzip emanzipatorische Kraft in der Gesellschaft muß es geradezu als ein Trauerspiel erscheinen, daß in der Außenwirkung die Gewerkschaften das Image gewinnen, Syndrom des Über-Kapitalismus zu sein: ein effizienter, moderner Dienstleistungsapparat, der durch die zunehmende Akademisierung seines mittleren Führungspersonals nach außen und gegenüber den Mitgliedern selbst die angsteinflößenden Züge superkapitalistischer Leistungsethik wie Härte, Fixigkeit, Cleverness, Eloquenz und den Anschein intellektueller Überlegenheit gewinnt« (Grebing 1977, S. 46).

Tatsächlich impliziert die weitere Professionalisierung nicht nur die generelle Durchsetzung eines bestimmten Typs von Organisationspersonal, sondern möglicherweise auch die dominante Orientierung am Prinzip der Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb. Dabei haben wir es jedoch mit einer Tendenz zu tun, die die Entwicklung der Gewerkschaften bereits seit ihren Anfängen begleitet.

Unter zivilgesellschaftlicher Perspektive wird mit der Bürokratisierung und funktionärsorientierten Struktur aber auch eine weitere Abkehr zivilgesellschaftlicher Prinzipien verbunden. Der Gewerkschaftsapparat wird durch bezahlte Funktionäre am Laufen gehalten und damit würden die Gewerkschaften immer weniger dem Prinzip der »Selbstorganisation« unterliegen. Gewerkschaftsarbeit sei für die Funktionäre schlicht Erwerbsarbeit (Kocka 2003, S. 613f.). Dem steht entgegen, dass Ehrenamt und Aktivitäten von Mitgliedern weiterhin für die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort, in den Betrieben, bei Demonstrationen und Streiks unabdingbar sind. Und trotz aller Kritik an der Entpersönlichung beziehungsweise Versachlichung der Beziehungen zwischen Apparat und Mitgliedern ist nicht ausgemacht, dass der Weg der Professionalisierung und des Ausbaus von

Dienstleistungen falsch ist. Denn der Mitgliederchwund der Gewerkschaften ist nicht darauf zurückzuführen, dass die mitgliederbezogenen Dienstleistungen zunehmen, sondern eher darauf, dass es den Gewerkschaften schwer fällt, substantielle Dienstleistungen anzubieten, die von den Beschäftigten als plausible Antwort auf ihre Nöte angesichts unsicherer Arbeitsmarktstrukturen und Veränderungen sozialstaatlicher Leistungen bewertet werden. Der Ausbau des Dienstleistungsangebots kann demnach auch eine Chance sein, neue Mitglieder zu gewinnen und die Mitgliederbindung insgesamt zu stärken.

3. Fazit: Was bleibt den Gewerkschaften für die Zukunft?

Die organisatorische Stabilität, die die deutschen Gewerkschaften in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ausbildeten, erreichten sie als Einheits- und Industrie-beziehungsweise Branchengewerkschaften. Dabei hatten sie während der Zeit der deutschen Teilung eine zusätzliche Rolle als antikommunistische Integrationskraft. Als Kerninstitution des deutschen Modells und als Prototyp fordistischer Massengewerkschaft haben sie den bundesdeutschen Basiskonsens mitentwickelt und damit einen maßgeblichen Anteil daran, dass die soziale Marktwirtschaft zum Kern der Bonner Erfolgsstory wurde. Sie erlebten diese keynesianischen Phase der fordistischen Massenproduktion als ihr eigenes goldenes Zeitalter, als selbstbewusster, öffentlich anerkannter und befestigter Akteur. Während die Gewerkschaften in dieser Hochzeit in politische Prozesse eingebunden waren und ihre Rolle als arbeitsmarktpolitischer Akteur weiter ausbauten, nahm der Stellenwert genossenschaftlicher Funktionen ab. Mit dieser veränderten Schwerpunktsetzung wandelten sich die Gewerkschaften zunehmend von umfassenden Solidarorganisationen zu Tarifverbänden.

Dieses goldene Zeitalter währte nicht ewig. Besonders schwer taten und tun sich die Gewerkschaften mit dem Wandel des Arbeitsmarktes und der Lebenslagen der Beschäftigten, deren lebensweltliche Orientierungen sich schon seit vielen Jahren nicht mehr in den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung bewegen. Milieuverluste und gesellschaftliche Individualisierungstendenzen, der Wandel betrieblicher Rationalisierung und der Formwandel von Erwerbsarbeit haben nicht nur neue differenzierte Formen des betrieblichen Handelns sowie einen modifizierten Beschäftigtenhabitus befördert, sondern auch neue

Vorstellungen von Organisationsloyalität und (gesamtgesellschaftlicher) Solidarität. Damit ist auch die »Vereinbarung von Mitgliederinteressen und Gemeinwohlorientierung (...) für die Gewerkschaften schwieriger geworden« (Kocka 2003, S. 616). Im Zuge der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, dem Wegbrechen gewerkschaftlicher Milieus, der »Institutionalisierung des Klassenkampfes« (Geiger 1949) und der Verschiebung zwischen Arbeitsmarkt- und Solidarfunktion der Gewerkschaften, ist diesen ein erheblicher Teil ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung verloren gegangen. Die Erosion ihrer zivilgesellschaftlichen Basis korrespondiert mit einem anhaltenden Mitgliederrückgang in Folge einer unzureichenden Anpassung an die veränderten Verhältnisse.

Aber auch wenn den Gewerkschaften oft beharrliche und konservierende Eigenschaften attestiert wurden und werden, kann von einer völligen Abkopplung gesellschaftlicher Entwicklungen nicht gesprochen werden. Ihre Organisationsbasis beruht weiterhin auf freiwilliger Mitgliedschaft und aktivem Ehrenamt. Trotz ihrer Integration in das politische und ökonomische System der Bundesrepublik sind sie nicht nur Teil des Kapitalismus, sondern zugleich auch dessen Kritiker, zuweilen mit systemalternativen und parallelgesellschaftlichen Optionen. Und nicht zuletzt haben sie weiterhin den Anspruch, nicht nur »pressure groups« für Arbeitsplatzbesitzende zu sein, sondern gesellschaftliche Prozesse in der gewerkschaftlichen Arbeit abzubilden, zu artikulieren und durchzusetzen. Sie versuchen ihre organisatorischen und ideenpolitischen Grundlagen auf die Herausforderungen des postindustriellen Kapitalismus einzustellen, um angesichts der neuen ökonomischen und technologischen Dimensionen des Postindustrialismus handlungsfähig zu bleiben. Die Gewerkschaften sind auch heute noch mehr als nur »Nachlassverwalter der alten Arbeiterbewegung« (Schönhoven 2003, S. 59). Da die defensive Expansionsstrategie der 1970er und 80er Jahre keine Annäherung der gewerkschaftlichen Mitglieder an die Arbeitsmarktstruktur förderte, sind heute gezielte Initiativen notwendig, die kontextspezifisch die neuen Arbeitsmarktsegmente ansprechen. Deshalb sind nicht nur neue Formen der Machtinszenierung notwendig, sondern auch eine aktive Veränderung der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer nach innen und außen orientierten Kommunikationsfähigkeit.

Neue Formen der gewerkschaftlichen Mitgliedererwerbungs, wie Organizing-Aktionen und Kampagnen, zeugen von einer Reaktivierung einzel-

ner Elemente sozialer Bewegungen. Neue, projektbezogene Partizipationsformen erhöhen den Mitgliederbezug. Sie basieren auf einer stärkeren Einbindung von Mitgliedern vor Ort und der direkten Ansprache von Betroffenen. Die eigene Mitgliedschaft wird mobilisiert und potenzielle neue Mitglieder aktiv und systematisch angesprochen und einbezogen (vgl. bspw. Schroeder/Fuchs 2019). Die Gewerkschaften begeben sich damit wieder näher an die Lebens- und Arbeitswelt der Arbeitnehmer - ihrer Organisationsbasis. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und neuen sozialen Bewegungen übernehmen die Gewerkschaften ein Stückweit deren Konzepte. Die Gewerkschaften sind somit weiterhin Teil verschiedener Welten oder intermediärer Sektoren. Sie sind Arbeitsmarktakteur (auf Umverteilung orientierte Vertretung materieller Interessen), politischer Verband aber auch weiterhin Solidarorganisation mit gesamtgesellschaftlichem Anspruch. Davon zeugt auch der Versuch, die zivilgesellschaftliche Verankerung der Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Rückbesinnung und Stärkung ihrer Stellung im zivilgesellschaftlichen Sektor, wie die Revitalisierung von Elementen sozialer Bewegung, kann eine erfolgsversprechende Strategie für die Zukunft sein.

In diesem Prozess stehen die Gewerkschaften heute keinesfalls mehr am Anfang, denn sie können auf eine Reihe von Ressourcenentscheidungen, Initiativen und Aktivitäten aufbauen. Anknüpfungspunkte und erste Erfahrungen gibt es beispielsweise in dem Bereich partizipativer, öffentlichkeitsorientierter Formen der Mitgliedererwerbungs im Bereich prekärer Beschäftigung. Unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure wurden US-amerikanische Organizing-Konzepte erfolgreich auf deutsche Verhältnisse angewandt. Das Vorgehen ist konfliktbereit, aber prinzipiell gewaltfrei. Und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wird eine breite Öffentlichkeit einbezogen, um über partikulare Interessen hinaus, gemeinwohlorientiert die Einhaltung von Prinzipien wie »Guter Arbeit« durchzusetzen. Damit ist die Gewerkschaftsarbeit wieder bei der Definition von Zivilgesellschaft angelangt.

Anmerkungen:

¹ Ausnahmen bildeten der Deutsche Beamtenbund, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und (mit wenigen Mitgliedern) der Christliche Gewerkschaftsbund.

² Anteile: DGB 33,9%; IG Bau, Steine, Erden 25,4%; IG Metall 18,5% (Schneider 2000, S. 359).

³ *Versicherungsbestand 1977: 5,8 Millionen Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 34,2 Milliarden DM. Bilanzsumme der BfG 1978: 35 Milliarden DM (ebd.).*

Literaturhinweise:

Bispinck, Reinhard/ Schulten, Thorsten (2009): Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems. In: WSI-Mitteilungen, 4, S. 201-2009.

Boll, Friedhelm (2003): Streik und Aussperrung. In: Schroeder, Wolfgang/ Weißels, Bernhard (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 478-510.

Bromberg, Kirstin (2008): Verwaltungsapparat oder soziale Bewegung? Sozialweltliche Antworten auf die Frage, wie Gewerkschaften funktionieren. In: Haug, Christoph/ Maier, Rudi/ Schröder, Berit (Hrsg.), Kampf um Teilhabe. Akteure – Orte – Strategien. Hamburg: VSA, S. 222-235.

Bundesagentur für Arbeit (2019): Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2018, Nürnberg.

Deppe, Frank (1984): Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme. Köln: Pahl-Rugenstein.

Dettling, Warnfried (2002): Gewerkschaften und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: FJ NSB, 15(2), S. 7-12.

Ebbinghaus, Rolf/ Tiemann, Friedrich, (Hrsg.) (1984): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen: Westdeutscher Verlag.

Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln: Peter Lang.

Grande, Edgar (2018): Der Wandel politischer Konfliktlinien – Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für Volksparteien. In: Mack, Winfried (Hrsg.), Zwischen Offenheit und Abschottung. Wie die Politik zurück in die Mitte findet, Freiburg/Basel/Wien, S. 17-43.

Grebing, Helga (1973): Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder als Gegenmacht? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7, S. 393-400.

Grebing, Helga (1976): Gewerkschaften und Gesellschaft. In: Borsdorf, Ulrich/ Hemmer, Hans O./ Leminsky, Gerhard/ Markmann, Heinz (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus

Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Köln: Bund Verlag, S. 43-59.

Grebing, Helga (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin: Berliner Vorwärts Verlagsgesellschaft.

Klönne, Arno/ Reese, Harmut (1984): Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg.

Kocka, Jürgen (2003): Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – Dimensionen eines Konfliktverhältnisses. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 54(10/11), S. 610-616.

Lucas-Busemann, Erhard (1983): Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Basel: Stroemfeld/Roter Stern.

Müller-Jentsch, Walther (1979): Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978. In: Bergmann, Joachim (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt, S. 21-71.

Müller-Jentsch, Walther/ Itermann, Peter (2000): Industrielle Beziehungen – Daten, Zeitreihen, Trends 1950-1999. Frankfurt: Campus-Verlag.

Nickel, Walter (1973): Zum gegenwärtigen Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8, S. 478-487.

Niederhoff, Horst-Udo (1982): Gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft als Teil der Wirtschaftsdemokratie. In: Schlaffke, Winfried (Hrsg.): Gewerkschaft und Gesellschaft. Entwicklungen, Inhalte und Strategien der Gewerkschaftspolitik. Köln: Deutscher Instituts-Verlag, S. 237-269.

Pirker, Theo (1965): Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb. In: Horné, Alfred (Hrsg.): Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt, S. 7-21.

Pirker, Theo (1984): Vom »Ende der Arbeiterbewegung«. In: Ebbinghaus, Rolf/ Tiemann, Friedrich (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-51.

Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette (2000): Der Dritte Sektor in Deutschland – seine Perspektiven im neuen Millennium, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, 10, Münster.

Schmidt, Eberhard (2007): Arbeiterbewegung. In: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.), Handbuch der sozialen Bewegungen, Frankfurt, S. 158-186.

Schneider, Michael (2000): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2., überarb. und aktualisierte Auflage. Bonn: Dietz, J H.

Schönhoven, Klaus (2003): Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In: Schroeder, Wolfgang/ Weßels, Bernhard (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 40-64.

Schroeder, Wolfgang (2004): Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44, Bonn, S. 243-265.

Schroeder, Wolfgang (2008): SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft. In: WSI-Mitteilungen, 5, S. 231-237.

Schroeder, Wolfgang/ Keudel, Dorothea (2008): Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung. Study / edition der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 127(219).

Schroeder, Wolfgang/ Kalass, Viktoria/ Greef, Samuel (2011): Berufsgewerkschaften in der Offensive. Vom Wandel des deutschen Gewerkschaftsmodells. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Schroeder, Wolfgang (Hrsg.) (2014): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland (2. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage; unter Mitarbeit von Samuel Greef). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Schroeder, Wolfgang/Fuchs, Stefan (2019): Neue Mitglieder für die Gewerkschaften. Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall (Otto-Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 97), Frankfurt.

Schubert, Klaus (2007): Zivilgesellschaft aus der Sicht des Pragmatismus. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Graduiertenkolleg »Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Deutschland und die Niederlande im Vergleich« am 19. Juni 2007 im Haus der Niederlande, Münster.

Wiesenthal, Helmut/ Clasen, Ralf (2003): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter? In: Schroeder, Wolfgang/ Weßels, Bernhard (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 296-322.

Zoll, Rainer (1976): Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie. Frankfurt: Suhrkamp. 

Umbrüche I: Politischer Protest und Demokratisierung

Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland

Von Prof. em. Dr. Dieter Rucht, bis zur Emeritierung 2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe »Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa« am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, Berlin

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Der Begriff »soziale Bewegungen« ist vage und mehrdeutig, kann aber in einer typologischen und historisierenden Annäherung geschärft werden. Dies ist Ziel der beiden ersten Teile des vorliegenden Beitrags. Der dritte Teil wendet sich dem Konzept neuer sozialer Bewegungen zu. Im vierten Teil werden diese Bewegungen im Rahmen politischer Konfliktlinien verortet, um anschließend, im Teil 5, die Wirkungen neuer sozialer Bewegungen einzuschätzen. Hier zeigen sich mit Blick auf mehrere Wirkungsdimensionen sehr unterschiedliche Effekte.

1. Begriffsklärungen

Soziale Bewegungen sind Teil eines weiter gespannten Handlungsfeldes diverser Akteure, für das sich der Begriff »Zivilgesellschaft« eingebürgert hat (vgl. dazu Grande in diesem Heft). Ebenso wie im Falle der Zivilgesellschaft ist auch der Begriff »Soziale Bewegungen« unscharf; er wird zeit- und kontextspezifisch variiert und überschneidet sich mit Begriffen wie Protestbewegungen, politische Bewegungen, kulturelle Bewegungen, Protestkampagnen usw. Soziale Bewegungen sind umfassender als politische Bewegungen und zumal zeitlich und sachlich eng begrenzte politische Kampagnen. Obgleich soziale Bewegungen in ihrer konkreten Praxis oft kampagnenförmig agieren, ist ihr ideeller Fluchtpunkt letztlich die Gesamtgesellschaft samt deren Machtstrukturen und normativen Grundlagen. Zusammenfassend lassen sich soziale Bewegungen definieren als mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die, gestützt auf eine kollektive Identität, grundlegenden gesellschaftlichen Wandel primär mit den Mitteln kollektiven und öffentlichen Protests herbeiführen oder verhindern wollen. Indem soziale Bewegungen sich auf ein umfassendes Konzept gesellschaftlicher Ordnung beziehen, ohne dieses schon im Einzelnen konkretisieren zu wollen oder zu können, ist es unabdingbar, sie in Relation zu einer gegebenen oder erstrebten Gesellschaftsformation zu interpretieren.

2. Gesellschaftsformationen und Bewegungen

Das von Karl Marx verwendete Konzept der Gesellschaftsformation setzt strukturell tief und somit jenseits der jeweiligen konkreten institutionellen Ausgestaltungen an. Marx unterscheidet auf der allgemeinsten Ebene zwischen Klassengesellschaften verschiedener Art einerseits und zwei Formen kommunistischer Gesellschaft andererseits, dem Urkommunismus und dem noch auf seine Verwirklichung harrenden Kommunismus in der Nachfolge des modernen Kapitalismus. Bewegungen begreift Marx in doppelter Weise als den Prozess des Wandels von Gesellschaftsformationen, aber auch als einen Typus kollektiver Akteure, die als antagonistische Klassen miteinander ringen. Nun muss man nicht Marx und seiner Vorstellung von der Wirkmacht klassengebundener revolutionärer Subjekte folgen, um dennoch anzuerkennen, dass soziale Bewegungen wesentlich zur Ablösung alter und Durchsetzung neuer Gesellschaftsformationen, etwa im Übergang von der Feudalgesellschaft zum modernen Kapitalismus, beigetragen haben. Bewegungen haben auch im Rahmen bestehender Gesellschaftsformationen deren qualitativen Wandel vorangetrieben, so zum Beispiel im Übergang vom liberalen zum organisierten Kapitalismus. In einer solch strukturorientierten Perspektive haben verschiedene Sozialwissenschaftler*innen soziale Bewegungen zu Gesellschaftsformationen in Beziehung gesetzt, ohne dass die historischen Subjekte sich immer selbst so begriffen hätten. Drei Sichtweisen aus den Sozialwissenschaften, die zugleich einen Weg zum Konzept *neuer* sozialer Bewegungen eröffnen, seien nachfolgend genannt.

Der US-amerikanische Soziologe Ralph Turner (1969) hat in einem Aufsatz das Problem der Ungerechtigkeit als ein Leitkriterium angelegt, um mit Blick auf die vergangenen Jahrhunderte drei Arten fundamentaler Ungerechtigkeit und darauf bezogene Bewegungen zu identifizieren. Dies ist für die amerikanische und französische Revolution des späten 18. Jahrhunderts der Kampf um politische Teilhabe und Freiheitsrechte, also die Problematik des Ausschlusses; für die sozialistischen Bewegungen ist es die Fortsetzung des Ringens um Teilhabe und Ausschluss, nun aber

in Verbindung mit dem Kernproblem der Armut; schließlich nennt Turner für die »new movements« oder »contemporary movements« den Wert und Würde der Person und den Sinn für Identität, nun gerichtet auf das Kernproblem der Entfremdung.

Der französische Soziologe Alain Touraine setzte den Begriff soziale Bewegung, im Unterschied etwa zu politischen Organisationen, ganz kategorisch an und interpretierte soziale Bewegungen in Relation zu »Historizität«, d.h. dem Grundproblem einer jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe. Nach der vorangegangenen Agrargesellschaft und der Handelsgesellschaft begreift Touraine die Arbeiterbewegung als zentrale soziale Bewegung der industriellen Gesellschaft. In dieser ging es vorrangig um die Kontrolle über die Produktionsmittel. Nun, zu Beginn einer gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, die er als postindustriell, technokratisch oder programmierte Gesellschaft bezeichnet, käme eine anti-techno-

kratische Bewegung in Gang, deren Auftakt die Studentenbewegung der späten 1960er Jahre bildete. Dafür verwendete Touraine (1968; 1973) auch die Bezeichnung »neue soziale Bewegung« (im Singular!), wohingegen sein ehemaliger Schüler Alberto Melucci (1980) bewusst von einem Plural neuer sozialer Bewegungen ausging. Soziale Bewegungen, so auch die Bewegung vom Mai 1968, verstand Touraine als Klassenbewegungen.¹ Daneben existierten periphere Bewegungen, die jedoch das Niveau von Historizität, also den Kernkonflikt einer gesellschaftlichen Formation, verfehlten.

Ein drittes Beispiel einer historisch orientierten Typologie sozialer Bewegungen bietet der deutsche Politikwissenschaftler Joachim Raschke (1985). Auch er unterscheidet drei Gesellschaftsphasen, denen er dann jeweils dominante Bewegungen mit ihren jeweiligen Merkmalen zuordnet (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Gesellschaftliche Entwicklungsphasen und korrespondierende Bewegungen

Gesellschaftsphase	Vorindustriell-modernisierend 1789-1840	Industriell 1850/50-1960	Nachindustriell 1960/70 -
Dominante Bewegungen	frühbürgerliche Bewegungen	Arbeiterbewegung	Neue soziale Bewegungen
Aufsteigende Großgruppe	Bürgertum	Arbeiterklasse	Dienstleistungs-intelligenz
Zentraler Problemkomplex	Rechtsstaat und Demokratie (rechtl. u. polit. Gleichheit)	Wohlfahrtsstaat (soziale Gleichheit)	Soziokulturelle Identität
Mobilisierungstyp	Ideelle Mobilisierung	Organisationsbestimmte Mobilisierung	projektorientierte Mobilisierung

Quelle: Raschke (1985, S. 445)

Die vorgestellten Typologien beruhen auf einem sehr groben Raster, das im Falle von Touraine und Raschke durch den Hinweis auf die Existenz von peripheren bzw. sekundären Bewegungen ergänzt wird. Insbesondere Raschke verengt die Bandbreite historisch bedeutsamer Bewegungen nicht auf das »progressive« Spektrum, sondern anerkennt die Existenz von bedeutsamen Gegenbewegungen, so die frühe konservative Bewegung in der vorindustriellen Phase sowie die neokonservative Bewegung und die nationalsozialistische Bewegung in der industriellen Phase. Für die nachindustrielle Phase vermerkt Raschke (noch) keine Gegenbewegung zu den neuen sozialen Bewegungen (Raschke 1985, S. 111). Diese

Leerstelle ist heute wohl durch rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen besetzt worden.

Gemeinsam ist diesen drei Systematiken die Identifikation eines dominanten neuen Bewegungstypus in den (westlichen) Gegenwartsgesellschaften. Auf die Merkmale, Entwicklungen und Wirkungen dieser neuen Bewegungen konzentrieren sich die nachfolgenden Ausführungen.

3. Merkmale der neuen sozialen Bewegungen

Die in Frankreich und bald in anderen Ländern aufkommende Rede von den neuen sozialen Bewegungen bezeichnete nicht die Gesamtheit zeit-

genössischer Bewegungen, sondern einen in inhaltlicher, sozialstruktureller, organisatorischer und strategischer Hinsicht distinkten Bewegungstypus. Dieser wurde auch nicht in Abgrenzung zu allen vorangegangenen Bewegungen bestimmt, sondern als angebliches Novum im Kontrast zu »alten« historischen Bewegungen mit progressiver Ausrichtung, namentlich der sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese Entgegensetzung beruhte auf Stilisierungen des Alten und Neuen; sie spie-

gelte vor allem die Selbstwahrnehmung der neuen Bewegungen, wird aber deren tatsächlichen Entwicklungen und komplexen Konstellationen kaum gerecht. Insofern ist es geboten, neben der typologischen Entgegensetzung die weitaus differenziertere Realität zu betrachten.

In typologischer Perspektive lässt sich die Differenz von alten und neuen Bewegungen anhand einer Reihe von Dimensionen postulieren (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Merkmale alter und neuer sozialer Bewegungen

Kriterium	Arbeiterbewegung	Neue soziale Bewegungen
Themenfeld	Produktionssphäre Materielle Lebensbedingungen	Reproduktionssphäre, Lebensqualität
Gesellschafts- entwurf	Kommunismus/ Sozialismus → demokratischer Sozialismus	Sozialer Kapitalismus / de- mokratischer Sozialismus
Soziale Träger	Arbeiterschaft	Gebildete Mittelschicht (Humandienstleistende)
Organisation	Straff, hierarchisch	Locker, dezentral
Strategische Ausrichtung	Revolution → Reformismus	Radikale Reform
Bevorzugte Pro- testform	Streik, Kundgebung, Marsch	Kundgebung, Marsch, Unter- schriften, ziviler Ungehorsam

Der Begriff **Neue Soziale Bewegungen** (im Weiteren: NSB), der in Deutschland um 1980 aufkam, ist inspiriert (aber nicht inhaltlich deckungsgleich) von der Entgegensetzung von Alter Linken vs. Neuer Linken, die bereits in den 1950er Jahren in Großbritannien und dann anderswo übernommen wurde. Die Neue Linke, und mit ihr als Spätprodukt die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, verstand sich einerseits in der revolutionären sozialistischen Traditionslinie. Andererseits grenzte sie sich von einer typisierten Alten Linken in mancher Hinsicht ab, so etwa der Hoffnung auf die Arbeiterschaft als dem alleinigen revolutionären Subjekt sowie der Präferenz für straffe und disziplinierte Organisationsformen einschließlich einer sozialistischen Bewegungspartei. Im Unterschied dazu war die Neue Linke sehr stark intellektuell geprägt und theorielastig, befürwortete Selbstentfaltung und Spontaneität in Abgrenzung zu hierarchischen Organisationsformen und rigiden Verhaltensnormen. In ihren Aktionsformen setzte die Neue Linke häufig auf das Mittel der Provokation.

Ein genauerer Blick auf die Alte und Neue Linke würde jedoch zu weitaus differenzierten Mustern

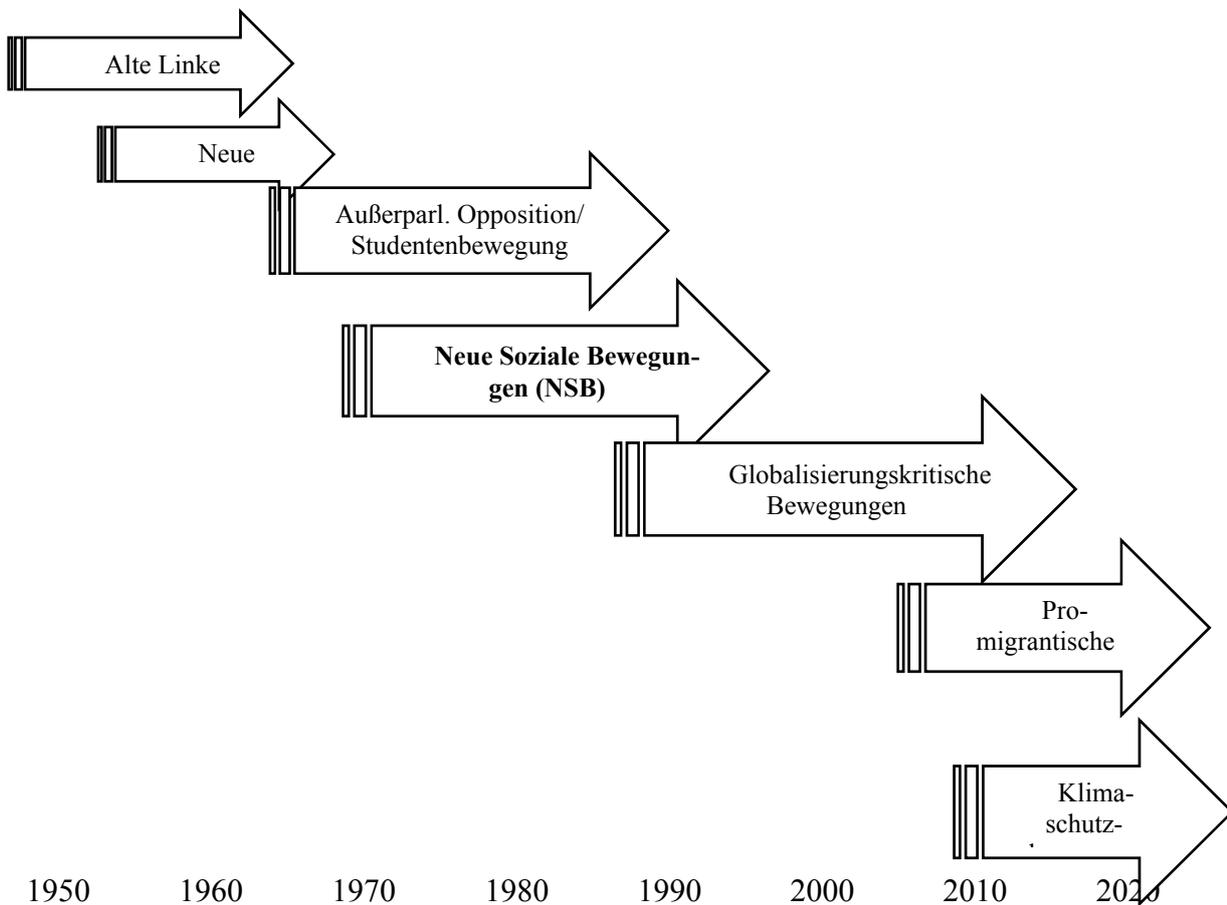
führen und innerhalb beider Bewegungen bestimmte Strömungen identifizieren (z.B. den historischen wie den zeitgenössischen Anarchismus), die durch keine markante ideologische Zäsur getrennt sind und somit den schroffen Dualismus alter und neuer sozialer Bewegungen in Frage stellen. Auch ist darauf hinzuweisen, dass dieser Dualismus vor allem in vielen Teilen Westeuropas intuitiv Sinn machte, während er in der DDR, in Mittel- und Osteuropa, in den USA und in manchen Ländern des globalen Südens auf erhebliche und empirisch durchaus begründete Vorbehalte stieß (z.B. Pichardo 1997). Zudem machten einzelne Historiker darauf aufmerksam, dass die Entgegensetzung von alten und neuen Bewegungen auf einem schiefen Vergleich beruhe, nämlich der stilisierten Spätphase der alten (sozialistischen) Bewegungen und der stilisierten Frühphase der neuen Bewegungen. Dagegen argumentierte z.B. Calhoun (1995, S. 204), dass die Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts und insbesondere die Arbeiterbewegung dieser Ära den heutigen neuen sozialen Bewegungen ähnlicher seien als die Bewegungen in der dazwischen liegenden Periode.

Es ist deshalb realitätsnäher, keine scharfe Zäsur im Entwicklungsgang progressiver Bewegungen zu unterstellen und darüber hinaus die neuen sozialen Bewegungen nicht statisch auf einen Typus bzw. eine Phase (insbesondere die Hochphase der enger gefassten **Neuen Sozialen Bewegungen**; NSB) einzufrieren, sondern eher von einer Überlagerung bzw. sich allmählich zeigenden Abfolge progressiver Bewegungen auszugehen, von denen die NSB lediglich eine Ausprägung darstellen.

Die enger und primär typologisch definierten NSB mit ihren nur lose verbundenen Themenschwerpunkten² hatten ihre Hochphase in den 1970er und 80er Jahren. In dieser Zeit entsprachen sie am ehesten dem postulierten Typus und auch der Selbstwahrnehmung der Bewegungsaktivisten.³ Davor und/oder danach, aber auch während

dieser Hochphase, bestanden weitere sich als progressiv verstehende Strömungen, die vom typologischen Bild der NSB abwichen, aber in empirischer Sicht Schnittmengen mit dem Kern dieser Bewegungen aufwiesen (dazu Roth/ Rucht 2008; Gassert 2018). Dazu gehören Teile der Alten und Neuen Linken, die Ausläufer der Studentenbewegung in Gestalt sektiererischer kommunistischer Gruppen, der Linksterrorismus der 1970er und 1980er Jahre sowie eine Reihe von Bewegungen, die sich als weitere Generationen der neuen sozialen Bewegungen, jedenfalls als im weitesten Sinne jüngere »progressive« Bewegungen verstehen lassen. Diese Überlappungen und Abfolgen können hier nicht im Einzelnen beschrieben werden, aber sollen doch in einer schematischen Darstellung angedeutet werden (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Abfolge progressiver Bewegungen



Die durch Rahmungen gesetzten Anfänge und Enden der jeweiligen Bewegungsgenerationen sind nicht als harte Grenzen zu verstehen. Zum Beispiel existieren Gruppierungen der Alten Linken bis heute fort und sind eingebettet in Bewegungskontexte wie die globalisierungskritischen

Bewegungen, die insgesamt den neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen sind. Auch lassen sich die Anfänge spezifischer progressiver Bewegungen oft weit zurückverfolgen. So begreift sich die heutige Frauenbewegung inzwischen als dritte oder vierte Generation einer traditionsreichen Be-

wegung, deren Anfänge bis in die Phase der Aufklärung zurück reichen. Ebenso sind die enger gefassten NSB nicht mit dem Ausklang der 1980er Jahre an ihr Ende gekommen, sondern fanden teilweise eine unmittelbare Fortsetzung in einer bestehenden Bewegung (so die Anti-Atomkraftbewegung mit ihrem neuen Aktionsschwerpunkt gegen die bis 2011 durchgeführten Castor-Transporte nach Gorleben) oder im Rahmen neuer Bewegungsgenerationen mit anders akzentuierten Themenschwerpunkten, so die globalisierungskritischen Bewegungen.

Sofern man das Etikett des »Neuen« innerhalb der genealogischen Linie progressiver Bewegungen ansetzen will, wäre somit eine Unterscheidung zu treffen zwischen einem weit gefassten Dachbegriff neuer sozialer Bewegungen, die mit der Neuen Linken in den 1950er Jahren Konturen gewinnen und bis heute anhalten, und einem engen Begriff Neuer Sozialer Bewegungen (NSB) mit einer Blütephase in den 1970er und 1980er Jahren.⁴ Von dieser Begrifflichkeit scharf abzugrenzen sind die Auftritte und Mobilisierungszyklen rechter Bewegungen, die teilweise ebenfalls das Adjektiv »neu«, etwa als »Neo-Nazis« oder – mit davon abweichender Bedeutung – als »Neue Rechte« zugeschrieben bekommen oder selbst beanspruchen. Rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen sind die Antagonisten neuer (progressiver) sozialer Bewegungen. Deshalb sollte keinesfalls ein generischer Dachbegriff von neuen sozialen Bewegungen (oder NSB) in Abgrenzung zu historisch älteren Bewegungen jeglicher Ausrichtung verwendet werden – ein Dachbegriff, der die identitätsstiftende politische Differenz zwischen progressiven und rechten Bewegungen eingeengt würde.

Der durchaus weit gefasste, aber auf das progressive Lager beschränkte Begriff neuer sozialer Bewegungen bedarf einer inhaltlichen Füllung seines gemeinsamen Nenners. Als »progressiv« können all jene Bewegungen und Kampagnen gefasst werden, die sich im weitesten Sinne den Zielen der Aufklärung und der individuellen wie gattungsbezogenen Emanzipationsidee verpflichtet fühlen. Das sind nicht exklusiv linke Bewegungen; auch bestimmte konservative Gruppen können sich diesen Idealen verschreiben. Die neuen Bewegungen im weiten Sinne zeichnen unter anderem dadurch aus, dass sie humanitäre und prodemokratische Positionen verfechten, kosmopolitisch orientiert sind, rigide Hierarchien ablehnen und in ihrer großen Mehrheit nicht über Strategien des radikalen Reformismus (dazu Roth 2018) hinausgehen. Sozialstrukturell sind sie

vorrangig in den gebildeten Mittelschichten (insbesondere im Humandienstleistungssektor) verankert und stehen damit in Distanz zu den kulturellen Werten und Prägungen des Milieus der einfachen Angestellten und der Arbeiterschaft. Vor diesem Hintergrund mag auch die auf den ersten Blick überraschende Einreihung der Klimaschutzbewegung, die nicht erst mit Fridays for Future ihren Anfang nahm, gerechtfertigt erscheinen. Fridays for Future entstammt nicht nur den gebildeten Mittelschichten (was auch auf einen kleineren Teil rechtspopulistischer Bewegung zutrifft), sondern kann inhaltlich als Verlängerung und Spezifizierung der in den 1970er Jahren aufgekommenen ökologisch orientierten Umweltbewegung verstanden werden.

4. Neue Bewegungen und neue Konfliktlinien

Die Arbeiterbewegung als dominante soziale Bewegung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts⁵ drohte mit ihrem revolutionären Drang die bürgerliche Gesellschaft zu sprengen. Entsprechend erschrocken reagierten die politischen und kulturellen Stützen dieser Gesellschaft mit ihrer Mischung aus kultureller Verachtung gegenüber dem »Pöbel«, der Pathologisierung der angeblich von einem »Herdentrieb« geleiteten »Massen«, der Repression und Kriminalisierung politischer Aktivitäten (u.a. Sozialistengesetze) und einer Strategie der Spaltung von Radikalen und Gemäßigten. Aus dieser dem Status quo verpflichteten Warte aus war Protest gleichbedeutend mit Unruhe und Aufruhr. Die zeitgenössische Zustandsbeschreibung des Zentralkonflikts als eines Klassenkonflikts war durchaus zutreffend, auch wenn andere Konfliktlinien, z.B. Kirche vs. Staat, eine Rolle spielten.

Im Vergleich dazu ist die zeitgeschichtliche und gegenwärtige Grundkonstellation, soweit sie auch durch weit definierte neue soziale Bewegungen markiert wird, eine deutlich andere. Die potentielle Eingriffstiefe dieser Bewegungen ist geringer; politisch und kulturell sind die neuen sozialen Bewegungen zumindest in den kapitalistischen Ländern des globalen Nordens nicht an den Rändern, sondern eher mitten in der Gesellschaft zu verorten; kollektiver Protest wird im Allgemeinen nicht als Aufruhr, sondern als normaler Bestandteil demokratischer Konfliktaustragung verstanden; die Rede vom Klassenkampf wirkt angesichts der Differenziertheit sozialer Schichten und Milieus antiquiert; die heutigen sozialen Bewegungen erscheinen eher als eine spezifische Variante von public interest groups denn als pöbelnde oder systemsprengende »Massen«.

Dennoch sind die durch neue soziale Bewegungen markierten neuen Konflikte nicht als bloße Scharmützel zwischen Interessengruppen zu verstehen. Vielmehr stehen hinter den ganz konkreten Themen und Forderungen grundsätzliche Wertvorstellungen und Weltbilder, die, ganz im Sinne der in den 1960er Jahren formulierten politikwissenschaftlichen Konfliktlinientheorie (Lipset/ Rokkan 1967), relativ stabile Trennlinien (cleavages) anzeigen, welche nicht nur auf der Ebene von Einstellungen, Meinungen und Wählerverhalten, sondern auch in konsolidierten Strukturen – Parteien, Verbände, soziale Bewegungen – ihren Niederschlag finden (vgl. Grande/ Kriesi 2012). Von den alten Konflikten – Kapital vs. Arbeit, Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie, religiös vs. säkular – haben insbesondere die drei letztgenannten Konflikte an Bedeutung verloren. Doch zeigt sich neuerdings, dass die Konfliktachse Zentrum vs. Peripherie wieder an Bedeutung gewinnt. Aktuelle Beispiele dafür sind die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich, aber auch die Verankerung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Gruppen gerade in den dünn besiedelten und »abgehängten« Regionen Ostdeutschlands. Der Links-/Rechts-Konflikt, der schon mehrfach als überholt erklärt wurde, besitzt nach wie vor eine starke Prägekraft. Er dient als ein grundlegendes politisches Orientierungsmuster, das es erlaubt, die Mehrzahl der Parteien und eine Fülle spezifischer Positionen einzuordnen. Wie die Umfrageforschung zeigt, wird die Links-/Rechts-Achse auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als ein aussagekräftiges Instrument einer generalisierten politischen Selbstverortung akzeptiert.

Gelegentliche Vorschläge, die heutige Konfliktsituation auf einen singulären Zentralkonflikt zu reduzieren, sind in der Konkurrenz um wissenschaftliche und mediale Aufmerksamkeit hilfreich, aber angesichts der Realität unterkomplex. Schon vor Jahrzehnten wurde zusätzlich zum Links-/Rechts-Konflikt die Konfliktdimension von Materialismus/Postmaterialismus als eine zweite strukturierende Konfliktachse ins Spiel gebracht (Inglehart 1977). Innerhalb eines durch beide Achsen gebildeten Feldes wurden die NSB zunächst als Ausdrucksform postmaterialistischer Werte, später überwiegend – und inhaltlich präziser – im Feld des linken Postmaterialismus verortet.

Auch angesichts der heutigen Problemlagen reicht es nicht aus, auf den Links-/Rechts-Konflikt samt seinem Potential zu verweisen, neu aufkommende Themen allmählich zu absorbieren. Wenig

überzeugend ist aber auch die gegenteilige Position, den Links/Rechts-Konflikt für weitgehend irrelevant zu erklären und an seiner Stelle einen singulären neuen Zentralkonflikt, beispielsweise den Gegensatz von Kosmopoliten und Kommunitaristen⁶, in der Annahme zu postulieren, das parteipolitische Gefüge werde sich über kurz oder lang darauf ausrichten, indem etwa, bezogen auf Deutschland, AfD und Grüne zentrale Antipoden wären und sich alle anderen relevanten Parteien entsprechend positionieren müssten. Die Breite politischer Streitthemen lässt sich nur teilweise auf dieser Achse abbilden. Wir haben vielmehr von der Gleichzeitigkeit und auch partiellen Überlagerung mehrerer grundlegender Konfliktachsen auszugehen, deren jeweiliges Gewicht zeitspezifisch und regional erheblich variieren kann. Die heute mit der hoch politisierten Klimafrage anstehende Frage nach der Notwendigkeit harter ordnungspolitischer, fiskalischer und sonstiger Eingriffe erinnert an den traditionellen, mit dem Links/Rechts-Konflikt verbundenen Gegensatz von Staat vs. Markt und könnte längerfristig von dieser Konfliktlinie aufgesogen werden. Sie könnte sich aber auch zu einer weitgehend eigenständigen Konfliktlinie zwischen Befürwortern und Gegnern eines nachhaltigen Wirtschaftens und Konsumierens entwickeln.

Mit Blick auf die genannten Konfliktachsen, die in ihrer Profilierung und ihrer relativen Bedeutung noch schwer abschätzbar sind, können die neuen sozialen Bewegungen in ihrer großen Mehrheit auf Seiten der postmaterialistischen, kosmopolitischen und auf Nachhaltigkeit gepolten Linken verortet werden, während eine Minderheit Nachhaltigkeitspolitik mit genuin konservativen politischen Positionen verbindet.

5. Wirkungen der neuen sozialen Bewegungen

Versucht man, die Wirkungen von sozialen Bewegungen zu bilanzieren, so wird meist ein zweifellos zentrales Kriterium, die Erreichung der erklärten Bewegungsziele (vorzugsweise in Verbindung mit messbaren Erfolgskriterien), herangezogen. Demgegenüber ist auf eine Reihe von weiteren Wirkungsdimensionen zu verweisen. Dazu zählen:

- der Wandel politischer Verfahren und Institutionen, der sich manchmal als indirekten Effekt aus vielen themenspezifischen Konfliktfeldern ergibt (z.B. die Erweiterung von Informations- und Klagerichten; Verfahren der Mitbestimmung und direkten Demokratie);

- der Wandel des Parteiensystems und der Regierungswechsel;
- schleichender oder auch abrupter Regime- und Systemwandel;
- Agenda-Setting in der breiten Öffentlichkeit;
- Gesellschaftliche Aufklärung und Wertewandel;
- Veränderungen des Alltagsverhaltens und der Lebensstile;

- Wandel von Protestkultur und Protestgruppen (Organisationsformen, Konfliktstrategien, Protestrepertoires, Sozialisierungseffekte, kollektives Gedächtnis ...).

Für die neuen sozialen Bewegungen ergibt sich mit Blick auf die genannten Wirkungsdimensionen eine unterschiedliche Bilanz, die in einer alle Einzelheiten vernachlässigenden Form in Tabelle 3 festgehalten ist.

Tabelle 3: Wirkungen der neuen sozialen Bewegungen in verschiedenen Sachdimensionen

Wirkungsdimension	Allgemein	Spezifisch
Erklärte Politikziele	Meist nur Teilerfolge	Anti-Atom + + +, Ökologie + +, Frauen + +, Globaler Süden + -, Schwule + +, Alternative Ökonomie + -
Politische Verfahren und Institutionen	Geringe Wirkungen	Partielle Öffnung und Demokratisierung, Bürgerentscheide und Volksbegehren auf Landesebene, Erweiterung der Auskunftsrechte gegenüber Behörden, Etablierung neuer Fachpolitiken (z.B. Umweltpolitik, Gleichstellung von Frauen)
Regimewandel	Kein Effekt	Mehrheitlich nicht beabsichtigt: Linksradi-kale/Autonome --
Wertewandel, politische Kultur	Erhebliche Wirkungen	Stärkung postmaterieller Werte, kulturelle Pluralisierung, Ich-Zentrierung
Agenda-Setting	Erhebliche Wirkungen	Erfolgreiches Agenda-Setting in Teilbereichen
Alltagsverhalten der Bevölkerung	Partielle Wirkungen	Sensibilisierung für Umweltfragen, Probleme von Minderheiten, Politischer Konsum (bei Minderheiten)
Protestkultur und Protestgruppen	Erhebliche Wirkungen	Nachhaltige Prägung der Bewegungslandschaft; Aufbau relativ stabiler Strukturen und Organisationen

Eine anders systematisierte Wirkungsbilanz der neuen sozialen Bewegungen ergibt sich mit Blick

auf die Sphären des ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Systems (Tabelle 4).

Tabelle 4: Wirkungen der neuen sozialen Bewegungen in drei gesellschaftlichen Teilbereichen

Sphäre	Generell	Spezifisch
Ökonomisches System	Geringe Wirkungen: keine grundlegende Umgestaltung	Umstrukturierung/Innovationen im Energiebereich, Veränderungen im Konsumverhalten, Blockade/Einschränkung einzelner technisch-industrieller Projekte
Politisches System	Moderate Wirkungen: mehr Partizipation, Flexibilisierung von Strukturen	Erweiterung von Anhörungs- und Mitwirkungsrechten (z.B. Planungswesen, Verbandsklage), Erweiterung des Parteiensystems (Grüne)
Sozio-kulturelles System	Beträchtliche Wirkungen: Wertewandel (kulturelle Liberalisierung, Postmaterialismus) Stärkung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Selbstbewusstsein	Abbau von Autoritätshörigkeit, kulturelle Pluralisierung, Gleichstellung von Frauen, Entdiskriminierung von Schwulen und Lesben, Veränderung von Erziehungsstilen

Ein in der Bewegungsforschung meist vernachlässigter Aspekt der Wirkungsanalyse sind die nicht-intendierten Folgen des Bewegungshandelns, die sich sowohl auf der Ebene einzelner Individuen als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene manifestieren können und teilweise erst im größeren zeitlichen Abstand sichtbar werden. Dazu gehören zum Beispiel die Folgen unrealistisch hoch angesetzter und deshalb verfehler Ziele, was oftmals hoch motivierte Aktivistinnen und Aktivisten frustrieren und zum Rückzug veranlassen kann. Auf systemischer Ebene können soziale Bewegungen, die eine gesellschaftliche Ordnung umwälzen wollen, durch ihre Kritik ungewollt dazu beitragen, diese Ordnung zu stabilisieren. So haben z.B. die neuen sozialen Bewegungen mit ihrer Wertschätzung von individueller Selbstbestimmung, Autonomie und Selbstoptimierung auch dazu beigetragen, den Boden für die Flexibilisierung von Arbeit und, weitergehend, den Erfolg neoliberaler Strategien zu bereiten. Zudem haben ihr kultureller Liberalismus und ihre kosmopolitische Grundhaltung ungewollt rechtspopulistische Abwehrbewegungen befördert.

6. Fazit

Die neuen sozialen Bewegungen haben bestehende Konfliktlinien aufgeweicht und insgesamt eine weitere Differenzierung von Konfliktlinien befördert, aber scheinen auch eine neue Konfliktlinie zu markieren. Insbesondere deutet sich eine Profilierung des Konflikts zwischen progressiv-universalistischen Kräften, denen die neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen sind, und rechtspopulistischen und rechtsradikalen Kräften an. Letztere treten für soziale und kulturelle Exklusion, für Nationalismus und Chauvinismus ein und sagen der »links-grün versifften« Republik den Kampf an. Anzeichen einer entsprechenden Polarisierung sind nicht zu übersehen.

In mancher Hinsicht sind die neuen sozialen Bewegungen zu einer geschichtsmächtigen Kraft geworden. Das gilt insbesondere für ihren Beitrag zur kulturellen Liberalisierung und demokratischen Öffnung einer Gesellschaft, die als frühe Bundesrepublik Deutschland noch deutliche Spuren einer »Obrigkeitsgesellschaft« aufwies (Greif-

fenhagen/ Greiffenhagen 1979), deren Repräsentanten das Leitbild einer »formierten Gesellschaft« (Ludwig Erhard) ausriefen und deren stärkste Partei mit dem Slogan »keine Experimente« in Wahlkämpfe zog. Die neuen sozialen Bewegungen waren auch ein wesentlicher Faktor, um die Idee und Praxis von Zivilgesellschaft, und damit auch bürgerschaftlicher Mitverantwortung und gesellschaftlicher Selbststeuerung des Gemeinwesens, zu fördern (Rucht 2001; 2018). Zudem haben sie dazu beigetragen, politischen Protest zu konventionalisieren und ihn als ein »normales« Mittel politischer Interessenvertretung und Konfliktaustragung erscheinen zu lassen.⁷ Zu ihrer Wirkungsbilanz gehört aber auch, dass diese Bewegungen nicht stark genug waren, um eine Reihe negativer sozialer und ökologischer Folgekosten ökonomischer Modernisierung zu verhindern. Darüber hinaus wurden sie ungewollt zu einem »Schmiermittel« für den flexibilisierten und globalisierten Kapitalismus.

Anmerkungen:

¹ Touraine eröffnet das erste Kapitel seines Buches über die Studentenbewegung mit dem Satz: »Die Bewegung des Mai ist eine neue Form des Klassenkampfes.« (Touraine 1968, S. 15; meine Übersetzung)

² Dazu gehören insbesondere die Themenbereiche Frieden und Abrüstung, Menschen- und Bürgerrechte, Hunger und Elend in der Dritten Welt, Gleichstellung/Emanzipation von Frauen, Schwule und Lesben, Ökologie, Anti-Atomkraft sowie alternatives Leben und Wirtschaften.

³ Reichardt (2014), der eine umfangreiche Studie zum »linksalternativen Leben« im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen vorgelegt hat, spricht mit Blick auf den Zeitraum von Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre von einer »Stabilisierungs- und Konsolidierungsphase«, die dann an »milieuartiger Stabilität« verlor (2014, S. 875).

⁴ Nach den Protestereignisanalysen von Kriesi et al. (1995, S. 20) konnten in Deutschland in der Phase von 1975 bis 1989 knapp drei Viertel aller Proteste den NSB zugerechnet werden. Dies war der höchste Anteil im Vergleich zu den Niederlanden, der Schweiz und vor allem dem Schlusslicht Frankreich (36 %).

⁵ Um Mitte dieses Jahrhunderts, so bei dem bürgerlichen Reformler Lorenz von Stein, wurde der Begriff soziale Bewegungen gleichgesetzt mit sozialistischen/kommunistischen Bewegungen.

⁶ Die Verwendung des Begriffs »Kommunitarismus« durch Wolfgang Merkel (2016) ist problematisch, insofern sie von der herkömmlichen Semantik des Begriffs Kommunitarismus erheblich abweicht. So würde sich etwa Amitai Etzioni (1993) als einer

der wichtigsten Fürsprecher des Kommunitarismus dagegen verwahren, auf der Gegenseite des universalistischen und kosmopolitischen Lagers lokalisiert und in die Nähe von gemeinschaftstümelnden rechtspopulistischen Positionen gerückt zu werden.

⁷ So betitelt der US-Soziologe Amitai Etzioni sein 1970 erschienenes Buch mit »Demonstration Democracy«. Neidhardt und Rucht verwendeten in einem Konferenzbeitrag von 1991 und einer 1993 erschienenen Aufsatz das Stichwort »Bewegungsgesellschaft«.

Literaturhinweise:

Calhoun, Craig (1995): »New Social Movements« of the Early Nineteenth Century. In: Mark Traugott (Hrsg.), *Repertoires and Cycles of Collective Action*. Durham and London: Duke University Press, S. 173-215.

Etzioni, Amitai (1970): *Demonstration Democracy*. New York et al.: Gordon and Breach.

Etzioni, Amitai (1993): *The Spirit of Community. Rights, Responsibilities and the Communitarian Agenda*. New York: Touchstone.

Gassert, Philipp (2018): *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart: Kohlhammer.

Grande, Edgar/ Kriesi, Hanspeter (2012): *The Transformative Power of Globalization and the Structure of Political Conflict in Western Europe*. In: Hanspeter Kriesi et al. (Hrsg.), *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3-35.

Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (1979): *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*. München: List Verlag.

Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Kriesi, Hanspeter/ Koopmans, Ruud/ Duyvendak, Jan Willem/ Giugni, Marco G. (1995): *New Social Movements in Western Europe: A Comparative Analysis*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Seymour M. Lipset/ Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, S. 1-64.

Melucci, Alberto (1980): The new social movements: A theoretical approach. In: *Social Science Information*, 19(2), S. 199-226.

Merkel, Wolfgang (2016): Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: *WZB-Mitteilungen*, 154 (Dezember), S. 1-14.

Neidhardt, Friedhelm/ Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: *Soziale Welt*, 44(3) S. 305-326.

Pichardo, Nelson A. (1997): New Social Movements: A Critical Review. In: *Annual Review of Sociology*, 23, S. 411-430.

Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/New York: Campus-Verlag.

Roth, Roland (2018): Radikaler Reformismus. Geschichte und Aktualität einer politischen Denkfigur. In: Ulrich Brand/ Christoph Görg (Hrsg.),

Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Baden-Baden: Nomos, S. 219-240.

Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): *Handbuch Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1949*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Rucht, Dieter (2001): Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft. In: Richard Münch/ Claus Leggewie (Hrsg.), *Demokratische Bürgergesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 321-336.

Rucht, Dieter (2018): Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 40-51.

Touraine, Alain (1968): *Le communisme utopique. Le mouvement de Mai 68*. Paris: Seuil.

Touraine, Alain (1973): *Production le la société*. Paris: Seuil.

Turner, Ralph H. (1969): The theme of contemporary social movements. In: *British Journal of Sociology*, 20, S. 390-405. 

Kommentar: Zivilgesellschaft und Demokratie

Von Christine Scheel M.A., MdB a.D., Vorsitzende des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing, Hösbach bei Aschaffenburg

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Als Aktivistin seit Ende der 70er Jahre möchte ich den abschließenden Gedanken zur Demokratie meines Vorredners, Herrn Prof. Dr. Dieter Rucht, aufgreifen. Demokratie ist die Grundlage dafür, dass sich Zivilgesellschaft überhaupt herausbilden kann. Ohne diese Gegebenheit hätten wir in der Zivilgesellschaft in Bezug auf all die Gruppierungen und Initiativen, die sich organisiert haben – vor allem im Hinblick auf die 70er und 80er Jahre – nicht die Legitimität gehabt zu sagen, wir wollen in dieser demokratischen Gesellschaft Änderungen erwirken. Inhaltlich machten wir das fest an dem, was die Politik aus Sicht der gegründeten Initiativen falsch oder zu wenig umsetzte. Hierzu gehörte die Thematik Abrüstung und Frieden, die viele Menschen zu Sitzblockaden an geeigneten Standorten und Demonstrationen mit der Bildung von Menschenketten motivierte. In diesen Zeiten ging es darum, Gewalt gegen Frauen auch in der Ehe endlich ernster zu nehmen und gesetzgeberisch tätig zu werden. Seinerzeit wurde die Atompolitik mit Atomkraftwerken von den regierenden Parteien CDU/CSU/FDP, aber auch der SPD, noch als zukunftsweisend gesehen. Aktuell ist es die Klimapolitik und die Klimakrise, die vor allem auch junge Menschen wieder auf die Straße bringt mit dem Vorwurf an die Regierenden, zu wenig für eine zukunfts- und überlebensfähige Welt zu tun, die den nächsten Generationen eine gute Zukunft bietet. Es sind immer wieder große Themen, die viele bewegen und Bewegungen in unserer Bürgergesellschaft heranwachsen lassen.

Ich bin jemand, die bereits in der Gründungsphase der GRÜNEN in Bürgerinitiativen und Bewegungen aktiv war und durch dieses Engagement, vor allem im Umweltbereich, aber auch frauenpolitisch bewegt, letztendlich in die parlamentarische Politik hineingegangen ist.

Die meisten Organisationen, die es in den 70er Jahren gab, haben sich institutionalisiert, und so kam die Gründung einer neuen Partei, der GRÜNEN, überhaupt zustande. Fast alle sind aus der Antiatombewegung, aus der Frauenbewegung oder aus der Friedensbewegung gekommen, wobei die Übergänge der einzelnen Themen bei vielen fließend waren; geleitet von dem Anspruch, nicht nur auf der Straße Position zu be-

ziehen, sondern auch in den Parlamenten. Dies führte natürlich auch an der einen oder anderen Stelle zu Konflikten. Das Protestgeschehen war vielfältig. Die Friedens- und Ökologiebewegung war machtorientiert und die Frauenbewegung kulturorientiert. Doch eine kollektive Identität hat den öffentlichen Protest hervorgebracht und eine Wirksamkeit entfaltet, die sich im politischen Raum niederschlug. Wohlwissend, dass die Gesetzgebung der Regierung obliegt und die Initiativarbeit lediglich in der Gesellschaft ihre Wirkung entfaltet, sind Aktivisten, um die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, bei Landtags- und Bundestagswahlen angetreten; andere sind bewusst in den Bewegungen geblieben, um den Druck aus der Gesellschaft heraus auf die politisch und in den Parlamenten Handelnden aufrecht zu erhalten. Der öffentliche Protest war in seiner Ausprägung und den Forderungen oft wesentlich radikaler, als dies die Kritiker z.B. der Atompolitik in den parlamentarischen Strukturen umsetzen konnten. So entstanden auch Brüche zwischen Handelnden in den Bewegungen und neu gewählten Politikern und Politikerinnen in den Parlamenten. Ein klassisches Beispiel war hierfür bundespolitisch die Geschwindigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie. Die einen wollten einen Sofortausstieg, die anderen waren in den Zwängen eines geregelten und rechtlich sinnvollen Ausstiegsszenarios mit der Schaffung notwendiger parlamentarischer Mehrheiten verhaftet.

Zurückkommen möchte ich exemplarisch auf die Protestbewegungen gegen die in den 80er Jahren geplante Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf in der Oberpfalz in Bayern. Die Planung der sogenannten WAA wurde von der bayerischen Staatsregierung forciert an diesem Ort, in der Hoffnung, dass sich in der relativ dünn besiedelten Region kein Widerstand entwickelt, sondern sich diese Planung als Garant für zukünftige Arbeitsplätze vor Ort erweist. Ich selbst war bereits Anfang/Mitte der 80er Jahre als Aktive in der Antiatombewegung bei Demonstrationen und dem Besuch des von Gegnern errichteten Hüttendorfs »Zeitzeugin« im Umgang der Staatsgewalt mit der unliebsamen Protestbewegung. Bereits vor 1986, als die GRÜNEN erstmals in den bayerischen Landtag gewählt wurden und auch ich ein Mandat erlangte, gab es in Wackersdorf die Unterstützung des sich vor Ort, aus der

örtlichen Bevölkerung heraus entwickelnden Protestes durch immer mehr Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen. Damals hat man dies in der bayerischen Landesregierung nicht wirklich ernst genommen. Es herrschte die Auffassung vor, dass ein paar wenige anderer Meinung seien und dieser Widerstand sich nicht weiter auswachsen würde. Die Entwicklung des Widerstandes ist deshalb sehr interessant, da sie ihren Ursprung nicht in der bundesweiten Anti-Atombewegung hatte, sondern aus der lokalen Bevölkerung heraus entstand. Es war eine bürgerschaftliche Initiative, die sich erst regional gegründet hatte und daraufhin unterstützt wurde von Menschen aus der Antiatomkraftbewegung, die aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten. Der Kreis der Gegner und Gegnerinnen wuchs weiter an, und bundesweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Demonstrationen und Kundgebungen fanden unter Teilnahme von vielen Menschen aus den Kirchen, dem kulturellen Berufsleben, Jugendverbänden bis hin zu Landwirten und Bürgerinnen und Bürgern statt, die bis zu diesem Zeitpunkt noch niemals an einer Demonstration teilgenommen hatten. Es brach durch die Vereinigung bürgerschaftlicher Bewegungen und institutionalisierter Organisationen etwas auf, das der herrschenden Politik große Sorgen bereitete. Dies war ein Phänomen in einer Zeit, als die Frage auftauchte, wie stark ist der Staat, wie setzt die bayerische Staatsregierung ihr Vorhaben gegen die Interessen von so vielen Menschen um, die sich mit den Fragen der Atomenergie und deren Auswirkungen intensiv beschäftigt haben. Ich kann mich noch sehr gut an Polizeieinsätze erinnern, die für beide Seiten sehr belastend waren. Für die Polizisten und Polizistinnen mit ihren Einsatzbefehlen und den Demonstrantinnen und Demonstranten, die mit bürgerlichem Ungehorsam ihrer Position Ausdruck verliehen. Der Protest sollte von Seiten der Staatsgewalt klein gehalten und niedergedrückt werden. Berliner Sondereinsatzkommandos mit martialisch wirkender Ausstattung kamen genauso zum Einsatz wie Wasserwerfer und Gaseinsätze. Ziel des Innenministers war, mit Staatsmacht Angst zu verbreiten. Mit allen Konsequenzen. Körperliche Verletzungen, reihenweise Verhaftungen waren das bittere Ergebnis. Rechtliche Verfahren, die zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten, kamen hinzu, und fehlerhafte Genehmigungsunterlagen konnten von Seiten der Anwälte des Widerstandes entlarvt werden.

Die Wirksamkeit dieser Entwicklung lag darin, dass in erster Linie das große und vielfältige Bündnis außerhalb der Politik, die gerichtliche

Auseinandersetzung mit den Genehmigungsunterlagen, aber auch den Widerstand unterstützende Anträge und Anfragen von GRÜNEN und SPD im bayerischen Landtag gemeinsam dazu führten, dass sich die Umsetzung der WAA zeitlich immer weiter nach hinten verschob und die Betreiberfirmen das Vorhaben letztendlich aufgaben. Mit der Begründung, das Projekt sei zu teuer und zeitlich nicht kalkulierbar. Die bayerische Staatskanzlei und das Kabinett haben dann fast kein Wort mehr darüber verloren und viele gerichtliche Auseinandersetzungen fanden sehr schnell ein Ende.

Klar ist, dass es ohne dieses bürgerschaftliche Engagement nicht gelungen wäre, dieses – auch aus heutiger Sicht – Wahnsinnsprojekt zu verhindern. Es gab diese kollektive Identität über alle Altersgruppen hinweg: jung, alt, Familien mit kleinen Kindern und die Vielfalt der unterschiedlichsten Berufe. Interessant ist hierbei auch die Wirksamkeit einer bürgerschaftlichen Bewegung auf die Politik. Es ging nicht nur um die Ablehnung der geplanten Anlage, sondern sowohl auf der parlamentarischen Ebene wie auch in der Bewegung um die Ausgestaltung und Anwendung des Polizeiaufgabengesetzes. Was hat die Polizei für Rechte und Pflichten? Wer verantwortet die Herangehensweise bei den Einsätzen? Es ging auch darum, welche chemischen Stoffe gegen Demonstrantinnen und Demonstranten eingesetzt werden dürfen und ob dies überhaupt verhältnismäßig sein kann. Es ging um Fragen des Miteinanderumgehens und Bemühungen, mit Mediationsgesprächen zu einer Deeskalation beizutragen. Das Geschehen hatte eine gesellschaftliche Dimension, die weit mehr beinhaltete, als die in Politik und Gesellschaft wahrgenommene Forderung, den Ausstieg aus der Atomenergie. Letztendlich ging es auch um das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat.

Klar ist, dass es kein Atomausstiegsgesetz gegeben hätte, wenn die Antiatombewegung nicht weiter Druck auf die Politik ausgeübt hätte und die rot-grüne Regierung in Berlin die Gesetzesgrundlage zum Ausstieg nicht auf den Weg gebracht hätte. In dieser Zeit haben etliche Pioniere und die Umweltbewegung eine andere Energieversorgung längst im Blick gehabt. So kam die Entwicklung zur Erzeugung von regenerativem Strom und Wärme aus der Gesellschaft heraus und wurde durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschleunigt. Kraftvolle Forderungen für eine dezentrale Versorgung mit den Erneuerbaren ließen viele Bürgergenossenschaften entstehen und führten letztendlich zu einer neuen Macht-

konstellation. Nicht mehr die von der Regierung lange subventionierten Großkonzerne, sondern viele kleine Unternehmen haben mit ihren Investitionen eine neue Struktur geschaffen für eine wirklich nachhaltige Energieversorgung, bürgerlich und ökologisch. Tausende neue Arbeitsplätze sind jenseits der Atom- und Kohleindustrie entstanden. So ist es der Zivilgesellschaft gelungen, mit wirtschaftspolitischem und umweltpolitischem Know-how jahrzehntelange von der Politik gepflegte Machtstrukturen zu verändern.

Die sozio-kulturelle Frauenbewegung hat auch ihre Wirkung entfaltet und damit starken Einfluss auf die Politik ausgeübt. Nach dem Aufbruch in den 70er Jahren kämpften viele Frauen bundesweit in der Frauenbewegung 25 Jahre lang, bis endlich der Protest für eine Reform des Sexualstrafrechts im deutschen Parlament durch eine Gesetzesänderung erfolgreich war. 1997 beschloss der Deutsche Bundestag, dass Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt wird und der minder schwere Straftatbestand der Nötigung abgeschafft wird. Nur eine fraktionsübergreifende Frauenkoalition schaffte es, dass Fraueninteressen über das von Männern dominierte Parteiinteresse in Union und FDP gestellt wurde. Damit hat sich in der gesamten Gesellschaft etwas verändert und die Frauenbewegung der 70er bis zu den 90er Jahren wurde nicht mehr nur auf das Thema des umstrittenen §218 zur Abtreibung reduziert. Es ging um die Rolle der Frauen in der Ehe und auch um den Aufbau einer Infrastruktur, um Frauen in Not

durch Frauennotruftelefone und der Errichtung von Plätzen in Frauenhäusern zu helfen, in denen Frauen auch mit Kindern Hilfe bekommen konnten. Gleichzeitig verstärkten sich Forderungen nach gleicher Bezahlung von Männern und Frauen, aber auch die Forderung nach einer guten Kinderbetreuung, um Arbeit und Beruf besser vereinen zu können. Die Wirksamkeit dieser Bewegung führte in den Landesparlamenten und im Bundestag zu gesetzgeberischen Entscheidungen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Leider wurde die Frauenbewegung medial viele Jahre lang auf die Abtreibungsdebatte um den §218 reduziert und die Vielfalt der frauenpolitischen Belange in den Medien wenig thematisiert.

Natürlich werden in den Medien Themen aufgegriffen, die provokative Aussagen beinhalten. Doch was eine Bewegung leistet und die differenzierte ehrenamtliche Tätigkeit in Organisationen und Initiativen werden meistens viel zu wenig zur Kenntnis genommen und gewürdigt.

Um den Bogen zum politischen Protest und der Demokratisierung zu schlagen, möchte ich abschließend feststellen, dass die Demokratie die Auflehnung der Zivilgesellschaft braucht, um zu überleben. Ja, sie braucht sogar auch einen gewissen Ungehorsam. D

Aufbrüche II: Zivilgesellschaft und Wiedervereinigung

Politischer Protest und Zivilgesellschaft im deutschen Transformationsprozess

Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D., Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, Berlin, im Gespräch mit Pfarrer Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, Tutzing

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, Sie sind in Breslau geboren und sind durch die Vertreibung Ihrer Familie in Thüringen gelandet. Sie haben dort Abitur gemacht, Sie haben Schriftsetzer gelernt beim Thüringer Tageblatt in Weimar. Sie haben Germanistik und Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert.

Wolfgang Thierse: Ich muss kurz unterbrechen – ich kenne mich ja: Wir waren in der DDR generell bescheiden. Wir haben nicht Wissenschaften im Plural studiert, sondern ich habe Kulturwissenschaft im Singular studiert.

Udo Hahn: Dann gab es ein Erlebnis, von dem ich gerne wüsste – und dafür unterbreche ich die Biografie –, wie prägend es für die weitere Zeit für Sie war. Sie haben im Ministerium für Kultur gearbeitet in der Abteilung Bildende Kunst, und Sie waren dort entlassen worden, weil – wie ich gelesen habe – Sie sich weigerten, die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann zu befürworten. Ein Akt von Zivilcourage, mutig in jedem Fall, wie kam es?

Wolfgang Thierse: Ich war lange an der Universität und irgendwann muss man sie verlassen. Und da habe ich wohl in einem Anfall von Leichtsinn ein Angebot angenommen, ins Kulturministerium der DDR zu gehen. Ich dachte, vielleicht kann man wirklich etwas ausrichten. Und das war nun nach eineinhalb Jahren zu Ende. Nach der Ausbürgerung von Biermann gab es ja – wie Sie wissen – eine Reihe von Prominenten, vor allem Schriftsteller der DDR, die das in einer öffentlich gewordenen Bittschrift kritisierten und die Parteiführung der SED, die Regierung gebeten haben, diese Entscheidung zurückzunehmen. Diese Erklärung fand viele Unterstützer und die SED-Führung hat ihrerseits darauf reagiert mit der Organisation von Zustimmungserklärungen zu dieser Entscheidung. Man muss wissen, zum ersten Mal seit 1945 ist einem deutschen Staatsbürger die Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Die DDR war ja ein Nachfolgestaat des Nazi-

Staats, auch wenn immer so getan wurde, als hätte nur der Westen die Nachfolge angetreten. Es gab eine regelrechte Kampagne des »Neuen Deutschlands« und der anderen SED-Zeitungen. Die waren voll von Jubelerklärungen. Ich wurde aufgefordert, zu Künstlern zu gehen und sie um solche Jubelerklärungen zu bitten – und wenn sie das nicht machen, darüber zu berichten. Ich habe gesagt, das lehne ich ab, ich mache das nicht. Ich halte diese Entscheidung für einen kapitalen Fehler. Ich habe also nein gesagt und das hat zu meiner sofortigen Entlassung geführt.

Dazu noch eine Geschichte: Ich wurde zum Abteilungsleiter gerufen und der hat mir vorgehalten, was ich in den letzten Wochen alles gesagt habe. Das hatte eine Kollegin genauestens berichtet. Ich kam also von dem Gespräch mit meinem Abteilungsleiter, das mit meinem Rausschmiss geendet hatte, zurück und fragte die Kollegin, die mit mir im gemeinsamen Arbeitszimmer gesessen hatte: »Renate, warum hast du das gemacht? Warum hast du über mich berichtet? Du weißt, dass ich ein streitlustiger Mensch bin, du hättest mir alles ins Gesicht sagen können und dann hätten wir gestritten!« Dann kam die wörtliche Antwort: »Ach, Wolfgang, als Mensch ist es mir schwergefallen, aber als Genossin war es meine Pflicht.« Das war ein ganz typischer DDR-Satz. Das war die alltägliche Schizophrenie. Sie wusste ganz genau, dass sie etwas menschlich Unanständiges getan hatte, aber als SED-Genossin hatte sie es für ihre Pflicht gehalten.

Na ja, so wurde ich von heute auf morgen entlassen und wusste nicht, wie es weitergeht. Ich bin dann anschließend zu einem uns bekannten Maler gegangen und habe mir aus Trotz ein Bild gekauft. Das hängt noch heute in unserem Wohnzimmer. Als der dann später hörte, was mit mir geschehen war, sagte er: »Wolfgang, hättest du mir doch was gesagt! Ich hätte es dir sofort geschenkt!« Und ich sagte »Nein, ich wollte das Bild kaufen! Nun erst recht!« Jetzt hängt es also in unserem Wohnzimmer – es ist eine wunderbare Zirkusszene. Also ganz passend.

Udo Hahn: Ich fahre kurz in der Biografie fort. Sie haben dann bis zur Wende als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR gearbeitet, im Zentralinstitut für Literaturgeschichte. Sie haben sich in der Wendezeit zunächst dem Neuen Forum angeschlossen. Anfang 1990 sind Sie dann in die neu gegründete SPD in der DDR eingetreten und Sie haben in der SPD bis heute viele Aufgaben und Ämter wahrgenommen. In einer Biografie des Deutschlandfunks heißt es, Sie seien einer der erfolgreichsten ostdeutschen Politiker und einer der wenigen DDR-Bürgerrechtler, die es so weit nach oben geschafft haben – also aus der Wendezeit heraus Politik, die letzten 30 Jahre im vereinten Deutschland gestaltet haben. Und, das fand ich besonders nett, und ich bin gespannt, wie Sie darauf reagieren: Sie sind als engagierter Querulant bezeichnet worden. Das ist sicher etwas Liebevolleres, aber finden Sie sich darin wieder?

Wolfgang Thierse: Nein. Wenn mir bescheinigt worden wäre, dass ich auch in der Politik eigenständig geblieben bin, dann gefällt mir das. Querulant ist ja ambivalent. Und ich war nicht nur einfach ein Querulant, dann hätte ich nicht so lange stellvertretender Parteivorsitzender der SPD sein können. Ich hatte eine Menge anderer Funktionen in dieser Partei. Vorsitzender der Grundwertekommission, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie, das macht man nicht, wenn man nur Querulant ist. Ich habe natürlich auch gelegentlich dem eigenen Kanzler widersprochen und anderen auch, und so wird man halt zum »Querulanten«.

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, ich knüpfe nun an die Debatte von heute Vormittag an, als Christine Scheel sagte: »Ohne Demokratie gibt es keine Zivilgesellschaft.« Wie muss man sich eigentlich die DDR bis zur Wende vorstellen? Wir sprechen immer von der SED-Diktatur. Diktatur heißt eigentlich, da gibt es keine Zivilgesellschaft, da gibt es eine Partei, die das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben – und wir haben das ja eben gerade am Beispiel Wolf Biermann wahrgenommen – dominiert. Gab es doch so etwas wie Zivilgesellschaft? Wie würden Sie den Satz von Christine Scheel im Blick auf die DDR vor der Wende einordnen?

Wolfgang Thierse: Wenn man Zivilgesellschaft als positiv wertenden Begriff versteht im Sinne einer selbstbewussten Bürgerschaft, die fähig und willens ist zu selbstverantwortlichem Handeln, dann war es dem SED-Regime gelungen, eine solche Zivilgesellschaft fast vollständig zu zerstören. Genauso wie es dieser Arbeiterpartei – dieser sogenannten – gelungen ist, die Arbeiterklasse in

der DDR fast vollständig zu entpolitisieren. Das sollte man wissen.

Das galt nicht für die Kirchen. Zwar sollte Religion bestenfalls Privatsache sein, aber die Kirchen blieben bzw. wurden Freiräume in einem unfreien Land. Und deswegen freut mich die historische Pointe, dass es die unterdrückten Kirchen waren, die eine solche Rolle bei der Überwindung des Regimes gespielt haben! Dass Christen die Religion eben nicht bloß ihre Privatsache sein lassen wollten, sondern daraus öffentliche politische Konsequenzen gezogen haben und so wesentlich beigetragen haben zur Überwindung des Regimes! Es gab also in der DDR die Kirchen als einen Raum relativer Freiheit in einem unfreien Land. Das wurde dann deutlich sichtbar in den 80er Jahren, als sich Oppositionsgruppen bildeten, zunächst Zirkel eher geringer Größe, weil man vertraut miteinander umgehen konnte musste. Es gab die evangelischen und katholischen Studentengemeinden, die sehr wichtig waren. Es gab das demokratische Leben in der evangelischen Kirche: Zu den erstaunlichen Überraschungen für die Westdeutschen gehörte 1990 ja, dass der Vizepräsident der Volkskammer, Reinhard Höppner, den parlamentarischen Betrieb ziemlich souverän gehandhabt hat. Er hatte es gelernt, denn er war Synodenpräses. Da weiß man, wie man Versammlungen leitet. Das konnte man sonst in der DDR nirgendwo lernen. Und auch ich wurde ja – wenn ich das mit einer gewissen Ironie sagen darf – im Westen mit Erstaunen begrüßt. Ich erinnere mich an einen »Spiegel«-Artikel über mich: Da kommt einer aus der DDR und kann Deutsch und ist der öffentlichen Rede mächtig. Das war offensichtlich etwas Überraschendes. Ich wunderte mich darüber und dachte, ich habe schließlich Germanistik studiert, dann werde man doch eine beträchtliche Beherrschung der nicht politischen deutschen Sprache draufhaben. Und nicht nur den politischen Jargon. Es fiel also auf, dass ich eine andere Sprache spreche als die westdeutschen Politiker. Auch für mich war eben die Studentengemeinde ein wichtiger Lernort gewesen.

Also, die Zivilgesellschaft war nicht vollständig ausgeradiert. Aber sie war nicht als eine öffentlich wirksame sichtbar. Es gehörte zu den Entwicklungen im Laufe der 80er Jahre, dass die unterschiedlichen Zirkel des Überlebens, des widerständigen Denkens – Opposition, das ist ein so großes Wort –, die zunächst getrennt waren, sich zu überschneiden begannen. Wo hat Stefan Heym gelesen, wo ist Stefan Krawczyk aufgetreten, wer hat begonnen, mit wem zu diskutieren? Da gab es ja auch Zirkel in der Wissenschaft, selbst bis in

die SED hinein, Ideen einer Reform des Sozialismus. Und erst als die anfangen, sich zu begegnen, da wurde es gefährlich. Erst sehr spät im Vergleich etwa zu Polen: Solidarność war deshalb ein außerordentliches Phänomen, weil da eine wirkliche Gewerkschaft entstanden war, wo Intellektuelle sich mit den Arbeitern verbündeten, wo die großen Namen von Mazowiecki bis Geremek sich den sich organisierenden Arbeitern zur Verfügung stellten. In der DDR dagegen: entpolitisierte Arbeiterklasse, die privatisierte. Ein typischer DDR-Satz war: »Privat geht vor Katastrophe.« Das war ein Ausdruck der Entpolitisierung einer Mehrheit: Man wusste seit 1953, dass man nichts ausrichten konnte. Erst in den späten 80er Jahren entstand eine andere Lage, wenn man so will eine Art von vorrevolutionärer Situation.

Udo Hahn: Herr Thierse, wann haben Sie gespürt oder erkannt, dass sich in der DDR grundlegende Veränderungen abzeichnen könnten? Gab es da ein Erlebnis oder eine Entwicklung, an dessen Ende Sie sagten, da kann etwas passieren?

Wolfgang Thierse: Ich will nicht Legendenbildungen erliegen. Sie wissen ja, dass der Zeitzeuge als der natürliche Feind der Historiker gilt. Denn wir Menschen sind so gestrickt, dass wir unmerklich oder bewusst ständig an unseren Erinnerungen arbeiten und daraus Mythen entstehen, auch individuelle. Und ich versuche, das zu vermeiden, und habe auch einen Zeugen, Professor Wolfgang Schroeder. Ich weiß nicht, ob Du Dich erinnerst, Wolfgang. Du warst am 10. November bei mir zu Hause. Wir kannten uns nicht. Ein gemeinsamer Bekannter hatte Dich zu mir rübergeschickt: »Geh mal zu dem Thierse, das ist ein intelligenter Mensch, auch politisch engagiert, geh mal zu dem und frag ihn.« Also hat Wolfgang Schroeder mich befragt und alles aufgenommen – und das ist später gedruckt worden. Ich kann nachlesen, was ich am 10. November gedacht habe. Das hindert mich daran, Legenden zu stricken!

Wir haben in der DDR in einem eigentümlichen Zwiespalt gelebt. Dem Zwiespalt zwischen der offiziellen Wahrnehmung dessen, was die DDR war, den Propagandameldungen über die erfolgreiche Wirtschaft, teilweise überraschenderweise bestätigt vom Westen, der Respekt vor der DDR hatte. Eine Zeitlang hieß es, die DDR sei die zehntstärkste Industrienation der Welt. Wir staunten! In der DDR lebend! Das Echo der DDR-Propaganda wurde uns gewissermaßen vom Westen widergespiegelt. Das war die eine Wahrnehmung, die offizielle. Und dann die andere: der eigene unmittelbare Lebensausschnitt, das Erlebnis einer Mangelwirtschaft und zugleich die Erfahrungen einer Notgemeinschaft gegen die Wid-

rigkeiten des Alltags und des Mangels und der Bedrängnis und Bedrückung von oben. Wir hatten diese zwiespältige Wahrnehmung: Eigentlich kann das Ganze doch nicht mehr richtig funktionieren. So war die unmittelbare Wahrnehmung, der eigene Lebensausschnitt und das, was wir von anderen Bekannten und Freunden hörten. Und andererseits das offiziell Geschilderte – es geht ja doch irgendwie weiter. Im Jahr 89 wurden die unüberwindbaren Widersprüche sichtbar.

Ein wichtiger Schritt war die Dokumentation der Fälschung der Kommunalwahl im Mai 89. Wir wussten immer, die Wahlen sind Betrug, aber jetzt wurde es nachgewiesen von mutigen Menschen in Berlin, in Leipzig und in einer Reihe anderer Städte. Dann im Juni 89 die Drohung aus Peking: Der glorreiche Egon Krenz war in Peking zu Besuch und hat mitgeteilt, dass die blutige Unterdrückung der Opposition auf dem Tiananmen-Platz ein notwendiger Schritt war. Wir wussten, der meint auch uns. Und dann im August/September 89 die Welle der Ausreisenden. Ich werde nie vergessen, wie ich am Telefon einen westdeutschen Freund fast angeschrien habe (da merkte man die eigene Betroffenheit): Ich habe gesagt: Hör mal zu, es bleiben nicht nur die Faulen und Feigen und Unanständigen hier im Lande. Es war ein ungemeiner Druck: Da gingen so viele und man selber war immer noch da. Was für eine absurde Situation, dass man sich dafür rechtfertigen muss, dass man da ist, wo man lebt. Ich glaube nicht, dass Sie im Westen Deutschlands je eine solche Erfahrung gemacht haben.

Es ging mir im Herbst 89 so wie ganz vielen anderen: Ich hatte das dringende Gefühl, wenn ich jetzt nicht auf die Straße gehe und mitmische und dieses Land verändere, werde ich mich mein ganzes weiteres Leben lang vor mir selber und vor meinen Kindern schämen, die vielleicht auch irgendwann mal abhauen und nicht einfach so trotzig oder bequem oder überzeugt dableiben.

Noch am 10. November, jetzt komme ich darauf zurück, habe ich nicht gewusst, wie lange die DDR weiter existieren wird. Die SED-Führung werde sich vielleicht verändern. Wir aber müssten erreichen, dass wir elementare Grundrechte erringen: Schluss mit dem Führungsanspruch der SED, unterschiedliche Parteien, also Reformen innerhalb der DDR. Und die Unsicherheit, ob die Sowjetunion das zulassen wird und ob es überhaupt diese Chance geben wird.

Ich will jedenfalls im Rückblick nicht behaupten, dass ich damals gewusst hätte, ob und wie schnell es mit der DDR zu Ende geht. Das emoti-

onale Begreifen des Geschehens, der rasanten Entwicklungen, erfolgte Schritt für Schritt.

Udo Hahn: Jetzt sind wir dreißig Jahre weiter. Sie haben sich in vielen Vorträgen und Publikationen intensiv mit dem Thema Zivilgesellschaft beschäftigt. Wenn Sie jetzt nach drei Jahrzehnten sozusagen durch die Brille der Zivilgesellschaft die Entwicklungen beurteilen, wo stehen wir heute im Blick auf die ehemalige DDR, die neuen Bundesländer, Ostdeutschland?

Wolfgang Thierse: Nun gibt es ja, wie ich persönlich empfinde, eine eigentümlich beunruhigende Debatte über Ostdeutschland und auch unter Ostdeutschen. Da ist plötzlich davon die Rede, dass Ostdeutschland kolonisiert worden sei, von Demütigungserfahrungen und von vielem anderen. Ich rate zur Nüchternheit und beginne noch einmal mit einer Erinnerung. Die friedliche Revolution war – wie Revolutionen immer – etwas, was von einer Minderheit gemacht worden ist. Und da sie am Schluss erfolgreich war, war die Mehrheit deren Nutznießer. Sie war nicht nur eine friedliche Revolution, sie war auch und zugleich ein wirtschaftlicher, politischer und moralischer Zusammenbruch des SED-Regimes. Es war eine Minderheit, die diese Revolution initiiert hat. Und diese Minderheit ist bereits am 18. März 1990 abgestraft worden. Bis zum 9. November 1989 war die wichtigste Losung »Wir sind das Volk«: Wir bestreiten euch den Anspruch, für uns zu reden, wir reden ab sofort für uns selber. Und ab dem 9. November, ab dem Moment, wo eine Mehrheit der Ostdeutschen plötzlich in den Westen konnte, da wandelte sich die Losung in »Wir sind ein Volk«. Was war da passiert? Das ist eine wirkliche Programmänderung: Weg von demokratischen Reformen innerhalb der DDR, weg von Selbstermächtigung hin zu einem realistischen Ziel. Die Mehrheit der DDR-Bürger meinte nun, all das, was wir wollen – Grundrechte, Freiheit und Demokratie, Reisen, Wohlstand –, das gibt's doch alles direkt nebenan, in dem anderen, größeren, erfolgreichen Teilstaat, auf den wir schon immer neidisch geblickt haben.

Mitte November gab es den Aufruf »Für unser Land«, im Wesentlichen formuliert von Christa Wolf im Auftrag des Neuen Forums. Dieser Aufruf ging herum zum Unterzeichnen, und ich hatte damals schon das Gefühl, ich unterzeichne das nicht, ich glaube nicht, dass eine Mehrheit der DDR-Bürger sich erneut zum Material der nächsten real-sozialistischen oder nun vielleicht utopisch-sozialistischen oder demokratisch-sozialistischen Utopie machen lassen will. Das war mein Gefühl. Ich habe nicht unterschrieben. Der Ent-

wurf war dann tot, als Egon Krenz ihn unterschrieben hatte. Und wenn ich einfügen darf: Wie ich den Ausdruck »Wende« hasse! Denn dieser Ausdruck stammte von Egon Krenz und bezeichnete seine Inthronisation als Generalsekretär der SED. »Wir haben die Wende eingeleitet«, sagte er in einer Fernsehansprache. Wir sahen das, und Krenz redete uns an mit: »Liebe Genossinnen und Genossen ...« Da dachte ich, der begreift nichts, denn auch wenn es zwei Millionen SED-Genossen waren, 15 Millionen waren es nicht! Dieser Ausdruck »Wende« schleppt sich fort, weil Kohl ihn übernommen hat, und nun schleppen ihn alle weiter.

Stichwort Minderheit und Stimmungswechsel: Der 18. März und das Wahlergebnis, das war eine eindeutige Botschaft. Eine große Mehrheit der DDR-Bürger wollte so schnell wie möglich unter das rettende Dach der Bundesrepublik Deutschland. Daran erinnere ich heute meine Landsleute. Ihr wolltet das – wenn ihr heute enttäuscht seid! Ihr wolltet nicht, was unsere Freunde von Bündnis 90 und wir jungen Sozialdemokraten wollten, einen Prozess der Vereinigung von zwei, drei, vier Jahren, also Schritt für Schritt, Reform für Reform. Die Mehrheit wollte etwas ganz anderes. Zur Tempo-Beschleunigung des Jahres 1990 gehörte eben die Ungeduld der DDR-Bürger: »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, dann gehen wir.« Dann kam der faktische wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, weil eine Mehrheit der DDR-Bürger nicht mehr die eigenen Produkte kaufte, sondern die West-Produkte haben wollte – ich sage das ohne Vorwurf, das kann man ja verstehen –, und weil die Lieferketten in den Osten Europas plötzlich nicht mehr funktionierten. Und schließlich die außenpolitische Ungewissheit, ob, wann, wie lange, zu welchen Bedingungen Gorbatschow zustimmen würde zur Deutschen Einheit und zum weiteren Gang der Dinge. Das waren alles beschleunigende Faktoren, weshalb dann die Vereinigung eben vollzogen wurde als Beitritt zur Bundesrepublik. Entsprechend dem Willen der ganz großen Mehrheit. Ich betone das so, weil es noch heute Leute gibt, die das kritisieren und daraus Vorwürfe machen. Dann sage ich, könnt ihr machen, aber guckt hin, was damals tatsächlich die Situation war.

Es war eine Minderheit, die die friedliche Revolution ins Werk und auf demokratische Reformen gesetzt hat. Und vielleicht wirkt das bis heute nach. Eine Mehrheit wollte damals so schnell wie möglich unter das rettende Dach Westdeutschlands und wollte den Verheißungen glauben. Und Helmut Kohl hat dem deutschen Einigungspro-

zess eine Art patriarchale Prägung gegeben: »Ich nehme euch an die Hand und führe euch ins Wirtschaftswunderland.« Das war sein Gestus jedenfalls – und eine Mehrheit der DDR-Bürger wollte das glauben! So waren dann auch die Wahlergebnisse im März und Dezember 1990. Wenn man solche Erwartungen hat und so heftig an Versprechen glaubt, dann ist es nicht ganz so überraschend, dass mit unterschiedlicher Schnelligkeit die Enttäuschungen eintreten, die heute noch die Stimmungslage bei einem Teil der Ostdeutschen mitbestimmen. Wie heißt ein kleiner Buchtitel: »Integriert doch erst mal uns«. Er spiegelt genau das wider: eine fortwirkende autoritäre Prägung. Wenn man die deutsche Geschichte beleuchtet – 12 Jahre Nazizeit, 40 Jahre DDR, die Unmöglichkeit, selbstbewusste Bürgerschaft zu leben –, dann sage ich das ohne moralischen Vorwurf: Das wirkt nach. Und es verlängert die Einstellung, wie damals in der DDR, alles von denen da oben erwarten zu müssen. Und jetzt richtet sich die Erwartung und die Schuldzuweisung an »die da oben« im Westen. Die Enttäuschungen, die da eintreten, weil eine Demokratie solche Erwartungen niemals befriedigen kann, die sind heftig. Hatte man die Hoffnungen bei zwei Wahlen zur CDU getragen, dann zur SPD, dann zur Linkspartei, so trägt ein Teil der Ostdeutschen seine Enttäuschungen nun zur AfD. Das ist gewiss etwas grobschlächtig formuliert, aber ich glaube, dass es einen solchen Zusammenhang gibt, der viel wichtiger ist, als die Behauptung, dass die AfD und die Stimmungslage durch ökonomische oder materielle Gründe bestimmt seien. Untersuchungen zeigen: Pegida und die AfD, das sind nicht die Ärmsten der Armen, das ist nicht die Masse der Arbeitslosen, sondern die mittlere Schicht, das mittlere Publikum. Die sind gar nicht unbedingt unter die Räder gekommen, aber deren Erwartungen sind nicht befriedigt worden. Das ist ein Teil des Konfliktes, in dem dann auch noch ein kultureller Konflikt ganz anderer Art steckt. Darüber müsste man noch gesondert reden.

Udo Hahn: Was heißt das jetzt für die Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern? Die Menschen, von denen Sie gerade sprachen, gehören eigentlich zur Zielgruppe der Kirchen beispielsweise, sie verfügen über Bildungsabschlüsse, sie sind in der Lage, Argumente zu belegen, und müssten eigentlich nicht jeder Parole oder jedem Slogan hinterherlaufen. Wie sollen wir also die Zivilgesellschaft im Moment einschätzen? Und die weitere Frage ist dann: Wie schauen wir auf unser Land insgesamt?

Wolfgang Thierse: Man wird oft gebeten, Ostdeutschland zu erklären, warum der Ostdeutsche

so braun sei oder ob es sich tatsächlich um »Dunkeldeutschland« handle. Ich will zu erklären versuchen, warum es die Demokratie dort schwerer hat. Die Erfolgsgeschichte der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland verlief parallel zur wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte. Das Ja zur Demokratie ist fundiert oder erleichtert worden durch den wirtschaftlichen Erfolg. Die Erfahrung war: Wirtschaftlicher Wohlstand und Demokratie passen zusammen! In Ostdeutschland muss das Ja zur Demokratie gesagt werden angesichts dramatischer Umbrüche, der Erfahrung von Arbeitslosigkeit oder der Angst davor, in einer Situation wirtschaftlicher, sozialer, moralischer Verunsicherung. Das ist eine grundlegend andere Situation. Gerade auch vor dem Hintergrund der Schwäche der Zivilgesellschaft. Jetzt kommt noch etwas hinzu: Wir sind gegenwärtig in einer Situation neuer, gleichzeitiger und dramatischer Veränderungen. Die Stichworte sind: Globalisierung, Entgrenzung und Beschleunigung der Welt und ihrer Entwicklungen, die Flüchtlingsbewegung, in der die Globalisierung gewissermaßen personifiziert ist: Das Fremde und die Fremden rücken uns nahe! Die digitale Transformation. Die drängende ökologische Katastrophe, die eine radikale Veränderung unserer Lebensweise verlangt. Und dann noch die internationale Situation: Terrorismus, Gewalt, Konflikte. Insgesamt also eine bedrohlich erscheinende Dramatik von Veränderungen, die Ängste und Verunsicherung erzeugt. Und diese trifft in Ostdeutschland auf eine Bevölkerung, die noch nicht fertig ist mit der Bewältigung der dramatischen Veränderungen seit 1989/90!

Und jetzt soll sie die nächste Veränderungsphase verarbeiten. Das heißt, die Verunsicherung, die Ängste – oder wie ich es nenne: Entheimungsängste –, das ist dort viel dramatischer. Und damit ist auch die Sehnsucht viel heftiger nach den einfachen, schnellen Antworten. Nach den einfachen Botschaften. Nach der schnellen Lösung. Nach Erlösung. Und das ist die Stunde der Populisten. Deswegen ist die AfD erfolgreich. Sie verspricht. Sie nimmt Enttäuschungen auf. Sie verstärkt und instrumentalisiert Ärger und Wut. Sie bestätigt und bestärkt Abwehrängste gegen all diese Veränderungen.

Was dagegen zu tun ist, geht weit über die Politik hinaus. Politiker müssen viel besser erklären, was sie tun. Politik muss selbst Demokratiearbeit leisten, also in der politischen Auseinandersetzung zugleich politische Bildung betreiben. Das ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was Frau Merkel immer gemacht hat. Viel mehr werbend und erklärend agieren. Das ist ziemlich mühselig. Das Zweite ist, dass dies eigentlich noch viel mehr

Aufgabe der Bürgergesellschaft ist. Meine Erfahrung jedenfalls ist, dass das Gespräch zwischen Politikern und Bürgern immer darunter leidet, dass es durch ein Vorwurfsgefälle geprägt ist, durch sofortige Abwehr, durch Vorurteile gegen »die da oben«. »Der weiß nichts von mir, der begreift nichts.« Ich habe es erlebt: Da steht ein Bürger in einer Veranstaltung auf, formuliert eine ganze Kaskade von Vorwürfen gegen die Politik. Und wenn ich dann eine Antwort geben möchte und diskutieren will, dann hört der Fragende nicht zu oder geht raus. Der wollte nur seine Wut »gegen den da oben« artikulieren.

Trotzdem: Gespräche müssen geführt werden, unbedingt. Ich bin überzeugt davon, dass von Nachbar zu Nachbar, von Kollege zu Kollege ein versachlichendes Gespräch leichter zu führen ist. Und dass die Demokraten – ein schönes Wort, das nicht von mir stammt, sondern von Bernhard Pörksen –, dass die Demokraten »Hermeneuten der Wut« der anderen werden sollen. Hermeneuten der Wut: Was ängstigt euch, worüber bist du wütend? So konkret wie möglich darüber reden. Das ist Sache der Zivilgesellschaft, das ist Zivilgesellschaft!

Ralf Dahrendorf hat 1990 eine Prognose abgegeben. Er sah folgenden Zeitbedarf voraus: Für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse sechs Monate, für die Entwicklung einer funktionierenden Marktwirtschaft sechs Jahre, für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft sechzig Jahre. Wir sind also durchaus noch im Zeitplan!

Udo Hahn: Ich habe für unsere Runde noch zwei Fragen: Zunächst eine, zu der ich ins Ausland schauen will. Wenn wir die Entwicklung in Ländern wie Ungarn oder Polen unter die Lupe nehmen, dann sehen wir, dass sich auch dort viel verändert hat und dass dort das System der Medien unter Druck geraten ist, die Justiz und auch die Zivilgesellschaft. Und wenn man diese drei Bereiche, von denen man sagen kann, sie konstituieren eine Demokratie, wenn man dagegenschießt, dann weiß man eigentlich nicht so recht, was da noch übrigbleiben soll. Jetzt aus dem Ausland zurück nach Deutschland: Mein Eindruck ist, dass auch bei uns die Medien, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch die Qualitätszeitungen und Nachrichten, von »Spiegel« oder »Focus« über »Die Zeit«, »Süddeutsche« und »FAZ«, kritisch unter die Lupe genommen werden. Gegen die Justiz gibt es auch Bestrebungen und die Zivilgesellschaft ist dann das Nächste. Man hört an einigen Stellen Forderungen wie die, der Bundeszentrale für politische Bildung das

Geld am besten wegzunehmen, weil alles, was dort investiert wird, das braucht es eigentlich nicht. Wie bedrohlich ist aus Ihrer Sicht die Situation tatsächlich, und wer in der Zivilgesellschaft müsste sich jetzt alles mit anderen unterhaken?

Wolfgang Thierse: Jetzt haben wir ja, parteiisch wie wir sind, geradezu emphatisch über die Zivilgesellschaft gesprochen und damit indirekt Pegida und die AfD an den Rand gestellt, die natürlich auch zivilgesellschaftliche Erscheinungen bestimmter Art sind. Das muss man auch ernst nehmen. Auch darin kann man interessante Beobachtungen machen, dass die DDR und Ostdeutschland nun wirklich nicht ganz so homogen waren und sind. Der Unterschied etwa zwischen Leipzig und Dresden gerade in solchen Fragen ist riesig. Das sind ziemlich unterschiedliche Städte und das war auch zu DDR-Zeiten schon so. Ich werde nicht vergessen, in Dresden konnte man noch Reste eines alten Bürgertums erleben mit entsprechenden starken Kulturprägungen. Das gab es so in Leipzig nicht mehr und in Berlin auch nicht. Da gibt es untergründige Traditionen, die noch eine Rolle spielen.

Ich setze eine gewisse Hoffnung darauf, dass in Ostdeutschland, in den größeren Städten, in den Universitätsstädten zumal, eine neue deutsche Mischung entsteht. Wir haben ja schließlich nicht die Mauer vom Osten her eingedrückt, um unter uns zu bleiben! Also es ist schön, wenn die Wessis zu uns rüberkommen, was ja nicht alle gleichermaßen als so schön empfinden. In den Universitätsstädten entsteht etwas Neues, und damit entsteht eine Konfrontation zwischen dieser neuen Mischung und anderen, traditioneller geprägten Orten. Aber auch innerhalb dieser Orte kann man das beobachten, z. B. in Dresden, wo es ein ziemlich konservatives (auch AfD-gestimmtes) Bürgertum gibt, das dieses Grundgefühl hat: Jetzt werden wir fremd im eigenen Land. Es hat sich so viel verändert, was uns ausgemacht hat; was uns geholfen hat, die DDR zu überstehen. Und jetzt, wo wir das Sehnsuchtsziel erreicht haben, die deutsche Einheit, wird uns das unter den Füßen weggezogen. Das ist eine ganz eigentümliche Stimmung. Und da sage ich wiederum, da hilft nur das Gespräch zwischen denen, die schon länger da sind, und den Hinzugekommenen. Ich weiß, wie schwierig das sein kann, weil Vorurteile aufeinandertreffen können. Das ist eine der großen Herausforderungen.

Sie haben auch nach den Medien gefragt. Das ist ohnehin verrückt, wenn man hört, dass es eine Zunahme derer gibt, die den seriösen Medien nicht mehr glauben: »Lügenpresse«. Das ist ein

mediales Problem, durchaus auch eines Kulturkampfes, das ernst zu nehmen ist: Es gibt eben viele Ostdeutsche, die der Meinung sind, ihr Leben in der DDR und in den letzten 30 Jahren, das was ihr Leben ausgemacht hat, das kommt gar nicht angemessen vor. Sie haben das Gefühl, dass sie vorurteilsbeladen beurteilt werden. Dagegen muss man anarbeiten, weil das inzwischen zu einem Opfermythos geworden ist, also durchaus eine Übertreibung. Aber die ostdeutsche Wahrnehmung, nicht fair und gerecht bewertet zu werden, habe ich schon Anfang der 90er Jahre angesprochen und immer wieder wie ein politischer Wanderprediger gesagt: Ihr lieben Westdeutschen, ihr müsst deutlich und sichtbar und hörbar unterscheiden zwischen dem Urteil über das System – das gescheitert ist, das zusammengebrochen ist, da kann und muss das Urteil radikal und hart sein – und dem Urteil über die Menschen, die da gelebt haben. Mit diesem Urteil müsst ihr behutsam und differenziert umgehen. Und wir müssen reden miteinander. Ostdeutsche und Westdeutsche müssen sich wechselseitig ihre Lebensgeschichten erzählen. Da wird nämlich deutlich, dass die im Westen nicht nur Erfolgs- und Siegesgeschichten hinter sich haben und wir im Osten nicht nur finstere Verräter- und Schurkengeschichten.

Solch vorsichtig-differenziertes Urteilen war aber eher die Ausnahme. Denn insgesamt, das wirkt nach, waren die 90er Jahre bestimmt von der medialen Vermarktung der DDR-Biografien zu Skandalgeschichten von Feigheit und Verrat unter der Überschrift des Faszinosums Stasi. Und wenn ich, ich darf das personifizieren, wenn ich so einen Scharfrichter wie Hubertus Knabe, dessen Anliegen ich ja ganz gut nachvollziehen kann, im Fernsehen erlebe mit seinen harten Urteilen über DDR-Biografien, dann weiß ich, dass sich ganz viele Ostdeutsche gegen dessen Urteile wehren und sich damit einer selbstkritischen Betrachtung ihrer eigenen DDR-Biografien verweigern – und die DDR plötzlich verteidigen, wie sie es zu DDR-Zeiten nie getan haben. Das war nach meiner Beobachtung die Wirkung von Hubertus Knabe, der lange Zeit Leiter der Gedenkstätte Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen war und immer den Eindruck vermittelte, er hätte selbst in Bautzen gesessen. Dabei hat er schlicht eine westdeutsche Biografie, denn er war Sohn eines grünen Bundestagsabgeordneten.

Udo Hahn: Herr Dr. Thierse, wir haben heute Morgen über den Wandel der Gewerkschaften gesprochen. Als Teil der Zivilgesellschaft gehören die Gewerkschaften dazu, die Parteien gehören im weitesten Sinne auch zur Zivilgesellschaft und

hier vollzieht sich ja auch ein Wandel, von dem insbesondere auch die SPD betroffen ist. Wie nehmen Sie diesen Wandel, diese Veränderung, diesen Veränderungsdruck, unter dem die SPD im Augenblick steht, wahr?

Wolfgang Thierse: Also ich beherrsche mich und sage einen steilen Satz: Wer Parteien verachtet, gerade auch in Momenten ihrer Krise, verachtet Demokratie. Schauen wir in die Geschichte: So wichtig soziale Bewegungen sind und wohl auch der lebendigere Teil von Politik sein können – Bewegungen an die Stelle von Parteien zu setzen, das erscheint mir gefährlich. Die deutsche Erinnerung und der Blick in andere Länder sollten uns warnen. Es sollte um das Zusammenspiel von demokratischen Parteien und demokratischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen gehen, das halte ich für richtig und notwendig. Das Zusammenwirken wird mit Sicherheit nicht ohne Widersprüche und Konflikte sein. Aber dass wir das Prinzip der repräsentativen Demokratie aufheben, ich kann nicht sehen, wie wir dadurch etwas gewinnen können. Wie wir diese repräsentative Demokratie verlebendigen können, wie die Parteien sich selber verändern, das ist die schwierige Herausforderung. Ich glaube auch nicht, dass die SPD darin ein spezifisches Problem hat. Das spezifische Problem der SPD ist ihre soziale und kulturelle Basis, die stärker erschüttert ist, stärker erodiert ist als die Basis der CDU, der anderen Volkspartei. Und bei den Grünen werden wir sehen, was daraus wird, wenn Robert Habeck mitteilt: Nein, Volkspartei wollen wir nicht werden, wir wollen Bündnispartei werden. Solche Art sprachliche Tricks liebe ich als Germanist und freue mich auf deren Erfolg in der Wirklichkeit.

Und Wolfgang Schröder empfiehlt der SPD – das finde ich auch einen schönen Begriff – »Brückenspartei« zu werden. Darin steckt ein richtiger Gedanke: In einer zersplitterten, individualisierten, sich ständig verändernden Gesellschaft ist die Basis von Großorganisationen erodiert und schwierig geworden. Das gilt für die Parteien, für Gewerkschaften, für Kirchen, für Sportverbände. Darauf muss man Antworten finden und das kann man nur in Experimenten. Und da sind wir unterwegs. Aber das Triumphgeschrei, das ich jeden Tag in der Zeitung lese, das Ende der Volksparteien sei da, dieses Triumphgeschrei mag ich nicht so sehr. Wir sind an einem Tiefpunkt und werden wohl noch durch ein etwas längeres, tieferes Tal gehen müssen. Das sehe ich auch, aber ich wünsche mir, dass es nicht abgrundtief ist. Wenn Sie mir diesen Wunsch verzeihen!

Udo Hahn: Vielen Dank für das anregende Gespräch!



Umbrüche II: Migration und die neuen Bürgerbewegungen in Deutschland

Migrationsgesellschaft und Zivilgesellschaft

Von Prof. Dr. Hans Vorländer, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft und Direktor am Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung und Mercator Forum Migration und Demokratie an der TU Dresden

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Wenn man aus Dresden kommt, so wie ich, dann lässt sich das mir gestellte Thema schnell veranschaulichen, und zwar an einer Bewegung, die im Herbst 2014 als Facebook-Gruppe begann, sodann über die Straßen der sächsischen Hauptstadt zog, innerhalb kürzester Zeit beträchtlich an Umfang zunahm und dabei starke nationale wie internationale Aufmerksamkeit gewann.¹ Die Bewegung, die sich »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« nannte, brachte Menschen auf die Straße, die offensichtlich gegen die Zuwanderung aus muslimischen Kulturkreisen Front machte. Aber das war nicht das einzige Motiv. Die Rufe »Volksverräter« und »Lügenpresse« wiesen auch auf fundamentale Entfremdungserfahrungen mit dem politisch-medialen System der Bundesrepublik Deutschland hin. Pegida als in Bewegung gesetzte Zivilgesellschaft, als Wegbereiterin für den Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen und Parteien – und als Auftakt zu einer politischen Polarisierung, die in der »Flüchtlingskrise« vom Herbst 2015 einen Höhepunkt erreichte?

Pegida ist bis auf den heutigen Tag eine Protestbewegung geblieben, die öffentlich in Erscheinung tritt, die mittlerweile aber deutlich, auf etwa 1000 bis maximal 2000 Teilnehmer, geschrumpft ist – überwiegend handelt es sich um ältere Männer, zumeist aus dem Umland Dresdens, aus Ostsachsen oder Mittel- und Südsachsen oder aus den peripheren Stadtteilen Dresdens. Es ist das Ritual einer regelmäßigen Vergemeinschaftung sich abgehängt oder ausgegrenzt oder zurückgelassen fühlender Menschen geworden. Ein Pegidist sagte mir einmal: So wie andere sonntags in die Kirche gehen, so ist es meine Wallfahrt, am Montag zu Pegida zu fahren.

Pegida war am Beginn nicht nur eine Protestbewegung gegen Migration oder die »Islamisierung des Abendlandes«, von der man in Ostdeutschland ja ohnehin nur eine sehr vage Vorstellung hatte. Es war auch eine, etwas zugespitzt, nachholende Revolte gegen den Westen. Das zeigte sich auch in den ersten empirischen Befragungen. Denn es war nicht der Islam oder die Asyl- oder Integrationspolitik, die als Hauptmotive des Pro-

testes genannt wurden, sondern es war die harsche Ablehnung von Politikern und Medien. Wenn man sich die Antworten auf die Fragen nach der Motivation genauer anschaute, dann ging es vornehmlich gegen *die* westlich dominierte Politik und *die* westlich dominierten Medien. Im Protest machten sich Entfremdungsphänomene bemerkbar, die als eine Auseinandersetzung um die Deutungshegemonie von Westvorstellungen und Ostbefindlichkeiten gedeutet werden konnten. Denn was in Ostdeutschland bis zum heutigen Tag zu reflexhafter Ablehnung führt, das sind als »Bevormundung« wahrgenommene Versuche aus *dem* Westen, *den* Ostdeutschen zu sagen, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten haben. Das sollte dann auch in der Auseinandersetzung um Pegida selbst sehr deutlich zum Ausdruck kommen, als sich eine Gegenbewegung etabliert hatte, die die »Weltoffenheit« Dresdens, Sachsens und Deutschlands gegen die offene Fremden- und Islamfeindlichkeit zu behaupten suchte. In den politischen Auseinandersetzungen und wissenschaftlichen Deutungen zu Pegida hat sich somit etwas – wie in einem Brennglas – zu erkennen gegeben, was nunmehr in den Fokus meiner Ausführungen rücken soll: die Spaltung der Zivilgesellschaft über die Migrationsfrage.

In welchem Verhältnis stehen Migrations- und Zivilgesellschaft zueinander? Was verstehen wir unter Migrationsgesellschaft? Und welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft darin? Ich werde mich diesen Fragen in vier Schritten annähern. Dabei lautet die *zentrale These*, auch aus den Erkenntnissen zu Pegida herrührend, dass wir zumindest von zwei Zivilgesellschaften sprechen müssen, die sich an der Immigrationsfrage, aber nicht nur an ihr, scheiden. Die Migrationsfrage spaltet, sie führt zu Mobilisierung und zu Gegenmobilisierung; und die Migrationsfrage macht deshalb Foren und Arenen der Wiedergewinnung ziviler gesellschaftlicher Auseinandersetzung notwendig. Zuvor soll die Frage gestellt werden, was es bedeutet, eine Migrationsgesellschaft zu sein.

1. Deutschland als Migrationsgesellschaft

In einer Migrationsgesellschaft mit ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur wird beständig über Zugehörigkeit, über Anerkennung und Teilhabe

von Einzelnen und Gruppen gestritten – und das in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: im Zugang zu Arbeits- und Wohnungsmärkten, im Bereich von Bildung und Ausbildung. Dazu gehören auch die öffentlichen Diskurse über Werte, Regeln und Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger. Im Grunde werden also beständig die Fragen von Inklusion sowie Ab- und Ausgrenzung miteinander verhandelt. Hieraus entwickeln sich, vor allem in Zeiten schneller und hoher Zuwanderung, politische Konflikte, die sich zu verfestigten, Milieus und Gruppierungen umgreifen, Spaltungslinien einer Gesellschaft auswachsen können. In den Migrationsgesellschaften der Gegenwart sind solche *cleavages* nicht nur in Deutschland zu beobachten. Dabei können ihnen durchaus unterschiedliche Ursachen – ökonomische, soziale, demographische – zugrunde liegen, doch zeigen Untersuchungen, dass Migrationsfragen, also die Auseinandersetzung über das Maß und die Zusammensetzung von Zu- und Abwanderung sowie über Zielrichtung und Maßnahmen der Integration, verschärfenden, katalysatorischen Charakter haben können. Durch sie werden schon bestehende Konfliktlinien sichtbar gemacht oder aber kulturell aufgeladen. Der Konkurrent um den Arbeitsplatz, die Wohnung oder die Sozialleistung wird beispielsweise – ethnisch – als *der Türke* oder – religiös – als *der Muslim* markiert. Wo es dann um solche Zuschreibungen geht, werden gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen »essentialistisch«: Religiöse, kulturelle, ethnische Identitätsbehauptungen konstruieren Mechanismen und Polarisierungen von Ein- und Ausschluss, von »wir« und die »anderen«.

Bei diesen Auseinandersetzungen geht es dann nicht mehr um rationale, zu Kompromissen führende Interessenausgleiche. Wo es um Identitäten, beziehungsweise um Identitätsbehauptungen geht, ist es schwer, in einem Prozess der Aushandlung das, was ich von mir oder meiner Gruppe denke, also mein oder ein kollektives Selbstverständnis, zur Disposition zu stellen. Über Identitäten lässt sich nicht verhandeln. Das ist genau der Zusammenhang, in dem Rechtspopulisten agieren, weil sie es verstehen, Migrationsfragen auf diese Weise identitätspolitisch aufzuladen, sie zu kulturalisieren, zu ethnisieren und zu Feindkonstruktionen zu schmieden. Der Rechtspopulismus ist in der Lage, eine Semantik anzubieten für scharfe, essentialistische Unterscheidungen, die dann zu diskursiven Eskalierungsspiralen führen können, wo ihnen, in sachlich berechtigter Weise, wenngleich oftmals in moralisierender Rhetorik, Identitätsbehauptungen

anti-rassistischer oder anti-faschistischer Provenienz entgegengestellt werden.

Ist Deutschland eigentlich eine Migrationsgesellschaft? Das ist eine Frage, die gar nicht so leicht zu beantworten ist, wenn man sich den öffentlichen Diskurs anschaut. Lange Zeit ist das Faktum der Migration, vor allem der Zuwanderung, aus humanitären Gründen wie solcher der Arbeitssuche oder Arbeitsaufnahme, im öffentlichen Diskurs beschwiegen worden. Vielfach war von »Gastarbeitern« die Rede, von denen angenommen wurde, dass sie nach einiger Zeit das Land wieder verlassen. Das änderte sich erst im Jahr 1999, in dem ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz verabschiedet wurde, das am 1.1.2000 in Kraft trat. Darin wurde zum ersten Mal anerkannt, dass diejenigen, die zugewandert sind und dauerhaft im Land zu verbleiben beabsichtigen, ein erleichtertes Recht auf Einbürgerung haben sollten; dabei ist das die Verleihung der Staatsbürgerschaft lange Zeit bestimmende Abstammungsprinzip, das *ius sanguinis*, durch das Geburtsortprinzip, das *ius solis*, ersetzt bzw. ergänzt worden. Das markierte einen ersten entscheidenden Paradigmenwechsel. Der zweite hat vor kurzer Zeit stattgefunden, nämlich bei den Beratungen zum Facharbeitereinwanderungsgesetz. Zum ersten Mal taucht hier der Begriff der »Einwanderung« zur Bezeichnung eines Gesetzes auf.

Gleichwohl muss natürlich festgehalten werden, dass Deutschland, genauer: Westdeutschland, eigentlich seit 1945/49 bereits verschiedene Wellen von Zuwanderung zu verzeichnen hatte. Zuerst 12 Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands, dazu aus der Sowjetischen Besatzungszone und der 1949 gegründeten DDR rund 3 Millionen. Später kamen ca. 5 Millionen »Gastarbeiter« aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei hinzu. In den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts kamen aus Ostmitteleuropa, vor allem infolge der Auflösung der Sowjetunion und des Jugoslawienkrieges, etwa 2,5 Millionen Menschen nach Deutschland, als »Spätaussiedler«, als Asylbewerber oder zur Arbeitsaufnahme. Gerade als Reaktion hierauf und auf die ausländerfeindlichen Übergriffe, Morde (in Mölln und Solingen) und Protestaktionen (in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda) wurde das Asylrecht deutlich verschärft und durch das sog. Dublin-Abkommen das Problem der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten an die Außengrenzen der EU, vor allem nach Italien und Griechenland, ausgelagert – und damit unsichtbar zu machen versucht.

Deshalb kam es dann 2015 mit der »Flüchtlingskrise« zu einer Schockerfahrung – eine Schocker-

fahrung war es, wenn man sich die damalige Situation noch einmal in Erinnerung ruft. Über 50 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger stimmten der Aussage zu, dass es einen Kontrollverlust des Staates über die Zuwanderung gegeben habe, und etwa 50 Prozent verbanden mit der Migration vor allem sehr starke Sorgen, nicht zuletzt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das änderte sich wieder, aber die Mehrheit befürwortet nach wie vor eine Begrenzung der Zuwanderung. Vor allem verschärfte sich der politische Diskurs, und der Widerstand gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien formierte sich in den sozialen Netzwerken, auf öffentlichen Plätzen und im Parteiensystem. Dabei wurden dort die Grenzen zwischen demokratisch legitimem Protest und physischer Gewaltausübung überschritten, wo es zu tätlichen Übergriffen auf Asylunterkünfte oder Migranten und Migrantinnen kam. Die Zahl politisch motivierter Gewalt stieg exponentiell an.

Insofern war die sog. Flüchtlingskrise des Jahres 2015 tatsächlich, wie Ivan Krastev formuliert hat, ein »9/11-Moment« – nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, doch kam es besonders hier zu einer scharfen Polarisierung in Gesellschaft und Politik. Damit ist auch zur zentralen Frage geworden, ob sich die Bundesrepublik Deutschland nun als eine Migrationsgesellschaft beschreiben will, in der politische Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Teilhabefragen kritisch und offen verhandelt werden, um politische Konzepte für Migration und Integration in demokratischer Weise zu entwerfen – oder ob sie sich an der Vorstellung einer vermeintlich durch Homogenität, Tradition und Herkunft geprägten »Leitkultur« zu orientieren gewillt ist, in der es vor allem Aufgabe der Zugewanderten ist, sich der wie auch immer zu definierenden »Mehrheitsgesellschaft« anzupassen. Am empirischen Befund einer Migrationsgesellschaft, die hohe Zu- und Abwanderung – auch aus und in den EU-Raum – zu verzeichnen hat und die nicht zuletzt aus demographischen Gründen auf Arbeitsmigration angewiesen ist, kann indes nach den Erfahrungen der letzten Jahre – und angesichts weltweiter Migrationsströme – kaum gezweifelt werden.

2. Migration mobilisiert

Migration mobilisiert, und das in zwei Richtungen. Zum einen mobilisiert sie in Form des zivilgesellschaftlichen Engagements, so in der Flüchtlingshilfe. Sie hat darüber hinaus zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur beigetragen, die Deutschland in jenen Tagen und Wochen entwickelte. Auf der anderen Seite war gleichzeitig

aber eine zunehmende Verhärtung derjenigen zu beobachten, die sich gegen die »Willkommenskultur«, gegen die Politik Angela Merkels, die Flüchtlingshilfe und die Zuwanderung positionierten.

Zum Engagement in der Flüchtlingshilfe wissen wir aus Forschungsprojekten etwas über den Umfang, die Motivation und die sozio-demographische Zusammensetzung der Beteiligung. Wir können davon ausgehen, dass sich etwa sieben bis acht Prozent der deutschen Bevölkerung sehr aktiv in der Flüchtlingshilfe beteiligt haben (dabei bleiben Geld- und Sachspenden unberücksichtigt), in Westdeutschland war das Engagement größer als in Ostdeutschland, und je höher der formale Bildungsgrad, desto höher war auch die Beteiligung. Engagiert haben sich viele zunächst in informellen Kontexten und damit nicht in Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden. Davon haben 84 Prozent in einer Allensbach-Umfrage angegeben, das Motiv für ihr Engagement sei soziale Gerechtigkeit; 23 Prozent der Befragten führten an, sich dadurch am politischen Leben beteiligen zu wollen, und dies gerade in den schwierigen Wochen des Herbstes 2015. Gearbeitet haben die freiwilligen Helfer nach eigenen Angaben etwa 5 bis 6 Stunden in der Woche. 88 Prozent gaben an, sie hätten ein gutes Verhältnis zu den Flüchtlingen; aber: 28 Prozent sagten, dass sie angefeindet worden seien von anderen Mitgliedern der Bevölkerung oder aus ihrem sozialen Nahbereich.

Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe war sicherlich einer der wichtigsten Faktoren bei der Bewältigung der unmittelbaren Probleme bei Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten, bei Fahrdiensten, in der Begleitung bei Gängen zu Ämtern, bei der sprachlichen Verständigung und bei der Betreuung sog. unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter. Dabei hat sich auch, wie erste Studien zeigen, ein neues Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und der Verwaltung, vor allem auf kommunaler Ebene, herausgebildet. So lassen sich hier Muster einer »neuen Governance« im Bereich von Ersthilfe und Integrationsmaßnahmen beobachten. Zwischen den Ehrenamtsstrukturen der Zivilgesellschaft, der Wohlfahrtspflege und lokalen Verwaltungen hat sich ein sehr enges Koordinationsverhältnis herausgebildet, das für manche Kommunen eine ganz neue Erfahrung darstellt. In Ostdeutschland beispielsweise besaß man keine oder nur äußerst geringe Erfahrung, wie man in kurzer Zeit mit der Zuweisung einer hohen Zahl von Geflüchteten umgehen sollte. Das erklärt im Übrigen manche heftige Gegenreaktionen in der ersten Zeit. Aber es hat dann doch sehr schnell auch in einigen, wenngleich nicht in allen Kommunen eine sehr aktive Zivilgesellschaft in Form von Helferkreisen gegeben, die mit den Kommu-

nen Formen unterstützender Kooperation zu entwickeln wussten. Dadurch hat sich etwas verändert zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und den staatlichen administrativen Strukturen, vor allen Dingen auch die Anerkennung des freiwilligen Engagements durch die Kommunen. Dadurch ließen sich auch in präventiver Weise potenzielle Interessenkonflikte vermeiden.

Interessant ist auch, wie groß das Engagement von Personen mit Migrationshintergrund ist. Hierzu gibt es auch einige wenige Studien. Zwei Aspekte sind vor allen Dingen wichtig. Zunächst gibt es einen markanten Unterschied: Personen mit Migrationshintergrund sind stärker in den eigenen Migrant-Communities engagiert. Sie arbeiten eher in informellen sozialen Netzwerken im Umfeld von Verwandtschaft und Nachbarschaft und in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe in den jeweiligen ethnischen Gemeinschaften. Mit zunehmender Dauer des Aufenthaltes zeigt sich aber, zweitens, dass es eine große Bereitschaft gibt, sich auch außerhalb der eigenen ethnischen oder migrantischen Community zu engagieren. Migranten engagieren sich zunehmend in der Mehrheitsgesellschaft und in zentralen gesellschaftlichen Bereichen, so dass Grund zur Annahme besteht, dass es im Generationenverlauf, mit der zweiten Generation, im Hinblick auf das zivilgesellschaftliche Engagement Angleichungsprozesse im Verhalten zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

3. Spaltet Migration?

Mein dritter Punkt beschäftigt sich mit der Frage: Spaltet Migration Gesellschaften, sind Fluchtbewegungen die Ursache für politische Polarisierungen, wie sie in Deutschland zwischen einer »Willkommenskultur« hier und den Kritikern dort erkennbar geworden ist? Die Antwort ist komplex, auch wenn *prima facie* der Eindruck entstanden sein mochte, dass die Ereignisse vom Herbst 2015 die gesellschaftlichen Verwerfungen in den Gesellschaften und zwischen den Staaten Europas bewirkt hätten. Unbestritten ist, dass infolge der sog. Flüchtlingskrise von 2015 der Rechtspopulismus in Deutschland, auch der Rechtsextremismus, an Terrain gewonnen haben und politisch motivierte Gewalt signifikant zugenommen hat. Das zeigt der Zugewinn an Stimmen für die AfD bei Landtags- und Bundestagswahlen, das belegen die Fallzahlen im Bereich von Hassgewalt, der Tötlichkeiten gegenüber Asylbewerberheimen, Flüchtlingen, Ausländern und vermeintlich »fremd« aussehenden Menschen in Deutschland. In Ostdeutschland sind die Zuwächse im Übrigen stärker ausgefallen als in Westdeutschland, wenn-

gleich hier die offiziellen Statistiken für einige Bundesländer ebenfalls erschreckend hohe Zahlen ausweisen.

Des Weiteren ist ohne Frage infolge der Zuwanderung von 2015 der öffentliche Diskurs entschieden rauer geworden, haben sich Hass, Hetze und Herabwürdigung in den sozialen Netzwerken verbreitet. Zugleich hat Migration nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern zu Spaltungseffekten geführt. Ivan Krastev argumentiert, dass es eine neue Spaltung zwischen West/Nordeuropa auf der einen und Ost/Mitteleuropa auf der anderen Seite gibt. In der Tat hat sich bei der Frage der Verteilung und der Aufnahmequoten von Flüchtlingen in Ostmitteleuropa eine Resistenz gezeigt, die im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass Immigration vor allem aus Nicht-EU-Staaten in diesen Ländern abgelehnt wird. In den anderen EU-Staaten sieht das anders aus, aber auch dort war zwischenzeitlich, so in der Jahreswende 2015/16, die Skepsis gegenüber Zuwanderung größer geworden.

Wie kann man erklären, dass es zu diesen Mobilisierungen, Polarisierungen und Spaltungstendenzen gekommen ist? Eine Möglichkeit der Erklärung besteht darin anzunehmen, dass die Bevölkerung *in toto* skeptischer, gar ablehnend, gegenüber Einwanderung geworden ist und sich durch die »Flüchtlingskrise« 2015 die Einstellungen gegenüber Migration erheblich zum Negativen hin verändert haben. Das aber ist nicht der Fall: Ausweislich der kontinuierlich erhobenen Daten des Eurobarometers sind seit 2015 die Einstellungen gegenüber Migration in den europäischen Staaten, auch in Deutschland, nicht negativer geworden. Im Gegenteil, sie sind gegenüber Flüchtlingen sogar positiver geworden. In den Eurobarometer-Daten gibt es jedoch einen kleinen Einbruch zu Beginn des Jahres 2016, da gehen die Zustimmungsraten etwas runter. Aber dann steigen sie wieder, und sie sind heute höher als vor 2015. Gewiss, andere Befragungen lassen eine klare Tendenz erkennen, dass der Zuzug von Flüchtlingen in irgendeiner Weise zu begrenzen sei. Aber es ist kein Anwachsen xenophober oder islamophober Einstellungen zu registrieren. Etwas anderes gilt für Ost- und Mitteleuropa. In diesen Staaten wird vor allem die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten über Jahre konstant entschieden negativer beurteilt.

Es kann also, zumindest für die Staaten Nord-, West- und Südeuropas nicht an den Einstellungen der Bürger liegen. Hingegen liegt es – so meine These – an der Bedeutung des Themas Integration und Migration in der Öffentlichkeit. Das hängt sehr stark davon ab, wie die Medien solche The-

men behandeln. Man kann beobachten, dass die Mediennennungen seit dem Herbst 2015 erheblich zugenommen haben. Und bei Befragungen nach dem wichtigsten politischen Thema stand Migration lange Zeit auf Platz eins. Das ist mittlerweile wieder etwas anders. Andere Themen wie Sicherheit, Bildung, Erziehung oder auch Arbeitsplätze spielen wieder eine größere Rolle. Aber ganz ist das Thema Migration nicht aus dem Fokus der Befragten verschwunden. Wenn dieses Thema als so bedeutsam angesehen wird und eine so große Medienresonanz erzeugt wird, dann gibt es für politische Akteure, in diesem Fall rechtspopulistische oder rechtsextreme politische Parteien, eine günstige Gelegenheit, dieses Thema für sich zu nutzen, es zu skandalisieren und auf diese Weise Gefolgschaft zu mobilisieren. So wird man von einer Wirkungskette sprechen können: Die plötzliche, schnelle und große Fluchtbewegung des Herbstes 2015 hat dem Thema Migration in den Medien und in der Öffentlichkeit eine besondere Aufmerksamkeit verschafft – vor allem auch, weil es zuvor weitgehend »unsichtbar« geblieben war –, was es wiederum migrationsfeindlichen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren leicht machte, mit der Migrationsfrage verbundene Ängste, Befürchtungen und Ressentiments in Teilen der Bevölkerung zu mobilisieren. Sicherlich wäre es verkehrt, in der Migration die Ursache für gesellschaftliche Spaltungen und politische Polarisierungen zu sehen. Migration aber ist ein Katalysator für den schnellen Aufstieg des Rechtspopulismus in den letzten Jahren gewesen. Und gleichzeitig hat die Migrationsthematik wie ein Brennglas gewirkt, in dem soziale Verwerfungen deutlicher sichtbar wurden: Erstens solche kultureller Natur, vor allem die Unterschiede zwischen urbanen, weltoffenen und liberalen Lebensformen auf der einen Seite und traditionellen, wertkonservativen und regional bestimmten Lebensstilen auf der anderen Seite; zweitens solche sozioökonomischer Natur, zwischen, grob formuliert, den Gewinnern und den Verlierern im Prozess von Globalisierung und Digitalisierung; und drittens schließlich solche zwischen junger Bevölkerung in verdichteten urbanen Räumen und einer immer älter werdenden Bevölkerung in den peripheren Regionen, die sich vielfach – so auch durch den öffentlichen Verkehr, die Gesundheitsversorgung oder staatliche Dienstleistungen – abgehängt fühlen. Dies sind nur Beispiele von strukturellen Spannungen, die sich diskursiv und politisch entladen haben und die wiederum zu einer Polarisierung zwischen sich verfestigenden Milieus führen – mit ganz unterschiedlichen Formen zivilgesellschaftlicher Aktivität.

4. Wie kann man diese Spaltungen überwinden?

So ohne weiteres lassen sich die gegenwärtig beobachtbaren Spannungen nicht beheben, deshalb geht es darum, sie einzuhegen. Das Entscheidende wird sein, eine zivilgesellschaftliche Streitkultur zu entwickeln – oder dort, wo sie (noch) vorhanden ist, zu erhalten und zu stärken. Es wird darum gehen müssen, mittels Dialogforen, demokratischen Aktions- und politischen Mediationsformen sowie das Knüpfen von Netzwerkstrukturen Auswege aus den identitätspolitischen Schützengräben mit ihren Feindbildkonstruktionen und Angstszenarien zu finden. Ohne Toleranz, Respekt und Kooperationsbereitschaft lässt sich auf Dauer eine demokratische Gesellschaft der Vielfalt nicht aufrechterhalten. Die Gleichzeitigkeit von Solidarität und Empathie auf der einen Seite, und von Wut, Hass und Verachtung auf der anderen Seite, wie sie infolge der Ereignisse vom Herbst 2015 festzustellen war, hat Demokratie und Zivilgesellschaft in Deutschland einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt.

Anmerkungen:

¹ Es handelt sich um eine stark gekürzte, leicht überarbeitete Version des Vortrags, der am 15. Juni 2019 in der Evangelischen Akademie Tutzing im Rahmen der Tagung »Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland« (14.-16.6.2019) gehalten wurde. Der Stil des Vortrags wurde beibehalten; auf die Angabe von Referenzen im Text wurde verzichtet. Literaturhinweise finden sich am Ende des Textes. Edgar Grande gilt Dank für die Einladung und die Veranlassung der Transkription des Vortrags.

Weiterführende Literatur:

Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäler (2016): Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäler (2018): Pegida and New Right-Wing Populism in Germany. Cham: Palgrave Mcmillan.

MIDEM (Mercator Forum Migration und Demokratie): Migration und Populismus. MIDEM Jahresbericht 2018. hrsg. v. Hans Vorländer, Dresden (https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf).

Dennison, James/Anthony Geddes (2018): A Rising Tide? The Saliency of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe. In: The Political Quarterly, 90(1), S. 107-116 (<https://doi.org/10.1111/1467-923X.12620>).

Karakayali, Serhat (2018): Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland. IMIS (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien), Flucht: Forschung und Transfer. State of Research Paper 09, Osnabrück.

Klie, Thomas/Anna Wiebke Klie (Hrsg.) (2018): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften (darin v.a. die Beiträge von Köcher/Haumann, Klie und Evers/Klie). 

Kommentar: Zivilgesellschaft in der Migrationsgesellschaft – Die Geschichte von »Asyl im Oberland«

Von Julia Poweleit, Ehrenamtskoordination Asyl, Herzogsägmühle

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Während der neuen Flüchtlingsbewegung um das Jahr 2015 gab es einige Auf- und Umbrüche im zivilgesellschaftlichen Engagement. Um einen Einblick in aktuelle Formen des Engagements zu geben, wird hier die Geschichte von »Asyl im Oberland« vorgestellt. Das ist ein Beispiel aus der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe im Landkreis Weilheim-Schongau, welche sich erst auf die konkrete Unterstützung vor Ort konzentrierte und später darüber hinaus auch überregionale Strukturen ausbildete.

Mit den ersten Geflüchteten, die in den Landkreis Weilheim-Schongau kamen, entstanden dort auch die ersten Asylhelferkreise: In jeder Gemeinde, in denen Geflüchtete untergebracht wurden, fanden sich spontan interessierte Menschen, die helfen wollten – zu Beginn sogar meist mehr als Flüchtlinge einer Gemeinde zugeteilt waren. Diese Unterstützergemeinschaften setzten sich aus den unterschiedlichsten Menschen des Ortes zusammen, die sich vorher einander meist nicht oder nicht sehr gut kannten, sondern nur durch den gemeinsamen Wunsch, in dieser Situation zu helfen, verbunden waren. Viele der Helfer*innen erzählten später, dass sie sich durch die ehrenamtliche Arbeit im Asylbereich selbst erst richtig in ihre Gemeinde und den Landkreis integriert hätten. Kennzeichen dieser Unterstützergemeinschaften war zudem, dass diese häufig als loser Verbund agierten, ohne Rückbindung an eine Organisation, die Kirche, die Gemeinde oder einen Verein. Dies ermöglichte ihnen unbürokratisch, eigenverantwortlich und flexibel zu reagieren. Im Fokus dieser ersten Zeit stand die Unterstützung der Geflüchteten bei der ersten Orientierung in der neuen Lebenssituation durch das gegenseitige Kennenlernen, Unternehmungen in der Region, Begleitung bei Behörden-gängen, Organisieren alltäglicher Dinge (Internet, Kleidung, Fahrräder) sowie das Unterrichten der deutschen Sprache.

1. Neue Strukturen vor Ort

Von Beginn an vernetzten sich die Helfer*innen im Landkreis Weilheim-Schongau unter dem Namen »Asyl im Oberland«. Sie organisierten und strukturierten sich innerhalb des Landkreises, um für sich selbst Austauschplattformen zu schaffen

und etablierten regelmäßige Treffen mit den zuständigen Behörden vor Ort. Sehr schnell arbeiteten sich die ehrenamtlichen Helfer*innen in komplizierte Sachverhalte rund um das Thema Asyl ein – ihr Sachwissen war oftmals detaillierter als das der Hauptamtlichen, die sich aufgrund eines späteren Einstiegs erst in die verschiedenen Bereiche einarbeiten mussten. Das Internet ermöglichte den Ehrenamtlichen, sich schnell zu informieren und zu vernetzen – an hauptamtlichen Instanzen vorbei. So verfügten die Unterstützergemeinschaften meist schneller über aktuelle Informationen als die zuständigen Behörden oder Kommunen.

Mit der Zeit zeigte sich, dass sich die Hilfe nicht, wie anfangs gedacht, auf eine erste Unterstützung in der »Not« beschränkte, sondern Wissen über verschiedene Bereiche des alltäglichen Lebens (wie Arbeit, Wohnen, etc.) sowie spezifischeres Wissen über rechtliche Grundlagen des Asylrechts und der Sozialgesetzgebung gebraucht wurden. Zwar gab es bereits einige Stellen im Ausländeramt des Landratsamtes Weilheim-Schongau oder die Asylsozial- und Migrationsberatung bei den Wohlfahrtsverbänden, die für diese Bereiche zuständig waren, jedoch konnten diese den Flüchtlingshelfer*innen nicht die umfangreiche fachliche und zeitliche Unterstützung bieten, die diese gebraucht hätten.

Die Ehrenamtlichen von Asyl im Oberland initiierten 2016 deshalb ein Treffen mit den verschiedenen freien und staatlichen Trägern des Landkreises und forderten hauptamtliche Unterstützung für ihr Engagement. Als Ergebnis dieses Treffens wurden noch im selben Jahr zwei hauptamtliche Ehrenamtskoordinator*innenstellen geschaffen, welche von der Herzogsägmühle (Innere Mission), dem Caritasverband Weilheim-Schongau, der Diakonie Oberland, dem Landkreis Weilheim-Schongau sowie aus Mitteln der bayerischen Staatsregierung finanziert wurden. Der Trägerverbund, zu dem sich die verschiedenen Träger bei diesen Treffen zusammenschlossen, war in Bayern ein einmaliges, beispielhaftes Konstrukt der guten Zusammenarbeit – ein Leuchtturmprojekt!

Neben diesen strukturellen Neuerungen auf der hauptamtlichen Seite suchten die Ehrenamtlichen auch einen Weg, sich selbst neu zu strukturieren.

Inhaltlich waren sie meist sehr gut strukturiert durch eine/n ehrenamtliche/n Koordinator*in, die/der die Kontakte verwaltete, zu regelmäßigen Treffen einlud und sich auf regelmäßigen Koordinator*innentreffen mit den umliegenden Unterstützernetzen vernetzte sowie durch die Helfer*innen, die sich mehr und mehr auf einen der vielfältigen Bereiche spezialisierten, diesen organisierten und koordinierten.

Formell waren sie jedoch als loser Verbund engagierter Menschen immer wieder auf Kooperationen mit etablierten Organisationen angewiesen, wenn sie z.B. Räume anmieten oder Spenden verwalten wollten. Um ihre Autonomie zu stärken, ohne dabei selbst eine formale Struktur zu werden, gründeten die Helfer*innen 2017 einen landkreisweiten Verein, den »Förderverein Asyl im Oberland e.V.«. So wurde es einerseits möglich, dass die Unterstützernetze weiterhin als lose Vereinigung unbürokratisch und flexibel agierten, andererseits wurde somit der Handlungsspielraum vergrößert, da sie nun nicht länger auf Kooperationen angewiesen waren.

2. Der Wind dreht sich, die Frage ist: Schaffen wir das?

Dabei kristallisierte sich mehr und mehr die Notwendigkeit heraus, auch über die konkrete ehrenamtliche Arbeit vor Ort hinaus etwas zu bewirken, denn die Hilfe vor Ort bröckelte: überall traten Ehrenamtliche zurück. Viele waren von dem zeitlich und emotional intensiven Engagement in der Flüchtlingshilfe erschöpft, andere resignierten aufgrund der Situation, in der viele Geflüchtete sich befanden: Das lange Warten auf den Asylbescheid in einer Unterkunft, in der man sich meist zu viert ein Zimmer teilte, ohne gezielte Tätigkeit wegen mangelnder Arbeitserlaubnis und fehlenden Deutschkursen sowie die hinzukommende unsichere Zukunftsperspektive aufgrund des unbekanntenen Ausgangs des eigenen Asylverfahrens. Der wichtigste Grund für den Rückgang des Engagements war jedoch der Ärger über die bayerische Politik. Zwar wurde in Bayern manches Positive auf den Weg gebracht, wie beispielsweise die unbürokratische finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Deutschkurse, die Abschaffung von Essenspaketen oder die Unterbringung in dezentralen Unterkünften. Dieses positive Klima, welches mit der »Wir schaffen das«-Aussage der Bundeskanzlerin im Sommer 2015 verbunden wird, änderte sich schleichend, bis es sich schlagartig komplett drehte.

Auslöser dafür waren unter anderem Ereignisse wie die Silvesternacht in Köln, die sehr große mediale Aufmerksamkeit erhielt, sowie Berichte von bereits zu Beginn skeptischen Bürger*innen oder mittlerweile desillusionierten Helfer*innen, die die Integration als gescheitert ansahen. Hinzu kam die zunehmende öffentliche Präsenz einer neuen Partei, der AfD, die diese einzelnen Ereignisse aufgriff, verallgemeinerte und als Grund für die Unzufriedenheit vieler Bürger*innen sah. Die bayerische Staatsregierung reagierte und verabschiedete neue Regelungen und Gesetze. Die Konsequenzen trafen vor allem die Asylsuchenden hart: Der ersehnte Familiennachzug wurde ausgesetzt, Arbeitsverbote erlassen, Ankerzentren geplant und vermehrte Abschiebungen wurden angekündigt. Zugleich wurde versucht, die Helfer*innenbewegung mithilfe einer neuen Organisationsstruktur und Beratungsrichtlinien für hauptamtliche Akteur*innen zu transformieren, sodass die ehrenamtliche Arbeit nicht mehr nur unterstützt, sondern zudem gesteuert werden konnte. Viele der neu geschaffenen Stellen wurden dem Landratsamt unterstellt, aus Ehrenamtskoordinator*innen wurden Integrationslots*innen und aus ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen ehrenamtliche Integrationsbegleiter*innen. Viele Helfer*innen fanden dies übergriffig und bezogen nun immer mehr öffentlich Stellung.

3. Überregionale Vernetzung und Politisierung des Ehrenamtes

2015 lud Asyl im Oberland in Kooperation mit der Plattform www.asylhelfer.bayern alle umliegenden Unterstützernetze zu einem gemeinsamen »Asylgipfel« in Weilheim ein – diese Austauschtreffen wurden etabliert und erweitert: Mittlerweile treffen sich nicht nur die oberbayerischen Helferkreise zwei Mal im Jahr – auch Ostbayern, Franken und Schwaben vernetzen sich auf ähnliche Weise. Höhepunkt dieser Treffen war am 3. Oktober 2018 der erste gesamt-bayerische Asylgipfel der Helferkreise in München (alle Informationen zu den Asylgipfeln in Bayern unter www.asylgipfel-bayern.de).

Sie wurden sich der politischen Dimension ihrer Tätigkeit bewusst und traten zunehmend in Opposition zur bayerischen Staatsregierung: Auf dem dritten oberbayerischen Asylgipfel in Tutzing wurde die »Tutzingener Resolution« verfasst, welche Forderungen an die Politik beinhaltete. 2017 kamen 1000 Flüchtlingshelfer*innen bei einer Sternfahrt nach München unter der Bavaria zusammen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Auch andere ehrenamtliche Verbände

wurden aktiv: 2017 fand die erste Vollversammlung aller Flüchtlingshelfer*innen auf dem Marienplatz in München statt, weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen und Demonstrationen folgten.

Bald darauf wurden die ehrenamtlichen Organisator*innen der bayerischen Asylgipfel zu Gesprächen in die zuständigen Landesministerien eingeladen, um die Forderungen der ehrenamtlichen Helfer*innen zu besprechen. Diese Gespräche etablierten sich und mündeten in regelmäßigen Treffen der Helfer*innen mit dem Innenministerium. Parallel dazu gründete sich auch ein bayerischer Landesverband der Flüchtlingshelfer*innen »Unser Veto« als politischer Arm der Bewegung, dessen Vertreter*innen an den Asylgipfeln sowie an den Gesprächen im Innenministerium teilnehmen und darüber hinaus regelmäßige Stellungnahmen verfassen und Informationen gebündelt weiterleiten.

Dabei sehen sich die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen nicht nur als Vermittler*innen, die ihre Erfahrung und Expertise von der Basis in Gesprächen mit der Regierung einbringen, sondern nehmen gleichzeitig auch eine kontrollierende Funktion ein. So brachten die Ehrenamtlichen auf dem vierten oberbayerischen Asylgipfel im Sommer 2017 eine Normenkontrollklage gegen die überhöhten Unterkunftsgebühren, welche die Geflüchteten zahlen sollten, auf den Weg: Auf Bitten der Asylgipfelorganisator*innen beauftragte der bayerische Flüchtlingsrat einen Anwalt, der Klage gegen die bayerische Staatsregierung einreichte. Am 16. Mai 2018 wurde der Klage stattgegeben, die Regierung musste ihre Bescheide zurückziehen und für die Zukunft neu berechnen.

Auf dem ersten gesamt-bayerischen Asylgipfel der Helfer*innenkreise kurz vor der bayerischen Landtagswahl im Oktober 2018 erarbeiteten die

Helfer*innen Handlungsempfehlungen an die neue Regierung, welche sie dieser nach der Wahl überreichten und in weiteren Treffen mit dem Innenministerium besprachen.

4. Zivilgesellschaftliches Engagement – eine Chance für unsere Gesellschaft?

Die hier dargestellte Geschichte ist ein Beispiel dafür, wie innerhalb kurzer Zeit eine neue zivilgesellschaftliche Bewegung entstehen kann und sich über mehrere Jahre selbst organisiert und außerhalb bestehender Strukturen engagiert. Die Flüchtlingshelfer*innenbewegung etablierte in den letzten sechs Jahren ehrenamtliche, autarke Strukturen, die mittlerweile bis in die Regierungsebene reichen. Dies geht weit über die anfängliche Motivation, Geflüchteten zu helfen, hinaus. Trotz Herausforderungen und auch Rückschlägen, denen sich die Helfer*innen aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in dieser Zeit, gegenübersehen, blieben die Helfer*innen vor Ort und damit die ganze Bewegung aktiv. So konnten auch immer wieder Erfolge verzeichnet werden.

In diesem Beispiel wird ein Bild von einer starken, engagierten Zivilgesellschaft skizziert, die sich aktiv in die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit einbringen möchte und die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Ziel weiterer Entwicklungen darf deshalb nicht sein, zivilgesellschaftliches Engagement in professionelle Strukturen zu überführen, sondern vielmehr das offene, rebellische, friedliche und kreative Engagement der Bürger zuzulassen, denn hierin liegt der Kern einer demokratischen Gesellschaft. 

Zwischenruf

»Stell dir vor, es herrscht Not und keiner geht ran«

Von Christian Springer, Kabarettist, München

Evangelische Akademie Tutzing, 15. Juni 2019

Copyright Christian Springer München 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich spreche hier in der Evangelischen Akademie, lassen Sie mich also daher mit einer Kirche beginnen: Notre-Dame de Paris. Vor ungefähr 850 Jahren wurde angefangen, sie zu bauen. Ein gewaltiges Bauwerk? Nein. Damals noch nicht. Vor dem Entstehen des »gewaltigen Bauwerks« war dort ein Friedhof. Mit einer Kapelle, um die Toten würdig zu bestatten. Notre-Dame war eine Friedhofskapelle. Heute steht »Unsere Liebe Frau« mitten in Paris. Weltberühmt. Und zieht wohl mehr Touristen als Gläubige an. Napoleon Bonaparte ließ sich in Notre-Dame zum Kaiser der Franzosen krönen. Was nicht ganz stimmt, denn: Napoleon »wurde« nicht gekrönt. Er hat sich selber zum Kaiser gekrönt. Und jetzt im April 2019 der Brand. Sofort meldet sich die sogenannte Zivilgesellschaft. Und in der ersten Reihe der Zivilgesellschaft, allen voran, der Präsident Frankreichs mit großen Worten: Notre-Dame soll wieder aufgebaut werden.

Daraufhin meldeten sich die Großkopferten der Zivilgesellschaft und sagten:

»Schaut her! Was wir tun! Wir spenden sofort Hunderte von Millionen Euro für den Wiederaufbau.«

Die Zivilgesellschaft jubelt. Aber nicht die ganze.

Die Gscheidhaferl-Zivilgesellschaft meldet sich und sagt:

»Ihr gottverlassenen Dreckbären: Spendet lieber für die Flüchtlinge.«

Ha! So ein Unsinn! Wie sinnfrei ist doch diese Forderung. Als ob die Milliardärs-Zivilgesellschaft dann sagen würde:

»Ach ja, genau, für Flüchtlinge spenden wir. Nicht für die ausgebrannte Kirche.«

Die Zivilgesellschaft, um die sich diese Tagung ja dreht, hat übrigens VOR dem Brand 2019 staatliche Beschlüsse zu Notre-Dame auf den Weg gebracht, und hat veranlasst, dass Notre-Dame renoviert wird.

Aber genau DIESE Renovierung – übrigens genauso wie in der Herzogin-Amalie-Bibliothek in Weimar – hat letzten Endes dazu geführt, dass es gebrannt hat.

Warum? Weil ein wichtiges Mitglied der Zivilgesellschaft, der französische Schweißbrenner-Seppi (wichtig, weil der Seppi historische Gebäude restaurieren kann), weil eben der Schweißbrenner-Seppi »halt amal eine rauchen wollt«, aber deswegen nicht extra die 150 Meter vom Turm dafür runterkraxeln wollte. Dieser Seppi wollte eigentlich helfen, setzt aber dann seinen Arbeitsplatz in Schutt und Asche.

Damit hört in Paris der Irrsinn der Mitglieder der Zivilgesellschaft aber nicht auf. Es kommt die Feuerwehr, auch ein Mitglied der Zivilgesellschaft. Die Feuerwehr löscht, rettet, bewahrt. Die Feuerwehrleute sind in Lebensgefahr, denn geschmolzenes Blei tropft aus 80 Metern Höhe auf die Gehwege. Von der Feuersbrunst ganz zu schweigen. Die Feuer wurden gelöscht. Und wie es sich gehört, tagelang noch überwacht, um neue Glutnester zu verhindern. Doch was passiert schon innerhalb der ersten 48 Stunden? Andere Mitglieder der Zivilgesellschaft melden sich, das sind jetzt die, die sich die Katastrophe gemütlich vom Fernsehsessel aus angesehen haben: Muss das denn sein? War so viel Wasser zum Löschen nötig? War das nicht voreilig von der Feuerwehr? Durch das Wasser ist ja vielleicht noch mehr zerstört worden als durch das Feuer?

Ja, auch diese Menschen dürfen in der Öffentlichkeit ihre Meinung sagen, so schäbig sie auch sein mag, und bleiben schadlos.

Das erinnert an einen Fall aus den USA. Es gibt nun einen Film über Charly Sullenberger, gespielt von Tom Hanks, produziert von Clint Eastwood. Sullenberger war der Pilot, der seine voll besetzte, aber schwer beschädigte Passagiermaschine auf und im eisigen Wasser des Hudson River gelandet hat. Keiner ist ums Leben gekommen. Ein Held, meint man.

Weit gefehlt, sagt die Zivilgesellschaft. Sullenberger kam vor Gericht – in der Realität, nicht nur im Film –, wodurch festgestellt werden sollte, ob es wirklich notwendig war, das Flugzeug im kalten Wasser notzulanden, und damit die Leute in

Lebensgefahr zu bringen. Außerdem sei dabei auch das Flugzeug kaputt gegangen.

An diesen Beispielen will ich zeigen, wie viele verschiedene Zivilgesellschaften es innerhalb einer einzigen Zivilgesellschaft gibt, und dass sich diese wiederum überhaupt nicht einig sind, zum Teil aufeinander einhacken, auf der anderen Seite das kaputt machen, was sie reparieren sollen.

Zurück zu Notre-Dame. Es gab schon einmal eine Restaurierung. Das war in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Und diese Renovierung haben wir dem zu verdanken, der dem deutschen Touristen Notre-Dame überhaupt erst bekannt gemacht hat: Victor Hugo.

Dieser – neben Balzac und Molière – berühmteste und beliebteste, französische Schriftsteller hat ein Buch geschrieben, das hier jeder kennt: »Der Glöckner von Notre-Dame« – So bekannt, dass man ihn sogar als Faschingskostüm erwerben kann.

Und wer das Buch nicht gelesen hat, der kennt den Film aus dem Jahr 1956: Gina Lollobrigida und Anthony Quinn in den Hauptrollen.

Sie ist eine Zigeunerin und der Zigeunerkönig kommt ebenso hundertfach als Wort in Buch und Film vor. Worte, die heute nur noch als sogenannte »Z«-Worte bezeichnet werden dürfen. Denn die politisch korrekte Sprachregelung – und ich bin absolut FÜR die Tilgung von rassistischen Äußerungen, auch wenn sie unbedacht in der schnellen Kommunikation verwendet werden – hat das Wort Zigeuner und Zigeunerin auch rückwirkend in der Historie gestrichen. Persönlich habe ich aber kein Verständnis, wenn sprachkorrekte Mitglieder unserer Zivilgesellschaft die Geschichte von Pippi Langstrumpf umschreiben wollen und das Zigeunerschnitzel aus der Speisekarte tilgen wollen. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass Extremismus und Rassismus nicht durch Sprache entstehen und auch nicht durch Sprachregelung vermieden werden können. Erst kommt die Menschenverachtung und DANN die menschenverachtende Sprache.

Wir dürfen die Zivilgesellschaft nicht den Maulaufreißern überlassen! Viel zu viele haben die Haltung: »Ja, mei, man kann ja eh nichts machen.« Und diese Haltung ist falsch. Ich war im Spätherbst 1989 in der DDR. Egon Krenz hatte Honecker abgelöst, und ich stand in der größten Demonstration, die die DDR jemals gesehen hat. Aber: Es waren nicht 99 Prozent der DDR-Bürger auf der Straße, es waren auch nicht 80 oder 70 Prozent auf der Straße. Von etlichen Millionen Bürgern der DDR marschierten damals circa

10.000 auf der Straße. Ich habe zugeschaut von einer Buchhandlung *Unter den Linden*, aus dem ersten Stock. Auf der Straße haben die Demonstranten drei Spuren belegt, also eine Fahrriichtung. Die entgegenkommende Fahrriichtung, also auch wieder drei Spuren, war freigehalten für den Verkehr. Akribisch genau balancierten die Demonstranten in der Straßenmitte auf dem Mittelstreifen, um ja nicht den gesamten Verkehr lahmzulegen. SO geht keine Revolution.

Und dennoch. Das waren die letzten Schritte der DDR in der Weltengeschichte. Der deutsche Soziologe und Publizist Harald Welzer sagt: Um einen Staat ins Wanken zu bringen, um eine echte Revolution zu machen, genügen drei bis fünf Prozent der Bevölkerung.

Die wenigsten von uns wollen eine Revolution, aber anhand dieser Zahlen sieht man, dass das Gerede von »Man kann ja nichts machen« eine Ausrede ist.

Man kann und man MUSS was tun.

Aber verlangen Sie keine absolut reine Weste, verlangen Sie keine Kompromisslosigkeit, verlangen Sie keinen Purismus von den Menschen, die etwas tun. Junge Leute gehen heute freitags auf die Straße, um für Ihre Zukunft und speziell für ein Klima zu kämpfen, in dem der Mensch überleben kann. Das ist gut so.

Doch sie verabreden sich über das Handy. Ein Handy, zu dessen wichtigen Bausteinen seltene Erden gehören, die eines der großen, aber oft übersehenen Übel unserer Umwelt- und Wirtschaftspolitik sind.

Wer nun anfängt und sagt: »Hey, Jungs und Mädels, wir lassen uns von Euch Handy-Junkies nichts sagen, Ihr seid ja selbst nicht sauber«, so jemand argumentiert an der Sache vorbei. Er agitiert, verleumdet und steht mit beiden Beinen im Populismus. Hilft das weiter? Nein.

Es beschädigt das zivilgesellschaftliche Engagement.

Wer sich heutzutage einmischt – der kann nicht frei sein von allen Fehlern des menschlichen Alltagslebens.

Das ist nicht nur heute so, das ist generell so.

Blicken Sie mit mir zurück in die Zeit der Aufklärung. Wer in Geschichte immer schon schlecht war: Das ist am Ende des 18. Jahrhunderts, die Stichworte dazu sind: Französische Revolution, die Marseillaise, Marie Antoinette, in Bayern sterben die echten Wittelsbacher aus, und in Amerika: die amerikanische Unabhängigkeit.

Und auch da steckte die Zivilgesellschaft dahinter. Übrigens: Ein Großteil der Menschen, die damals die Urväter der Vereinigten Staaten wa-

ren, würden heute unter dem abschätzigen Begriff »Wirtschaftsflüchtlinge« kategorisiert werden.

Die Amerikanische Unabhängigkeit ist aber mehr als die Loslösung von England. Denn es gibt die Unabhängigkeitserklärung, ein Schriftstück, das die Menschenrechte als zentralen Baustein des amerikanischen Staates für immer und ewig einzementiert. Als unveränderliche Verfassungsrechte der USA. Nicht einmal Donald Trump könnte sie weg-twittern. Sogar ein Aufruf zur Revolte ist enthalten, sofern der Staat entgleist:

»Wenn aber eine lange Reihe von Mißhandlungen und gewaltsamen Eingriffen (...) einen Anschlag an den Tag legt, sie (die Zivilgesellschaft) unter unumschränkte Herrschaft zu bringen, so ist es ihr Recht, ja ihre Pflicht, solche Regierung abzuwerfen, und sich für ihre künftige Sicherheit neue Gewähren zu verschaffen.«

Jetzt dürfen Sie gerne einwerfen: Dieses Stück Papier ist ja nichts wert, siehe Vietnam, siehe den Einmarsch im Irak, siehe USA hier und dort. Soweit in die Gegenwart müssen wir gar nicht gehen. Bereits BEIM ENTSTEHEN der – in meinen Augen großartigen – Verfassung der USA, war sie vergiftet von der Realität.

Thomas Jefferson – der Hauptverfasser dieser Zeilen und später dritter Präsident der USA – war nicht ganz sauber. Er textete und schwadronierte über die Gleichheit der Menschen und wie sie zu behandeln seien, überhaupt die ganzen Menschenrechte, die Freiheit, die gerechte Justiz – aber das war tagsüber.

Am Abend saß Thomas Jefferson über den Abrechnungen seiner Geschäfte. Sie besaßen Sklaven.

Und seine Begeisterung ist überliefert, als er sagte: Was, schon wieder ein paar Dutzend mehr?! Thomas Jefferson plädierte für die Freiheit JEDES Menschen – und hatte Sklaven.

Wie passt das zusammen?

Gar nicht.

Aber es existiert zusammen. Die Wissenschaft nennt das recht geschwollen: Ambiguität. Die Gleichzeitigkeit sich widersprechender Sachverhalte.

Das gibt's. Bei jedem von uns. Jeden Tag. Wir sind nicht kompromisslos. Kompromisslosigkeit ist brutaler – und vor allem sinnloser – als: mal so mal so. Es ist aber ein schmaler Grat zwischen dem Fähnchen im Wind und dem Thomas Jefferson-Typ, dem es tatsächlich ernst ist, mit dem, was er sagt.

Dem Missbrauch der guten Ideen ist aber immer Tür und Tor geöffnet. Als in den sechziger Jahren

langsam der desolate Zustand der Jugendheime in Deutschland bekannt wurde, regte sich unter jungen, engagierten Leuten der Widerstand. Man wollte helfen, denn: Die in den Heimen gestrandeten Jugendlichen wurden nicht sozialpädagogisch betreut, sondern in Zuchtanstalten verwahrt. Perverse Exzesse kennt man heute aus den Klosterschulen von damals.

Doch wer oder was waren die Helfer? Was wollten sie?

Diese Helfer holten tatsächlich Jugendliche aus den schrecklichen Heimen heraus und kümmerten sich um die Perspektivlosen. Das klingt fein. Einerseits.

Andererseits waren etliche dieser Helfer nicht nur die ideologischen, sondern auch die echten Vorreiter der RAF. Befreiung und Unterstützung der Jugendlichen Ja. Doch sollten sie oft nichts anderes als rekrutiert werden für den Klassenkampf, auch mit der Waffe.

Der oben schon erwähnte, und in Deutschland aktuellste Vordenker, Harald Welzer, schrieb zu dem Thema »Was sollen wir tun?« folgende vier Punkte:

- »1. Die Verbesserung der Welt kann man nicht delegieren, die muss man selbst machen.
2. Im Unterschied zum Kauf einer Ware bekommt man für Weltverbesserungsversuche keine Quittung; man kann sie nicht zurückgeben, wenn sie nicht funktioniert haben.
3. Mehrheiten gehen immer mit dem Wind. Sie schließen sich an, wenn man das Richtige überzeugend vorführen kann.
4. Um etwas Richtiges überzeugend vorführen zu können, muss man es überzeugend vorführen können.«

Mein persönlicher Antrieb, anderen Menschen zu helfen, also sich zivilgesellschaftlich einzumischen, wenn man so sagen möchte, kommt aus einem sehr privaten Umfeld. Ich war noch sehr klein, als ich einen Satz von meiner Mama hörte, den ich wohl nie vergessen werde. Den konkreten Anlass habe ich vergessen, aber ich sehe sie noch heute, wie sie sich vor mich hinstellte und sagte: »Bub, wenn jemand hingefallen ist, dann gehst du hin, und hilfst ihm auf.«

Punkt. Da gab es keinen Nachsatz mehr.

Die Botschaft ist glasklar. Verständlich und einfach.

Die große Frage ist nur:

Warum halten wir uns nicht daran?

Herzlichen Dank fürs Zuhören, guten Abend!

Ausblicke

Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland

Von Prof. Dr. Edgar Grande, Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin

Evangelische Akademie Tutzing, 16. Juni 2019

Die bisherigen Beiträge dieser Tagung, die sich mit den »Aufbrüchen« und »Umbrüchen« in der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigten, haben eindrucksvoll gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland sehr vielfältig und – bei aller Widersprüchlichkeit – sehr vital ist. Aber wie ist es um ihre Zukunft bestellt? Welche Zukunftsperspektiven hat die Zivilgesellschaft in Deutschland? Auch wenn es die Überschrift dieses Themenblocks nahelegt, möchte ich in meinem Beitrag keinen »Ausblick« wagen, sondern mich der Frage nach der Zukunft der Zivilgesellschaft in Deutschland über einen Umweg nähern. Ausgehend von einigen allgemeinen theoretischen Erwartungen zu den Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft werde ich mich mit neueren Entwicklungstendenzen beschäftigen und die Herausforderungen skizzieren, vor denen die Zivilgesellschaft derzeit – und in absehbarer Zeit – in Deutschland steht. Abschließend werde ich darauf eingehen, was getan werden kann und muss, damit sie diese Herausforderungen meistert. Meine Schlussfolgerung lautet, dass die Zukunft der Zivilgesellschaft nicht vorgezeichnet ist – sie ist vielmehr eine vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe.

1. Wer ist die Zivilgesellschaft?

Nach dem gängigen Verständnis, das von allen Referent*innen dieser Tagung geteilt wird, umfasst die Zivilgesellschaft den gesamten Bereich der freiwilligen Zusammenschlüsse der Bürger jenseits von Staat, Markt und Familie bzw. Privatsphäre. Die Zivilgesellschaft in diesem Sinne besitzt eine eigene Handlungslogik und sie steht in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis sowohl zur Wirtschaft als auch zum Staat. Sie ist weder das eine noch das andere, und sie muss sich zu beiden Bereichen positionieren. Wichtige Debatten zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland drehen sich um dieses Spannungsverhältnis. Das gilt für die Debatte um die »Monetarisierung« des Ehrenamtes, in der es im Kern um das Verhältnis der Zivilgesellschaft zur ge-

winnorientierten Wirtschaft geht. Aber auch das Verhältnis der Zivilgesellschaft zum Staat ist immer wieder Anlass von Kontroversen. Hier geht es insbesondere um die Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft und die Gefahr ihrer »Instrumentalisierung« durch den Staat einerseits, ihren Substanzverlust durch die »Professionalisierung« ehrenamtlicher Tätigkeit andererseits.

Wer gehört nun aber zur Zivilgesellschaft? Die österreichische Tageszeitung »Der Standard« hat auf diese Frage unlängst eine aufschlussreiche Antwort gegeben: »Flüchtlingshelfer, Protestversammler, politische Aktivisten, Umweltschützer – sie zählen zur Zivilgesellschaft und springen ein, wenn Parteien und Staat versagen« (Standard, 30.09.2018). In dieser Antwort zeigt sich, dass das öffentliche Verständnis von Zivilgesellschaft von starken normativen Vorannahmen und Erwartungen geprägt ist. Darin gilt die Zivilgesellschaft per Definition als gemeinwohlorientiert, dem politischen Protest werden umstandslos emanzipatorische Wirkungen zugeschrieben und politische Beteiligung gilt eindeutig als demokratiefördernd. Die Zivilgesellschaft gilt nach diesem Verständnis als »gelungene Gesellschaft« (Blinkert/ Klie 2018). Ist das so? Christian Springer erinnert in seinem Beitrag daran, dass in der Zivilgesellschaft die Pluralität, das gesamte Spektrum von Werten, Zielen, Akteuren und Handlungsformen in einer Gesellschaft zum Ausdruck kommt – die »Großkopferten«, die »Gscheidhaferl«, der »Schweißbrenner-Seppi« und einige andere mehr. Das schließt mit ein, dass auch die Zivilgesellschaft ihre Schattenseiten haben kann, ob das lokale Initiativgruppen sind, in denen die Eigeninteressen von Anwohnern dominieren, sei es gegen neue Straßen, gegen Mobilfunkmasten, gegen Windräder oder anderes mehr, oder ob das nationalistische und ausländerfeindliche Proteste wie Pegida sind. Hans Vorländer hat in seinem Vortrag deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland gespalten ist und dass sie mehrere Gesichter hat. Daraus folgt, dass die »Zivilgesellschaft« nicht nur ein Akteur oder ein Ensemble von Akteuren ist, sondern dass sie auch eine Arena, ein Kampfplatz sein kann, wo unterschiedliche Ziele, Interessen und Wertvor-

stellungen aufeinanderprallen; wo gesellschaftliche Konflikte ausgetragen – und im besten Fall auch beigelegt werden.

Die Beiträge dieser Tagung haben auch gezeigt, dass das Verständnis von Zivilgesellschaft wandelbar ist – und dass es sich wandelt. Das gilt für die normativen Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement, das gilt aber auch für die Grenzziehungen zu Staat und Wirtschaft. Dabei zeigt sich, dass Abgrenzungen immer wieder in Frage gestellt, verändert und aufgehoben werden. Am Beispiel der Gewerkschaften und Kirchen wird dies besonders deutlich. Beide finden sich in der oben genannten Umschreibung (»Flüchtlingshelfer, Protestversammler, politische Aktivisten, Umweltschützer«) nicht wieder. Aber Wolfgang Schröder betont in seinem Beitrag, dass die deutschen Gewerkschaften sich immer auch als gesellschaftspolitischer Akteur verstanden haben, wengleich sich der Stellenwert gesellschaftspolitischer Ziele und Aktivitäten für sie im Laufe der Zeit verändert hat. Die Frage ist dann nicht mehr, ob die Gewerkschaften Teil der Zivilgesellschaft sind, sondern in welchem Maße sie dies sind – und diese Frage muss wohl für die jeweiligen Entwicklungsphasen der Bundesrepublik unterschiedlich beantwortet werden. Ähnliches gilt für die Kirchen, die sich im Spannungsfeld zwischen seelsorgerischen Aufgaben und gesellschaftspolitischer Verantwortung befinden. Die Kirchen mussten sich stets in diesem Spannungsfeld positionieren, und Thomas Röbbke argumentiert in seinem Beitrag, dass sie derzeit vor der Entscheidung stehen, ob und wie sie sich neu positionieren. All das legt nahe, nicht nur von der Zivilgesellschaft als einer mehr oder weniger festen Größe zu sprechen, sondern auch von *Zivilgesellschaftlichkeit* als einer Variablen, deren Umfang und Zusammensetzung sich ändert – und die von den Akteuren und Organisationen selbst (durchaus strategisch) verändert werden kann.

2. Wie entwickelt sich die Zivilgesellschaft in Deutschland?

Nicht nur das Verständnis von Zivilgesellschaft wandelt sich, auch die Zivilgesellschaft selbst. Im Folgenden werde ich die wichtigsten Entwicklungslinien dieses Wandels in Deutschland kurz beschreiben. Diese Entwicklungen stehen im Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Zu deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft gab – und gibt es noch immer – ganz unterschiedliche Erwartungen. Auf der einen Seite steht die insbesondere von Ronald Inglehart (1998) formulierte Theorie des gesell-

schaftlichen Wertewandels, aus der sich eine optimistische Prognose über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ableiten lässt. In der post-industriellen Wohlstandsgesellschaft, so die Annahme, gewinnen immaterielle Werte wie die individuelle Selbstverwirklichung an Bedeutung, die unter anderem im Wunsch nach größerer politischer Beteiligung ihren Ausdruck finden. Davon profitieren aber nicht in erster Linie die etablierten Parteien und Großorganisationen, sondern vor allem neue soziale Bewegungen, wie sie Dieter Rucht in seinem Vortrag beschreibt. Politische Soziologen und Bewegungsforscher wie Friedhelm Neidhart und Dieter Rucht haben die Bundesrepublik vor diesem Hintergrund auf dem Weg zur »Bewegungsgesellschaft« gesehen (vgl. Neidhart/ Rucht 1993), zu einer »aktiven Gesellschaft« (Etzioni), die sich nicht nur durch ein insgesamt höheres Engagementniveau auszeichnet, sondern auch durch neue, offenere Beteiligungsformen. Die Gegenthese hierzu formulierte der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Putnam, dessen Arbeiten die Zivilgesellschaftsforschung in den vergangenen zwanzig Jahren stark beeinflusst haben. Er behauptet in einer zuerst 1995 als Aufsatz erschienenen Arbeit, dass die amerikanische Gesellschaft auf dem Weg zur Individualisierung sei. Dies zeige sich nicht zuletzt daran, dass die Bürger immer weniger in Gemeinschaft mit anderen aktiv seien und zunehmend alleine handelten: »Bowling Alone« (Putnam 1995). In diese Richtung argumentieren auch neuere soziologische Theorien, die den »Verlust des Allgemeinen« und die Überbetonung von »Singularitäten« in unserer Gesellschaft behaupten (vgl. Reckwitz 2018). »Bewegungsgesellschaft« oder »Bowling Alone« – dies scheinen, zugespitzt formuliert, die Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft auch in Deutschland zu sein.

Diese kontroversen Erwartungen waren ein wichtiges Motiv dafür, die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland kontinuierlich und systematisch zu erfassen und zu vermessen. Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland war in den vergangenen zwanzig Jahren Gegenstand mehrerer Umfragen und Erhebungen, beginnend mit dem ersten Freiwilligen-Survey aus dem Jahr 1999, der seither in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Hinzu kommen die Engagementberichte des Bundesfamilienministeriums (zuletzt: Klie/ Klie 2018); die Erhebungen des Stifterverbandes, Umfragen wie die des Allensbacher Instituts für Demoskopie – um nur die wichtigsten zu nennen. Die Befunde sind bekannt und wurden auf dieser Tagung be-

reits in mehreren Beiträgen vorgestellt. Bei allen Unterschieden im Detail zeigen diese Studien einhellig, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland sehr aktiv ist, dass das bürgerschaftliche Engagement stark ausgeprägt ist. Zugespitzt formuliert kann man sagen, dass in Deutschland jeder zweite Bundesbürger auf die eine oder andere Weise aktiv ist. Der letzte Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2014 hat daraus den Schluss gezogen, dass sich in Deutschland heute mehr Personen freiwillig oder ehrenamtlich engagieren als jemals zuvor (Simonson et al. 2017).

Ist das so? Der Blick in die ältere soziologische Literatur lässt Zweifel an solchen Aussagen aufkommen. Die Bundesrepublik Deutschland war schon in den Nachkriegsjahren eine »organisierte Gesellschaft«. Die Mitgliederstärke der Kirchen und Gewerkschaften, aber auch der großen »Volksparteien« – die damals noch beides waren: groß und »Volksparteien« – belegen dies eindrucksvoll. Renate Mayntz kam in ihrem erstmals 1963 erschienen Buch »Soziologie der Organisation«, dem Klassiker der Organisationssoziologie in Deutschland, zu dem Ergebnis, dass in den 1950er Jahren »etwas über die Hälfte der Erwachsenen Mitglieder von freiwilligen Vereinigungen und Verbänden (sind), und zwar nicht selten von mehreren zugleich« (Mayntz 1963, S. 8).

Dies legt die Vermutung nahe, dass es nicht der Gesamtumfang der Beteiligung ist, der sich verändert hat, sondern die Form und Intensität des Engagements. Wir haben bereits viele Facetten dieses Wandels kennengelernt. Auf drei Aspekte möchte ich im Folgenden ausführlicher eingehen: Erstens den Strukturwandel, also den Wandel der Organisations- und Engagementformen, in dem sich die Zivilgesellschaft seit geraumer Zeit befindet; zweitens den Aktivierungsschub, den die Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren erfahren hat; und drittens die zunehmende Politisierung von Zivilgesellschaft. Diese drei Aspekte – Strukturwandel, Aktivierung und Politisierung – prägen zusammen die Entwicklung und die Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft in Deutschland. Ich werde jeden dieser drei Punkte kurz erläutern.

Die Zivilgesellschaft wandelt sich!

Die Veränderungen innerhalb der Zivilgesellschaft sind ein zentrales – und höchst kontrovers diskutiertes – Thema der Zivilgesellschaftsforschung. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass sich die assoziativen Grundlagen unserer Gesellschaft grundlegend verändern. Dieser Wandel von Zivil-

gesellschaft hat viele Facetten. Er reicht vom Vereinswesen über die soziale Bewegungslandschaft bis hin zu den politischen Parteien. Am bekanntesten ist der Bedeutungs- und Mitgliederverlust von großen Organisationen. Das betrifft die Volksparteien, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände. Für die Gewerkschaften finden sich im Beitrag von Wolfgang Schröder die entsprechenden Zahlen.

Für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland hat die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« den Wandel der Engagementformen bereits im Jahr 2002 detailliert aufgezeigt (vgl. Enquete-Kommission 2002). Die vorliegenden Befunde zeigen, dass das bürgerschaftliche Engagement zwar insgesamt zugenommen hat, dass sich aber gleichzeitig sein Tätigkeitsspektrum und seine Organisationsformen gewandelt haben. Feste, dauerhafte Bindungen an Vereine, Verbände und Parteien verlieren an Bedeutung, während sich neue, flexiblere Formen des Engagements entwickeln.

Da wir an diesem Wochenende das Jubiläum eines Vereins feiern, möchte ich das am Beispiel der Vereine und der Veränderung der Vereinslandschaft veranschaulichen. Die Vereine sind noch immer die stärkste Säule der Zivilgesellschaft in Deutschland. Die Hälfte des Engagements findet in Vereinen statt. Wir haben in Deutschland über 600.000 Vereine und der Stifterverband erfasst ihren Bestand und ihre Entwicklung systematisch. In seinem letzten Bericht aus dem Jahr 2017 kommt er zu dem Ergebnis: »Kulturpessimisten zum Trotz: Nach wie vor werden neue Vereine, Stiftungen und andere Organisationen gegründet. Die Zahl der in den Vereinsregistern eingetragenen Vereine ist von 2012 bis 2016 um knapp 23.600 auf rund 604.000 gestiegen« (Priemer et al. 2017, S. 10). Das ist die gute Nachricht. Wenn man sich aber die Entwicklung der Vereinslandschaft genauer anschaut, dann zeigt sich noch ein anderes Bild: Die Zahl der jährlich neu gegründeten Vereine nimmt kontinuierlich ab (von 22.042 im Jahr 1995 auf 15.084 im Jahr 2013), während die Zahl der jährlich aufgelösten Vereine kontinuierlich ansteigt (von 4.448 im Jahr 1995 auf 10.512 im Jahr 2013) (vgl. Priemer et al. 2017: S. 8). Man muss kein »Kulturpessimist« sein, um zu erwarten, dass sich diese beiden Entwicklungslinien bald treffen und überschneiden werden – wenn sie es nicht schon längst getan haben. Kurz gesagt: Die Daten des Stifterverbandes belegen nicht nur die große Vitalität der Zivilgesellschaft, sie lassen auch befürchten, dass uns schon im kommenden Jahrzehnt

eine Debatte über das Vereinssterben in Deutschland bevorsteht. Hinzu kommt, dass sich auch die Funktionen von Vereinen, insbesondere für ihre Mitglieder, verändert haben. Der Stifterverband hat die Vereine auch nach Organisationstypen unterschieden und ihre relative Bedeutung über Zeit erfasst. Dabei ist auffällig, dass im Zeitverlauf der Anteil von Organisationen, die sich als fördernde Themenanwälte oder als reine Förderorganisationen verstehen, ansteigt, während der Anteil der sogenannten »Integrierer«, also von gemeinschaftsorientierten Vereinen, stark zurückgegangen ist (vgl. Priemer et al. 2017, S. 21). Ich würde davon ausgehen, dass die Evangelische Akademie Tutzing gut beurteilen kann, welchen Unterschied es macht, ob sie einen »Förderverein« hat, oder einen »Freundeskreis«, der sich als »Gemeinschaft Gleichgesinnter« versteht und ihren Bildungsauftrag aktiv unterstützt.

Aktivierung der Zivilgesellschaft

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Deutschland war in den vergangenen Jahren auch geprägt durch eine Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements in den verschiedensten Formen und wenn man den Umfragen glaubt, besteht auch noch ein erhebliches Aktivierungspotential.

Ein wichtiger Aspekt dieser Aktivierung sind neue Protestbewegungen. In Deutschland ist eine neue Protestlandschaft entstanden, die viele Gesichter, vor allem neue Gesichter, hat. Hans Vorländer sprach in seinem Beitrag über Pegida, den neuen Rechtspopulismus und den Protest gegen Einwanderung in Deutschland. Das ist eine Facette dieser neuen Protestbewegungen. Aber: Vor Pegida gab es bereits die »Wutbürger«, das, was Gassert (2018) den »Aufstand der Ausgebildeten« nennt, und die Proteste gegen »Stuttgart 21«. Ein weiteres Gesicht sind die neuen Umweltproteste. Auch diese Umweltproteste haben zwei Seiten. Zu ihnen gehören natürlich die Schülerproteste von »Fridays for Future«, die in diesem Jahr gerade in Deutschland große mediale Aufmerksamkeit gefunden haben; dazu gehören aber auch die Proteste gegen Dieselfahrverbote und die Demonstrationen von Landwirten gegen stärkere Umweltauflagen.

Besonders deutlich hat sich das große Engagementpotential in Deutschland in der sogenannten Flüchtlingskrise gezeigt. Das nach 2015 entstandene bürgerschaftliche Engagement gilt als »Sternstunde für die Zivilgesellschaft« (Schiffauer et al. 2017, S. 29) in Deutschland. Inzwischen liegen zahlreiche Studien vor, die die große Be-

deutung der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen durch die Ankunft einer großen Zahl von Geflüchteten, ihre Unterbringung und Betreuung dokumentieren und die die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Initiativen, die organisationale Vielfalt lokaler Aktivitäten, die Motivation der Beteiligten und das Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure untersuchen (Schiffauer et al. 2017; BMFSFJ 2017). Julia Poweleit hat dies in ihrem Beitrag am Beispiel von »Asyl im Oberland« sehr anschaulich beschrieben.

Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat der Zivilgesellschaft einen starken Aktivierungsschub gegeben. In der Flüchtlingsbewegung haben 25% der Bundesbürger aktiv Hilfe geleistet, Schiffauer spricht in diesem Zusammenhang von einer »neuen Bürgerbewegung«. Wie eine vom BMBFSJ beauftragte und vom Allensbach-Institut durchgeführte Studie zeigt, gehörten 21 Prozent derer, die zwischen 2015 und 2017 in der Flüchtlingshilfe aktiv waren, vor 2015 weder zu Spender*innen, noch zu Aktiven in zivilgesellschaftlichem Engagement (BMFSFJ 2017). Das ist enorm viel. Die spannende Frage für uns ist natürlich, was davon bleibt, wie nachhaltig dieses Engagement für die Zivilgesellschaft ist und welche längerfristigen Auswirkungen diese Aktivierung hat.

Politisierung der Zivilgesellschaft

Wir wissen bereits seit geraumer Zeit, dass in den westlichen Demokratien ein grundlegender Wandel der politischen Konfliktstrukturen stattfindet. Dieser Wandel wurde ausgelöst durch Prozesse der gesellschaftlichen »Denationalisierung« in ihren verschiedenen Dimensionen: ökonomisch, politisch und sozio-kulturell; konkret: durch die Folgen globaler wirtschaftlicher Verflechtung, supranationaler Integration und transnationaler Migration. Dadurch ist ein neuer struktureller Konflikt zwischen neuen Gruppen von »Gewinnern« und »Verlierern« entstanden. In diesem Konflikt geht es um Integration oder Abgrenzung, um Öffnung oder Schließung – von Märkten, von politischen Systemen und von sozialen Gemeinschaften. Für diese Konflikte waren bislang vor allem zwei Themen konstitutiv: Einwanderung und Europa. Diese Themen waren schon in den 1990er Jahren konfliktträchtig, durch die Eurokrise und die Flüchtlingskrise hat ihre politische Sprengkraft jedoch erheblich zugenommen. Durch diese neuen Konflikte ändern sich die Grundkoordinaten der Politik. Mit dem alten Links-/Rechts-Schema, das überwiegend die sozio-ökonomischen Konflikte der kapitalisti-

schen Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts abbildet, sind wir nicht in der Lage, die neuen kulturell-identitären Konflikte angemessen politisch zu verorten. Durch diese Konflikte ist ein zweidimensionaler politischer Raum entstanden, in dem die Unterscheidung von links und rechts ihre Aussagekraft verliert. In den vergangenen Jahren waren wir alle Zeugen der politischen Orientierungslosigkeit, die daraus resultiert (vgl. Grande 2018).

Für mein Thema wichtig ist, dass sich diese neuen Konflikte nicht nur auf das Parteiensystem auswirken, sondern in die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt hineinwirken. Dies hat zu einer *Politisierung der Zivilgesellschaft* geführt und diese Politisierung ist ein wichtiger und in Deutschland bislang unterschätzter Aspekt des Wandels der Zivilgesellschaft. Bei genauerer Betrachtung können wir mehrere *Muster und Kanäle der Politisierung der Zivilgesellschaft* unterscheiden:

- das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Vereinigungen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen (z.B. Menschenrechte, Flüchtlingshilfe). Die zahlreichen Helfervereine, die im Zuge der Flüchtlingskrise in Deutschland entstanden, sind das beste Beispiel hierfür;
- das Entstehen neuer sozialer Bewegungen »von rechts« zu den neuen Konfliktthemen (z.B. Pegida). Es gibt in Deutschland inzwischen zahlreiche Organisationen und Gruppierungen, durch die sich der Rechtspopulismus »als soziale Bewegung« (Rucht 2017) konstituiert und zu den neuen Konfliktthemen in der Zivilgesellschaft mobilisiert;
- die Politisierung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereinigungen (z.B. Freizeitvereine) durch das gezielte Hineintragen neuer Konflikte (insb. durch die AfD und deren Bestrebungen um eine stärkere »Verankerung in der Gesellschaft«) in die Zivilgesellschaft, aber auch in Schulen und Betriebe;
- die Gegenmobilisierung gegen radikalen rechten Populismus. Die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen treffen zunehmend auf politischen Widerstand und folgen dem bekannten Muster von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, beispielhaft zuletzt in Chemnitz und Kandel.

Bei all dem zeigt sich, dass das zivilgesellschaftliche Engagement auch seine Schattenseiten hat.

Offensichtlich sind auch die freiwilligen zivilgesellschaftlichen Assoziationen geprägt durch die in einer Gesellschaft dominierenden politischen Konflikte. Insgesamt heißt das, dass die Zivilgesellschaft in zunehmendem Maß der Gefahr von Polarisierungen und Spaltungen ausgesetzt ist.

3. Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft in Deutschland?

In der Gesamtschau zeigen die vorliegenden Studien, dass wir in Deutschland eine sehr aktive und vielfältige Zivilgesellschaft besitzen, die ein großes Aktivierungspotential hat. Das ist die gute Nachricht. Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, dass sich die Zivilgesellschaft im Wandel befindet. Ihre Organisation und ihre Handlungsformen haben sich stark verändert. Und daraus folgt, so paradox es klingen mag: Die Zivilgesellschaft muss sich wandeln. Drei Aspekte scheinen mir dabei besonders wichtig zu sein:

Der Wandel der Zivilgesellschaft und das Problem der Beständigkeit

Die erste Herausforderung, vor der die Zivilgesellschaft steht, ist das Problem der Beständigkeit, das sich aus dem von mir beschriebenen Wandel ihrer Organisations- und Handlungsformen ergibt. Im Kern geht es um die Frage, wie in einer sich ständig wandelnden Welt von zivilgesellschaftlichen Initiativen Beständigkeit und nachhaltige Wirkung erreicht werden kann? Dieses Problem der Beständigkeit betrifft alte und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wenngleich auf unterschiedliche Weise. Besonders offensichtlich ist es bei der nahezu unüberschaubaren Vielzahl neuer Initiativen und Projekte. Die geringere Formalisierung von projektorientierten Engagementformen hat den großen Vorteil der Spontaneität und Flexibilität. Sie trägt ganz wesentlich zur Vitalität der Zivilgesellschaft bei. Aber das bringt auch das Problem der fehlenden Beständigkeit mit sich. Viele Projekte und Initiativen sind gar nicht auf längere Zeit ausgelegt, und vielen anderen fehlen die Ressourcen dafür. Sie sind stark abhängig vom Engagement Einzelner und der zeitlich befristeten Projektförderung. Ein nachhaltiger Aufbau neuen sozialen Kapitals ist auf diese Weise nur schwer, wenn überhaupt möglich.

Vor diesem Hintergrund hat der damalige baden-württembergische Sozialminister Andreas Renner den Schluss gezogen: »Vereine sind besser als kurzfristiges Engagement«. »In der praktischen Arbeit einer Kommune und einer kommunalen Verwaltung sind (...) die Vereine wesentlich

wichtigere Ansprech- und Kooperationspartner als eher kurzfristig angelegte Aktionen und Initiativen, da nur Vereine Beständigkeit über längere Zeiträume hinweg garantieren können« (Renner 2001, S. 185).

Aber das Problem der Beständigkeit betrifft, wie wir gesehen haben, auch die Vereine. In ihrem Fall zeigt es sich an der Schwierigkeit, junge Mitglieder zu rekrutieren und an der abnehmenden Bereitschaft, Ehrenämter zu übernehmen. Wenn sie nicht aussterben wollen, dann müssen sich an veränderte Bedingungen anpassen und neu positionieren. Thomas Röpke hat das am Beispiel der Kirchen in seinem Beitrag prägnant formuliert. Konkret heißt das: Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen ihre Zielsetzungen überdenken, ihre Organisationsstrukturen, ihre Tätigkeitsschwerpunkte, ihre Kommunikationsformen (Internetpräsenz, Soziale Medien).

Die Stärkung der Beständigkeit der Zivilgesellschaft muss folglich an beiden Seiten ansetzen. Auf der einen Seite müssen wir sicherstellen, dass bestehende Vereine erhalten bleiben. Gleichzeitig müssen aber auch neue Initiativen und Projekte so unterstützt werden, dass ihre Beständigkeit größer wird. Wir müssen erreichen, dass die neue Welt der Initiativen und Projekte, die ein immer wichtigerer Teil der Zivilgesellschaft geworden ist, auch tatsächlich ein verlässlicher Ansprech- und Kooperationspartner von Akademien, Kommunen, Verwaltungen usw. ist.

Wandel der gesellschaftlichen Handlungsbedingungen

Die zweite Herausforderung, vor der die Zivilgesellschaft steht, ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Wandel. Unsere Gesellschaft wird zunehmend geprägt durch den demographischen Wandel, die zunehmende soziale Ungleichheit und durch Migrationsprozesse. Zugespielt formuliert: Sie wird älter, ungleicher und diverser. Das ist eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, es ist aber auch eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Ich möchte hier nur auf ein Problem eingehen, das sich in diesem Zusammenhang für die Zivilgesellschaft stellt, das Problem der Inklusion und Integration.

Zivilgesellschaft ist ihrem Anspruch nach universell: Jeder kann dazugehören. In der Realität ist sie aber exklusiv und selektiv (Kocka 2001). Der letzte Freiwilligen-Survey aus dem Jahr 2014 zeigt dies für Deutschland sehr deutlich (vgl. Simonson

et al. 2017; zum Folgenden vgl. zusammenfassend S. 21-27). Er kommt zu dem Ergebnis, dass:

- Bürger mit höherer Bildung und höherem Einkommen sich überdurchschnittlich engagieren;
- ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle im Engagement besteht. Die Engagementquote beträgt in Westdeutschland 44,8 Prozent, in Ostdeutschland nur 38,5 Prozent;
- es ein deutliches Stadt-Land-Gefälle gibt: Das Engagement ist in ländlichen Kreisen höher als in städtischen Regionen; besonders niedrig ist es in Großstädten;
- es ein regionales Gefälle zwischen Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosigkeit gibt;
- Bürger mit Migrationshintergrund sich unterdurchschnittlich engagieren. Das gilt insbesondere für Menschen mit eigener Migrationserfahrung.

Die Zivilgesellschaft ist also alles andere als ein Spiegel der Gesellschaft. Die Frage ist dann: Wie können wir Zivilgesellschaft inklusiver machen? Wie können wir erreichen, dass durch bürgerschaftliches Engagement die vorhandenen Ungleichheiten und Spaltungen in unserer Gesellschaft verringert und nicht vergrößert werden?

Die Frage ist aber auch: Wie können wir Zivilgesellschaft integrativer machen? Wenn Spaltungen und Polarisierungen zunehmen, dann kommt es darauf an, Brücken zu bauen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus. Deswegen ist eine ganz entscheidende Frage, wie innerhalb der Zivilgesellschaft Brücken gebaut werden können, um Spaltungen und Polarisierungen zu vermeiden und was die Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, um solche Spaltungen und Polarisierungen abzubauen und abzuschwächen. Zugespielt formuliert: Die Integrationskraft der Zivilgesellschaft muss gestärkt werden.

Veränderte Handlungsräume und Handlungsbedingungen für Zivilgesellschaft

Die dritte Herausforderung resultiert aus dem Wandel der Handlungsräume von Zivilgesellschaft. Drei Aspekte sind aus meiner Sicht hierbei von besonderer Bedeutung: die rechtlichen und politischen Handlungsbedingungen, die territoria-

len Handlungsräume und die Veränderungen in der Medienlandschaft.

Zunächst: Wir haben in der Zivilgesellschaftsforschung eine intensive Debatte über »shrinking spaces«, über die schrumpfenden Handlungsräume von Zivilgesellschaft. Das ist ein globaler Trend: Weltweit schrumpfen die Handlungsräume von Zivilgesellschaft, werden die Handlungsbedingungen für Zivilgesellschaft schlechter (vgl. Richter 2018). Ungarn ist in Europa sicherlich das prominenteste Beispiel. Jetzt ist Deutschland nicht Ungarn, aber die Entwicklungen in diesen Ländern sind für uns ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Zivilgesellschaft abhängig ist von entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen; und dass wir diese politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen nicht selbstverständlich voraussetzen können. In Deutschland hat das Attac-Urteil des Bundesfinanzhofs große Wellen geschlagen. Mit diesem Urteil wurde einer globalisierungskritischen zivilgesellschaftlichen Organisation der Status der Gemeinnützigkeit entzogen – und damit ihre Handlungsbedingungen erheblich geschwächt. Die »Tagesschau« fragte nach diesem Urteil: Ist die »Freiheit der Zivilgesellschaft in Gefahr?« (tagesschau.de vom 1.4.2019). Dieses Urteil steht in einer Reihe mit anderen Debatten, die alle in die gleiche Richtung weisen. Die Kontroverse um die Deutsche Umwelthilfe ist ein weiteres Beispiel. Die CDU hat im Dezember 2018 auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, dass die Deutsche Umwelthilfe keine öffentlichen Fördermittel mehr bekommen soll. Die Botschaft, die von solchen Entscheidungen ausgeht, ist recht einfach zu verstehen: Wenn die Zivilgesellschaft etwas will, was uns nicht passt, dann drehen wir ihr den Geldhahn zu! Wir sollten also sensibilisiert sein für solche Entwicklungen und Möglichkeiten. Wenn es um grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte geht, wenn diese Konflikte in der Zivilgesellschaft ausgetragen werden, und wenn die Zivilgesellschaft ein Schlüsselakteur in solchen Konflikten ist, dann müssen wir auch damit rechnen, dass die Zivilgesellschaft, ihre Handlungsräume und Handlungsbedingungen, auf die eine oder andere Weise Gegenstand von politischen Angriffen wird.

Gleichzeitig erweitern sich die Handlungsräume von Zivilgesellschaft aber auch. Europa ist ein ganz wichtiger Teil dieser Erweiterung. So wichtig ihre lokale Verankerung ist, die Zivilgesellschaft muss sich auch in diesen neuen transnationalen Handlungsräumen vernetzen und positionieren. Sie ist zunehmend zu einem Spagat zwi-

schen der Beteiligung an europäischen Politikprozessen einerseits und ihrer lokalen bzw. nationalen Verankerung gezwungen.

Und schließlich verändert sich der kommunikative Handlungsraum von Zivilgesellschaft. Wir befinden uns mitten in einem neuen Strukturwandel von Öffentlichkeit durch soziale Medien, in dessen Zuge die Reichweite der Kommunikation zwar enorm zugenommen hat, die Kommunikation in »sozialen Netzwerken« aber immer weniger über politische und gesellschaftliche Gruppen hinweg erfolgt. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von grundsätzlichen Fragen. Wie sind denn sogenannte »virtuellen Gemeinschaften«, also Formen von Netzworkebildung, bei denen man lediglich über neue Kommunikationsmedien miteinander verbunden ist, aus Sicht der Zivilgesellschaft einzuordnen? Sind das überhaupt Gemeinschaften? Und wenn ja, sind sie dann Teil von Zivilgesellschaft? Wir wissen natürlich, dass diese neuen Medien auch Mobilisierungschancen mit sich bringen. Neue Protestbewegungen wie »Fridays for Future« wären ohne diese Mobilisierungs- und Kommunikationsmöglichkeiten schwer denkbar. Aber: Man kann mit den neuen sozialen Medien auch viel »zerstören«, nicht nur die CDU.

4. Was kann man tun, um die Zivilgesellschaft in Deutschland zu stärken?

Diese Auflistung erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie macht aber deutlich, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Die Zivilgesellschaft kann nicht davon ausgehen, dass der Handlungsraum, in dem sie sich bewegt, konstant bleibt. Entscheidend ist deshalb zunächst, dass sich die Zivilgesellschaft an diese veränderten Handlungsbedingungen anpassen muss, auf welche Weise auch immer. Bei näherer Betrachtung ist auch erkennbar geworden, dass die Zivilgesellschaft die Bedingungen für ihre Bestands-, Handlungs- und Leistungsfähigkeit nicht selbst schaffen und garantieren kann. Was für den Staat gilt, das gilt auch für die Zivilgesellschaft. Daraus folgt aus meiner Sicht, dass die Zivilgesellschaft Unterstützung benötigt, um die von mir skizzierten Herausforderungen bewältigen zu können. Eine lebendige Zivilgesellschaft benötigt eine aktive Engagementpolitik zur gezielten Förderung nachhaltigen bürgerschaftlichen Engagements.

Was genau könnte man nun aber tun, um die Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen, vor denen sie steht, zu unterstützen? Ich möchte abschließend einige Vorschläge

einer Expertenkommission – der Kommission »Sicherheit im Wandel« – präsentieren, in der ich im vergangenen Jahr als stellvertretender Vorsitzender mitgearbeitet habe. Diese Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, wie man den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland stärken kann. Sie hat sich in diesem Zusammenhang auch ausführlich mit der Zivilgesellschaft beschäftigt, weil sie davon ausgegangen ist, dass die Zivilgesellschaft der »Zement der Gesellschaft« (Diani 2015) ist. Die Kommission diskutierte eine ganze Reihe von Vorschlägen, von denen sich einige in ihrem Abschlussbericht wiederfinden (vgl. Zentrum Liberale Moderne 2019).

Die Kommission war sich einig, dass ein wichtiger Ansatzpunkt für die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement in den Schulen liegt. Auch Engagement kann und muss gelernt werden und Schulen werden immer wichtiger als Orte für das Engagementlernen. Ein erster Vorschlag betrifft deshalb den Ausbau und die stärkere Förderung schulischer Projekte zum sogenannten »Service Learning«. In solchen Projekten geht es um das Erlernen von bürgerschaftlichem Engagement als Teil schulischer Aktivitäten. Andere Möglichkeiten sind »Kohäsionsprojekte«, in denen Jugendliche aus allen sozialen Schichten schulübergreifend in sozialen Projekten zusammenarbeiten. In beiden Fällen sollte das Engagement in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen, Initiativen und Projekten stattfinden. Auf diese Weise kann zum einen in Zusammenarbeit von Schulen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation Engagement gelernt werden, zum anderen können aber auch die Brücken geschlagen werden zu den lokalen Vereinen und Initiativen, und so die organisierte Zivilgesellschaft besser vernetzt und gestärkt werden.

Der zweite Vorschlag betrifft den Ausbau von Freiwilligendiensten für Jugendliche zu einer verbindlicheren Form des Engagements. Derzeit wird in Deutschland ja die Einführung eines »sozialen Pflichtjahres« diskutiert, das an die Stelle der abgeschafften Wehrpflicht treten könnte. Die Kommission ist diesem Vorschlag nicht gefolgt. Sie war sich einig, dass Freiwilligkeit ein wichtiger Aspekt des Engagements bleiben sollte. Ich persönlich bin jedoch der Auffassung, dass es eine neue, erweiterte Struktur von freiwilligem Engagement mit größerer Verbindlichkeit für junge Menschen geben muss. Entscheidend sollten dabei ein hohes Maß an Freiwilligkeit und Flexibilität auf der einen Seite, die Einbindung in bestehende Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements andererseits, sein. Wichtig hierbei

ist, dass die Gesellschaft die klare Erwartung formuliert: Wir wollen, dass du etwas für die Gesellschaft tust. Du darfst selbst entscheiden, wie du das machst, aber Nichtstun ist keine akzeptable Option.

Der dritte Vorschlag versucht Antworten auf die Frage zu geben, wie man dem drohenden Vereinssterben entgegenwirken kann. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierbei ist die Förderung von professionellen Strukturen in den Gemeinden – nicht als Ersatz für ehrenamtliches Engagement, sondern zur Unterstützung von Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen. In den kommunalen Verwaltungen muss es eine verlässliche professionelle Unterstützung für die Zivilgesellschaft geben. Zugespielt formuliert: Wir brauchen auf kommunaler Ebene Stellen für die Förderung und Unterstützung von Zivilgesellschaft und die Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Das ist genauso wichtig wie die Wirtschafts- und Standortförderung. Hierzu gibt es in zahlreichen Städten und Gemeinden bereits Aktivitäten und Initiativen, aber die Notwendigkeit der Förderung der Zivilgesellschaft ist im öffentlichen Bewusstsein und in den öffentlichen Verwaltungen noch bei weitem nicht so stark verankert, wie dies notwendig wäre. Um das zu erkennen, genügt der Blick auf die Organisationspläne der Gemeinde- und Stadtverwaltungen.

Gleichzeitig müssen wir uns Gedanken über die nachhaltige Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten machen. Das betrifft insbesondere die neue Form von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten, die sich nicht über Mitgliedsbeiträge finanzieren können und die in stärkerem Maße abhängig von staatlichen Zuwendungen sind. Diese staatlichen Zuwendungen kommen vielfach aus zeitlich befristeten Förderprogrammen, es gibt zumeist keine auf Nachhaltigkeit angelegte Finanzierung. Für Projekte und Initiativen, die nur für begrenzte Zeit geplant sind, ist das kein Problem. Am Beispiel der Helferprojekte und -initiativen im Bereich der Geflüchtetenhilfe zeigt sich aber gerade, dass zwei- bis dreijährige Förderphasen unzureichend sind und dass nicht wenige dieser Initiativen und Projekte nicht wissen, wie es am Ende des Jahres weitergeht. Das ist ein strukturelles Problem dieser Art von Initiativen, die auf der einen Seite großen Wert auf ihre Unabhängigkeit vom Staat legen, die auf der anderen Seite aber eben doch immer wieder abhängig sind von öffentlichen Mitteln. In diesem Zusammenhang wäre aus meiner Sicht die Einrichtung einer Engagementstiftung wichtig, um so eine dauerhafte

Finanzierungsquelle für die Zivilgesellschaft zu schaffen, die unabhängig ist von den jährlichen Haushalten von Ministerien und ihren befristeten Förderprogrammen ist. Die Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die das Bundeskabinett im September 2019 zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere in den strukturschwachen und ländlichen Räumen beschlossen hat, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die bessere Verzahnung von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wir hatten in Deutschland in den 1990er Jahren eine Debatte über die bezahlte Bürgerarbeit, in der versucht wurde, neue Arbeitskonzepte für die »post-industrielle Gesellschaft« zu entwickeln. Inzwischen wurden gute Gründe gegen die Einführung einer solchen bezahlten Bürgerarbeit vorgebracht, gerade auch aus der Zivilgesellschaft selbst. Aber die Grundfrage dieser Debatte bleibt weiterhin aktuell und wichtig: Wie können wir die Durchlässigkeit zwischen der Arbeitswelt auf der einen Seite und dem ehrenamtlichen Engagement auf der anderen Seite verbessern, wenn die Arbeitswelt flexibler wird, und wenn gleichzeitig die ehrenamtlichen Tätigkeiten umfangreicher und anspruchsvoller werden. Eine Lösung wäre die Einführung eines bezahlten »Engagementurlaubs«. Auf diese Weise würde es berufstätigen Menschen möglich, zeitweilig in größerem Umfang gemeinnützige Aufgaben zu übernehmen. Eine weitere Möglichkeit wäre die Förderung von Pro-Bono-Aktivitäten von Mitarbeitern durch die Unternehmen. Davon würde im Übrigen nicht nur die Zivilgesellschaft profitieren; die von Mitarbeitern im Rahmen ihrer sozialen und kulturellen Tätigkeiten gesammelten Erfahrungen könnten auch den Unternehmen zu Gute kommen. Beide Beispiele zeigen auch: Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, dabei sind auch die Unternehmen gefordert.

Schließlich kann das bürgerschaftliche Engagement durch die Einrichtung von neuen Dialog- und Beteiligungsformaten, vor allem in den Kommunen, gestärkt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement setzt ja nicht nur die Bereitschaft der Bürger zum Engagement voraus, sondern auch geeignete Gelegenheiten und Freiräume für Beteiligung. Inzwischen gibt es auf lokaler Ebene eine Vielzahl von Initiativen, um Bürger zu aktivieren und zu motivieren, und ihre Ideen in Bürgerdialogen, Bürgerforen und anderem mehr zu artikulieren. Die Kommunen haben sich in den letzten Jahren zu spannenden Experimentierfeldern für

neue Formen der demokratischen Beteiligung entwickelt. Angesichts der zunehmenden Spaltungen in unserer Gesellschaft sollte bei der Förderung der Engagementbereitschaft der Bürger das Bauen von Brücken zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und die Verbesserung der Dialogfähigkeit und -bereitschaft eine zentrale Rolle spielen. Besonders wichtig scheinen mir jedoch Projekte, in denen es nicht nur um das »Mitreden« geht, und in deren Mittelpunkt das »gemeinsame Machen« steht, wie dies in der nachbarschaftlichen Selbsthilfe, in Bürgergenossenschaften, Dorfläden etc. der Fall ist. Auch solche Projekte bedürfen vielfach der öffentlichen Förderung, wie sie zum Beispiel das neue »Impulsprogramm gesellschaftlicher Zusammenhalt« des Landes Baden-Württemberg zur Verfügung stellt.

Sie sehen, es gibt viele Möglichkeiten, wie man die Zivilgesellschaft fördern und stärken kann. Diese Tagung hat gezeigt, dass die Zivilgesellschaft in der Geschichte der Bundesrepublik wichtig und notwendig war. Jetzt kommt es darauf an, dass wir etwas tun, damit sie auch in Zukunft das leisten kann, was wir von ihr erwarten.

Literaturhinweise:

Blinkert, Baldo / Klie, Thomas, 2018: Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. In: Klie, Thomas/ Klie, Anne Wiebke (Hrsg.), Engagement und Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS. S. 339-424.

BMFSFJ, 2017: Engagement in der Flüchtlingshilfe – Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Berlin.

Diani, Mario, 2015: The Cement of Society. Studying Networks in Localities. Cambridge: Cambridge University Press.

Enquete-Kommission, 2002: Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900.

Gassert, Philipp, 2018: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart: Kohlhammer.

Grande, Edgar, 2018: Der Wandel politischer Konfliktlinien – Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für Volksparteien. In: Mack, Winfried (Hrsg.), Zwischen Offenheit und Abschottung. Wie die Politik zurück in die Mitte findet, Freiburg/Basel/Wien, S. 17-43.

Inglehart, Ronald, 1998: Modernisierung und Postmodernisierung. Frankfurt a.M.: Campus.

Klie, Thomas / Klie, Anne Wiebke (Hrsg.), 2018: Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS.

Kocka, Jürgen, 2001: Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. In: Kocka, Jürgen / Nolte, Paul / Randeria, Shalini / Reichardt, Sven, Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Berlin: WZB Discussion Papers 01(801), 4-21.

Mayntz, Renate, 1963: Soziologie der Organisation. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Neidhart, Friedhelm / Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft. In: Soziale Welt, Jg. 44, Heft 3, 305-326.

Priemer, Jana / Krimmer, Holger / Labigne, Anaël, 2017. ZiviZ-Survey 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: Stifterverband.

Putnam, Robert D., 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Jg. 6, 65-78.

Reckwitz, Andreas, 2018. Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag Berlin.

Renner, Andreas, 2001: Vereine sind besser als kurzfristiges Engagement. In: Teufel, Erwin (Hrsg.), Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Richter, Thomas, 2018: Weltweit verringerte Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft. In: GIGA FOCUS GLOBAL, Nr. 5, Dezember 2018, S. 1-13.

Rucht, Dieter, 2017: Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 2, S. 34-50.

Schiffauer, Werner / Eilert, Anne / Rudloff, Marlene (Hrsg.) 2017: So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: Transcript.

Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.), 2017: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.

Zentrum Liberale Moderne (Hrsg.), 2019: Abschlussbericht der Kommission »Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderung«. Berlin: Zentrum Liberale Moderne. 

Was trägt Kirche zur zivilgesellschaftlichen Entwicklung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei. Einige Blicke auf ihre Besonderheiten

Von Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE), Nürnberg, und Mitglied des Konvents des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing e.V.

Evangelische Akademie Tutzing, 16. Juni 2019

1. Einleitung

Ich komme aus einem Feld des zivilgesellschaftlichen Engagements, das sich in den letzten drei Jahrzehnten eher außerhalb der Kirchen konstituiert hat. Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern besteht aus Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Ausländer- und Seniorenbeiräten, Mehrgenerationenhäusern, Selbsthilfegruppen, soziokulturellen Zentren usw. Wir haben natürlich auch gute Arbeitsbeziehungen zur Kirche, vor allem zum Amt für Gemeindedienst in Bayern oder der Evangelischen Fachhochschule in Nürnberg, mit der wir seit Jahren eine gemeinsame Fortbildung zum Freiwilligenmanagement betreiben. Ab und zu finden sich unter unseren Mitgliedsorganisationen auch christliche Einrichtungsträger wie Diakonie und Caritas, aber sie sind doch in der Minderzahl. Wenn man es einmal offen sagen kann: Die Infrastruktureinrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements, die sich in den letzten drei Jahrzehnten gegründet haben, sind von der Kirche doch oft entfernt. Die Evangelische Landeskirche in Bayern war bei dieser Entwicklung eher ein Nachzügler, aber sie bemühte sich dann recht erfolgreich um eine Neuausrichtung ihrer ehrenamtlichen Arbeit, etwa mit einem durch die Landessynode verabschiedeten Ehrenamtsgesetz.

Es hat sich im Bürgerschaftlichen Engagement und in der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren viel verändert. Zivilgesellschaft ist vielfältiger geworden. Man mag das daran ersehen: Wenn der Staat etwa ein Gesetzesvorhaben in den 1950er und 60er Jahren an die Zivilgesellschaft adressieren wollte, dann gab es eben die beiden großen Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, die in Konsultationen einbezogen wurden. Heute ist das anders geworden. Wenn beispielsweise ein Bundesfamilienministerium eine Engagementstrategie entwickelt, sind da am Tisch: Stiftungen, Migrant*innenorganisationen, das BBE, Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen etc. In dieser neuen Vielfalt des Engagements besteht Augenhöhe. Man profitiert voneinander ungeachtet der Größe der Institution. Das ist vielleicht für die großen Kirchen Herausforderung und Chance, sich hier neu zu positionieren. Und sie haben sich auf den Weg gemacht.

Mein Beitrag will dazu die Anknüpfungspunkte identifizieren und danach fragen, was die Kirchen, insbesondere die Evangelisch-Lutherische Kirche, der ich selbst angehöre, aus ihrer besonderen Tradition und ihrem Selbstverständnis, aber auch ihrem steten Ringen um Weiterentwicklung, dazu beitragen können. Ich möchte mich auf vier Punkte konzentrieren, die ich für besonders wichtig halte unter der Fragestellung, was Kirche zur gedeihlichen Zivilgesellschaft beitragen kann.

■ Es geht um die Menschen als Träger des Engagements und ihre besondere Rolle von Haupt- und Ehrenamtlichkeit, aber auch um die Frage nach der Rollenteilung von Priestertum und Gemeinde.

■ Es geht mir um die besondere kirchliche Botschaft, die ich insbesondere im Kern der Nächstenliebe, der Gemeinschaft und einem damit verbundenen Gaben- oder Talentansatz sehe.

■ Es geht um die Kirche als realen Ort des Austausches, der Begegnung, mit seinen Möglichkeiten im sozialen Nahraum.

■ Schließlich geht es um die Rolle einer durch die Aufklärung und den Prozess der Säkularisierung erfolgreich hindurchgegangenen Kirche in den religiösen Anfechtungen des Fundamentalismus und der Schwächung der Demokratie.

2. Rollen im Engagement

Haupt- und Ehrenamt

Das sensible Verhältnis von Haupt- und Ehrenamtlichen in großen gemeinwohlorientierten Organisationen, zu denen die evangelische Kirche

und die unter ihrem Dach versammelten Dienste und Einrichtungen, etwa der Diakonie, zweifellos gehören, beschäftigt die Debatten um das Bürger-schaftliche Engagement seit einigen Jahren. Im Kern, so meine These, geht es gar nicht um eine persönliche Beziehungsebene zwischen zwei Mitarbeitergruppen, sondern um ein strukturelles Problem: Nämlich um eine enorme Spannung zwischen Gemeinwohlorientierung und Marktsituation, Sparvorgaben und Gemeindeauftrag, Verdienstleistung und Geschenkökonomie. Damit ist eine Richtungsentscheidung verbunden, wie sich Kirche weiterentwickeln will. Provokativ und zugespitzt: Möchte sie eher zum großen sozialen Dienstleistungsunternehmen werden, das mögliche Verluste an Steueraufkommen, die in den kommenden Jahren drohen, abfangen kann? Oder will sie ihrem volk-skirchlichen Auftrag (Schleiermacher und Wichern) gerecht werden, der ein offenes Gemeindeleben über die Kirchenmitglieder hinaus propagiert und dadurch vielleicht auch neue Kräfte gewinnt?

Verberuflichung und Ökonomisierung

In den letzten Jahrzehnten konnten wir in der sozialen Arbeit und im Gesundheitsbereich eine massive Verberuflichung erleben. Ausbildungsgänge haben sich akademisiert. Gesetzliche Vorschriften und Finanzierungen, zum Beispiel durch Pflegekassen, wurden zunehmend von nachweisbaren Qualifikationen abhängig gemacht. Soziale Einrichtungen wie die Diakonie stehen zudem unter einem wachsenden Marktdruck. Das hat Konsequenzen für ihre ökonomische Ausrichtung. Sie werden zu Wettbewerbern auf einem Sozialmarkt. Ein Managementfehler in der Führung kann schon das Aus bedeuten.

Diese beiden Entwicklungen von Verberuflichung und Marktdruck haben das Ehrenamt in eine prekäre Situation gedrängt. In Leitungsfunktionen, wo es mit Personal- und Finanzverantwortung verbunden ist, sind die Risiken so groß, dass man sie kaum guten Gewissens einem Ehrenamtlichen zumuten kann. Und in der operativen Arbeit hat es unter der gewachsenen Fachkompetenz keine rechte Funktion. Also bleiben Nischen. Und in diesen Nischen, etwa Fahrdiensten oder Bastelnachmittagen, scheint es an einigen Orten die Tendenz zu geben, Dienstleistungen in Form von Minijobs mit ehrenamtlichen Übungsleiterpauschalen zu kombinieren und damit eine hybride Mischung von Ehrenamt und geringfügiger Beschäftigung zu schaffen (siehe dazu: Diakonisches Werk 2016).

Kirche im engeren Sinne ist von dieser Entwicklung sicher weniger betroffen als die Wohlfahrts-pflege. Aber auch sie steht unter Druck. Gerade da, wo sich mehrere Gemeinden eine Pfarrerin oder einen Pfarrer teilen müssen, wird die Frage gestellt, ob man Arbeiten nicht rationalisieren und auslagern kann. Was gehört nicht alles zu den Aufgaben dazu? Immobilienverwaltung und Gebäudemanagement, die Vorstandstätigkeit im Kindergartenverein, usw. benötigen viel Zeit, die vom seelsorgerischen Auftrag abgeht. So liegt es nahe, diese Bereiche in die Hand von hauptamtlichen Agenturen zu legen, die zum Beispiel die Verwaltung der Gemeindecindergärten in einer größeren Region managen. Die Kindergartenvereine werden dadurch zweifellos entlastet, aber es geschieht noch etwas anderes: Die Angelegenheiten der Kitas werden aus der Ortsmitte hinaus verlagert. Daraus entsteht, gleichsam als Kollateralschaden des Zeitgewinns für Pfarrerin oder Pfarrer, eine weitere Enteignung eines ehrenamtlichen Gremiums.

Im Grunde kann diese Aufgabenverlagerung im Sinn der Ehrenamtlichen sein, die sich durch bürokratische Vorgaben und ein immer komplizierteres Abrechnungswesen belastet und gar überfordert fühlen. Man hätte aber die Frage stellen können, ob der Verlust der freiwilligen Tätigkeitsfelder an einer Stelle nicht zum systematischen Aufbau an einer anderen Stelle hätte genutzt werden können. Beispielsweise zu einer Neuorientierung der Kita als Bildungsort mit ehrenamtlichen Tätigkeitsfeldern, die durch ein verlässliches Freiwilligenmanagement in den Einrichtungen begleitet werden. Aber diese Verknüpfung hat nicht, oder wenigstens nicht auf einer strategischen Ebene, stattgefunden. So gibt es heute manche Vorzeigeeinrichtungen, die Engagierte als Bastelonkel, Fußballtrainer oder Vorlesepatin sinnvoll einsetzen. Die Regel ist es freilich nicht.¹

Auf der persönlichen Beziehungsebene ist alles gut

Trotz dieser strukturellen Spannungen ist es um die persönliche Beziehungsebene zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in der Kirche eigentlich nicht schlecht bestellt.

- In den von Joachim König und Dietmar Maschke veröffentlichten Erhebungsergebnissen zum Bürgerschaftlichen Engagement in der Evangelischen Landeskirche in Bayern zeigt sich ein Superwert: 5,6 von 6 möglichen Punkten bei der Zufriedenheit in der Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen (Amt für Gemeindecindienst / Ulrich Jakubek 2015).

■ Auch der Freiwilligensurvey bestätigt, dass es eigentlich mit dem Bürgerschaftlichen Engagement in der Kirche gut bestellt ist. Das Ehrenamt im Bereich Kirche und Religion wächst – obwohl ja die Mitgliederbasis der beiden großen Kirchen kleiner wird – von 5,3 Prozent 1999 auf 8,5 Prozent 2014. Offenbar treten nicht die ehrenamtlich Engagierten aus, sondern ihre Zahl wächst (BMFSFJ 2016). Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD ermittelte 1,12 Millionen Ehrenamtliche in evangelischen Kirchengemeinden (EKD Statistik 2014). Der Frauenanteil liegt mit 771.329 bei fast 70 Prozent.

■ Die Kirche (13 Prozent) ist nach den Vereinen (52 Prozent) und individuell organisierten Gruppen (16 Prozent) die dritt wichtigste Organisationsform des freiwilligen Engagements (Simonson et al. 2016).

■ Die Zahl der Ehrenamtlichen in der evangelischen Landeskirche Bayern ist von 108.000 (1994) auf 150.000 (2010) gestiegen (Martin 2012). Herz, was willst du mehr!

Diese Erfolge kommen nicht von selbst. Man hat vieles richtig gemacht, obwohl derartige Entwicklungen nie auf einzelne Ursachen zurückzuführen sind. In vielen Landeskirchen wurden Anfang der 2000er Jahre Ehrenamtsgesetze erlassen, die Ansprechpartner auf Dekanats Ebene vorsehen oder ein Recht auf Fortbildung reklamieren. Viele weitere Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement sind seither bewusster gestaltet worden. Beispielsweise haben Aktivitäten des Amtes für Gemeindedienst in Bayern neue Austauschnetzwerke für Ehrenamtliche geknüpft. Gerade im neuen Engagement der Flüchtlingshilfe sind Kirchengemeinden erstaunlich aktiv, aber diese Aktivität beruht auf einem Sockel schon vorher gegebener Engagementbereitschaft. Sie fiel nicht einfach vom Himmel.

Sicher: Man kann immer mehr tun. Man muss es vielleicht auch. Denn Erfolge müssen stets neu erungen werden. Was sind also die Herausforderungen? Beißt sich diese offensichtlich positive Bilanz nicht mit jenen strukturell problematischen Entwicklungen, die ich vorher beschworen hatte. Ich glaube schon. Aber die wirklich gravierenden tektonischen Verschiebungen werden erst noch kommen, wenn die demografischen Veränderungen die Kirche voll erwischen und auch ein jetzt schon absehbarer Einnahmerückgang folgen wird. Wie wird Kirche da reagieren? Wird sie versuchen, mit Ehrenamtlichen ihren Wirkungskreis

zu erhalten oder auszubauen, oder wird sie sich auf ihren professionellen Kern »zurückziehen«? Das muss man jetzt diskutieren, hierzu muss man jetzt die Weichen stellen.

3. Die Botschaft: Gemeindeentwicklung heute und die Renaissance der Nächstenliebe

1950 waren 95 Prozent der Bevölkerung in Deutschland in einer der beiden großen Kirchen. Heute sind es noch knapp 60 Prozent. Die Verankerung als »Volkskirche« nimmt also vermeintlich ab, wenn man Mitgliedschaft zum Maßstab nimmt. Aber vielleicht geht es auch um ein anderes Verständnis von Volkskirche, das durchaus lutherisch ist: Überall ist Gott. Überall gibt es Raum für christliche Nächstenliebe, aber auch politische Einmischung mit christlichen Überzeugungen. Umgekehrt ist Kirche in ihren Institutionen, ihrem Gemeindeleben auch offen für die ehrenamtliche Mitarbeit von Menschen, die dem Glauben eher fernstehen.

Wie gesagt: Offensichtlich korrespondiert der Verlust an Mitgliedern nicht mit einem gleichzeitigen Verlust an Ehrenamtlichen. Aber in einem besonders wichtigen Segment scheint das doch der Fall zu sein: Der neue Freiwilligensurvey zeigt, dass die Tendenz der abnehmenden Verantwortungsübernahme ungebrochen ist. Haben sich 1999 noch 38 Prozent aller Ehrenamtlichen in einer Leitungsfunktion gesehen, so waren es 2014 gerade 27,5 Prozent (Röbke / Schwab 2016). Im kirchlichen und religiösen Bereich sind es nur 23,9 Prozent (Simonson et. al. 2016, S. 295 ff.). Nicht umsonst wird bei jeder Kirchenvorstandswahl gezittert, ob noch genügend Bewerbungen zusammenkommen, die sich für den ungewöhnlich langen Zeitraum binden wollen.

Etwas Weiteres kommt hinzu: Die zitierte Studie von König und Maschke zeigt eine Abnahme religiöser Motivationen des freiwilligen Engagements. Für 40 Prozent der in der Kirche Engagierten spielt Religiosität und Spiritualität keine oder nur eine geringe Rolle für ihr Engagement. Sich als Christ berufen zu fühlen, war 2005 das dritthäufigste Motiv. 2012 liegt es an zehnter Stelle. Vorne liegen, wie auch bei anderen Formen und Milieus des Bürgerschaftlichen Engagements, Beweggründe wie: »Mit anderen etwas gemeinsam tun«, »Freude haben«. Kirchliches Engagement scheint sich dem gesellschaftlichen Standard anzugleichen: König und Maschke sprechen von »altruistischem Individualismus«. Die Autoren finden es überhaupt nicht verwerflich, auch den eigenen Mehrwert der guten Tat für sich zu re-

klamieren. Alles andere wäre doch absurd: Warum muss es denn unangenehm sein, sich fürs Gemeinwohl zu engagieren. Dass das Werk für andere auch Freude bereiten kann, ist doch genuin lutherisch. Und ein weiteres Argument: Die Suche nach Sinn, auch nach Spiritualität im Leben, kann eine verborgene Quelle sein, über die man in einer säkular gewordenen öffentlichen Kommunikation keine Rechenschaft gibt, die aber dennoch ergiebig ist. Das sollte man nicht unterschätzen, auch nicht bei jenen, die sich jenseits der Kirche engagieren. Viele werden vom Glauben angetrieben, dass in der Welt mehr steckt, als wir gemeinhin annehmen, und sie versuchen mit ihrem Engagement, diese Sinnebene freizulegen. Vielleicht wird dies nicht als erste Priorität benannt, aber es steckt schon tief in den Menschen.

Man könnte diese Tendenzen als Säkularisierung innerhalb der Kirche und ihrer Einrichtungen auch als Herausforderung begreifen. Man könnte diesen Befund aber auch wenden, nämlich als Aufforderung, den volksskirchlichen Auftrag im Sinne Schleiermachers und Wicherns zu verstärken und zu erweitern. Gerade in dieser strategischen Ausrichtung könnte das Bürgerschaftliche Engagement in und rund um die Kirche eine eminente Rolle spielen. Zudem wäre damit eine Wiederbesinnung auf die eigenen Wurzeln des protestantischen Glaubens verbunden, was ich später im Hinblick auf den zentralen Wert der Nächstenliebe gesondert aufgreifen möchte. Nach meiner Überzeugung weist die evangelische Kirche eine kulturelle Grundierung auf, die diesen Motivationen eines offenen, weltzugewandten Engagements entgegenkommt.

- In der Lutherischen Kirche ist jeder gleich zu Gott. Es gibt keine theologische Gemengelage und Interferenz zwischen den polaren oder komplementären Beziehungen Ordinierte – Laien, Hauptamtliche – Ehrenamtliche wie in der katholischen Kirche. Natürlich mag es in der Realität genügend widerlegende Beispiele geben – manche Insider werden wahrscheinlich über meine Naivität schmunzeln, aber ich bin überzeugt, dass diese fundamentale theologische Linie auch die allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsrichtung sein wird. In der Zukunft könnte das lutherische Paradigma das Vorbild für eine zivil engagierte Religion bilden. Es ist gleichsam der stärkste Gegenpol zum neuen religiösen Fundamentalismus, den wir an vielen Orten der Welt zu beklagen haben.

- Männer mögen in den Ämtern dominant sein, aber die Öffnung für Frauen, auch in den höchsten Ämtern, ist in der Lutherischen Kirche im Vergleich zu den meisten (oder allen?) anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften schon weit fortgeschritten. Das ist auch für das Bürgerschaftliche Engagement wichtig, denn in vielen Kirchen gibt es schon die Unsitte, das Engagement der Frauen mit einem »Vergelt's Gott« zu entschädigen. Nur eine Organisation, die sowohl im Ehrenamt als auch im Hauptamt das Gender Mainstreaming ernst nimmt, wird dem Bürgerschaftlichen Engagement in Zukunft eine Heimat bieten können. Die lutherische Kirche kennt das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen beileibe auch, das will ich nicht bestreiten, aber sie ist viel weiter als andere Kirchen und Religionsgemeinschaften, was die Gleichberechtigung der Geschlechter betrifft. Und das ist gerade in gesellschaftlichen Bereichen wie der Kirche, wo das Ehrenamt vor allem weiblich geprägt ist, enorm wichtig – und sicher auch ausbaufähig.

4. Motivationen: Der Kern kirchlichen Engagements

Wahrscheinlich waren viele Protestanten überrascht, wie dem neuen Papst Franziskus die Herzen zufliegen. Aber es hängt wohl stark damit zusammen, dass der Wert der Barmherzigkeit und der Nächstenliebe, des Eintretens für die Armen, die Unterdrückten, die Flüchtlinge, plötzlich einen neuen Stellenwert in der Katholischen Kirche bekommen hat und offensichtlich authentisch vom Haupt der Katholischen Kirche vorgelebt wird. Walter Kardinal Kasper – man sagt, er sei einer der wichtigsten Ratgeber des Papstes – schreibt in einem aktuellen Buch, das die Barmherzigkeit zum Gegenstand hat, über seine Verwunderung, wie vernachlässigt dieser Grundbegriff des Evangeliums bislang in der theologischen Diskussion der Katholischen Kirche war. Aber nun scheint ein neuer Aufbruch gemacht, der gerade auch dem ehrenamtlichen Engagement Auftrieb und Bedeutung verleiht. Gerade die Fluchtbewegungen seit Sommer 2015 haben zu einer eindeutigen Positionierung und politischen Einmischung der beiden großen Kirchen beigetragen. Und sie haben auch dazu beigetragen, dass die Kirche im öffentlich politischen Raum der Demokratie Flagge zeigte wie selten. Ich finde das gut, denn hier waren die Kirchen wirklich die unabhängigen und starken Stimmen einer zivilgesellschaftlichen Werteorientierung, die aus der Mitte des Glaubens kam, also nicht irgendwie aufgesetzt war (Kardinal Kasper 2012).

Der kanadische Philosoph Charles Taylor, nicht nur einer der berühmtesten seiner Zunft, sondern auch Gesprächspartner verschiedener Päpste, ist in seinem Hauptwerk »Ein säkulares Zeitalter« der Frage nachgegangen, was eine von ihm durchaus begrüßte Entwicklung zur modernen säkularen Gesellschaft an Glaubensbotschaft verliert. Seine Kernbegriffe sind Agape, die Liebe Gottes, die von den Menschen in der Koinonia, der Gemeinschaft, weitergetragen wird. Diese Gemeinschaft gibt die Liebe Gottes weiter. Sie agiert in ihrer Nächstenliebe nicht hermetisch auf sich bezogen, sondern im Sinne des Gleichnisses des Barmherzigen Samariters. Das meint für Taylor zweierlei. Die Gestalt des Samariters ist nicht christlich und nicht jüdisch. D.h. es geht gar nicht darum, ob jemand Mitglied einer Religion oder Rasse ist, die die Gemeinde konstituieren, sondern es sind diejenigen, die Nächstenliebe aktiv ausüben, die Agape mit ihrem Beitrag in der Gesellschaft der Menschen erfüllen und verwirklichen. Und zweitens: Der Nächste, dem der Samariter hilft, ist eben jener, der zufällig am Straßenrand gefunden wird, also auch kein exklusives Mitglied einer Gemeinschaft. Diesen Kern der christlichen Botschaft, sagt Taylor, spürt die Moderne als Defizienz ihrer eigenen Grundlagen, die auf Objektivierung statt auf Barmherzigkeit, auf Des-Engagement statt auf tätiger Nächstenliebe gerichtet sind. Und gerade diese Sehnsucht verkörpert sich für Taylor nicht nur in der Kirche, sondern in der offenen aktiven, gemeinwohlorientierten Zivilgesellschaft. Deswegen ist für ihn das Bündnis der Zivilgesellschaft und der Kirche in all seinen Schriften die wesentliche Klammer einer neuen, auf Solidarität beruhenden Moderne. Wichtig ist ihm, dass wir uns dazu gleichsam in Freiheit entscheiden. Auch hier ist eben die Brücke zum »Eigensinn« der Zivilgesellschaft und der Freiheit des Christenmenschen. Nicht die Pflicht der Verhältnisse oder Hierarchien darf entscheidend sein. Aber gerade für die Freiheit braucht es auch Freiräume, auch in der Kirche.

Um nicht missverstanden zu werden: Barmherzigkeit ersetzt nicht den Sozialstaat. Wir wissen, dass gerade in Ländern mit einem starken sozialen Sicherungssystem, etwa in Skandinavien oder den Niederlanden, das Bürgerschaftliche Engagement deutlich höher ist als beispielsweise in Bulgarien oder Rumänien. In diesem Sinne ist Barmherzigkeit oder Nächstenliebe als ein notwendiges Korrelat des Sozialstaats zu verstehen. Einerseits als Ergänzung, andererseits aber auch als der Boden, auf dem erst der Sozialstaat wachsen kann, ganz im Sinne des berühmten Worts Ernst-Wolfgang Böckenfördes, wonach der Staat

auf Voraussetzungen beruht, die er selbst nicht schaffen kann. Und dazu gehört eben eine starke Zivilgesellschaft.

Neben dieser Aufwertung der Nächstenliebe wird nach meinem bescheidenen Einblick in kirchliche Angelegenheiten eine weitere Wiederentdeckung gefeiert: Die biblische Lehre von den Charismen, die sich ja auch in Luthers Berufsbild widerspiegelt. Über die Vielfalt der Charismen und Talente wird eine andere Vorstellung von vernetzter Gemeinde (wieder) sichtbar, die nicht auf vertikalen Hierarchien und organisatorischen Ritualen aufbaut, sondern auf der Komplementarität und dem Reichtum an Kompetenzen und Persönlichkeiten, die auf gleicher Ebene kommunizieren und kooperieren. Dieses Bild von Gemeinde trifft sich sehr gut mit dem modernen Verständnis des Bürgerschaftlichen Engagements als Quelle sozialen Beziehungskapitals (Robert Putnam), das einerseits Gemeinschaft stiftet (bonding social capital), andererseits Brücken zu anderen, fremden Welten (bridging social capital) schlägt (vgl. Popp 2014).

Neben Barmherzigkeit und Charismen gibt es für mich noch eine dritte Botschaft. Es geht im Bürgerschaftlichen Engagement nach meiner Überzeugung um eine Beziehung zwischen Menschen, die nicht dem allumfassenden Tauschprinzip des Marktes unterliegt, aber eigentlich – nach Luther – das Wesen des Werke schaffenden Christenmenschen ausmacht: Aus eigener Freiheit für andere nützlich zu sein, Verantwortung für die Welt zu übernehmen, ohne darauf zu spekulieren, dass man dafür schon eine Gegenleistung erhalten würde. Nein, es geht gerade nicht um die kalkulierte Belohnung, sondern um die mit der Tätigkeit verbundene Lust und Liebe. Paradoxiere Weise schafft gerade die enttäuschte Erwartung der Belohnung für Luther erst den Freiheitsraum der Handlung.

So schreibt der Reformator in »Von der Freiheit eines Christenmenschen«: »Denn der Mensch lebt nicht nur in seinem Leib, sondern auch unter andern Menschen auf der Erde. Darum kann er ihnen gegenüber nicht ohne Werke sein; er muß mit ihnen ja zu reden und zu tun haben, wiewohl ihm keins dieser Werke zur Rechtschaffenheit und Seligkeit notwendig ist. Darum soll seine Absicht in allen Werken frei und nur darauf gerichtet sein, daß er damit den andern Leuten diene und nützlich sei, und nichts anderes vor Augen habe, als was den andern notwendig ist. Das heißt dann ein wahrhaftiges Christenleben, und

da geht der Glaube mit Lust und Liebe ans Werk, wie Sankt Paulus die Galater lehrt.«

Es wäre interessant, diese Gedanken einmal mit den neuen Strömungen der Gemeinwohlökonomie zu vergleichen. Die Leute, die sich zum Beispiel bei Wikipedia engagieren, wissen ganz genau, dass der Tod ihrer Ideale sofort eintritt, wenn sie für den Zugriff auf ihre Enzyklopädie Geld verlangen würden. Die Entwicklergemeinde der Open-Source-Programme würde dann sehr schnell in der Welt von Facebook und Microsoft landen. Sie sind also in ihrer ökonomischen »Nai-vität« sehr intelligente Verweigerer. Gerade die Ökonomie des Geschenks macht ihre Werke so hinreißend. Ihre Authentizität vergrößert die Gemeinde. Das kommt dem Lutherischen Werkverständnis doch sehr nahe (vgl. Scheub / Jensen 2014).

5. Orte als Beispiele der Veränderung von Kirche

Freilich: Ein so großer Tanker wie die evangelische Kirche hält natürlich eine eingeschlagene Richtung sehr lange aufrecht. Ja, es gibt Bürokratie, Unbeweglichkeit, amtskirchlichen Habitus. Und doch: Da ich mit einigen Pfarrern befreundet bzw. bekannt bin, finde ich es schon atemberaubend, wie stark sich die Basis des Gemeindelebens in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Das ist auch, nach meinem Eindruck, im Sinne der Kirchenspitze, die einer neuen Generation angehört: Wolfgang Huber, Margot Käßmann, Heinrich Bedford-Strohm haben zweifellos die neuen Denkrichtungen einer offenen, gesellschaftlich sensiblen und politisch sich einmischenden Amtskirche beflügelt. Natürlich müssen sich die eingespielten Hierarchien daran erst gewöhnen. Dazu nur einige Schlaglichter:

- Ein Bekannter hat eine neue Pfarrei auf dem Land übernommen und will ein altes, aus dem Barock stammendes Gemeindehaus zum Bürgerhaus für alle umbauen. Nun stellt die Gemeinde Anträge auf LEADER-Förderung. Und plötzlich kommt ein neuer Zustrom von Ehrenamtlichen, die der Kirche eher fernstehen, sich aber für eine lebendige Ortsmitte einsetzen.
- An vielen Orten entstehen offene Jugendkirchen oder architektonisch ansprechende Gemeindehäuser, die sich für außerkirchliche Gruppen öffnen und von diesen auch gerne angenommen werden. Neue Zentren wie das »eckstein« in Nürnberg haben innerhalb weniger Jahre eine große Menge von Menschen zu

Diskussionen, Veranstaltungen, Familientreffen usw. beherbergt. Sie sorgen dafür, dass Kirche eine neue Bindung zur Stadtgesellschaft erhält.

- Jedes Jahr räumt die Gustav Adolf Vesperkirche Nürnberg Südstadt für einen Monat ihren Kirchenraum für die Vesperkirche. Hier kommt der ganze Stadtteil, einer der ärmeren Nürnbergs, zum Mittagessen zusammen. Hunderte von Ehrenamtlichen organisieren das Tag für Tag. Man findet kaum mehr einen Platz. Andere Angebote schließen zwanglos an und helfen unaufdringlich. Es gibt eine Frisierstube, eine Berufsberatung usw., alles ehrenamtlich und umsonst. Der ganze Stadtteil wird sichtbar. Sandler essen am selben Tisch wie Banker, die gleichsam ihren »Businesslunch« in der Vesperkirche einnehmen. Jeder zahlt, was man will oder kann. Und die 80.000 Euro, die für die Vesperkirche jedes Jahr notwendig sind, werden von einem ehrenamtlichen Fundraising-Team zusammengebracht (www.vesperkirche-nuernberg.de).

Kirche ist überall zentral: Die Orte sind um sie gebaut, die Stadtquartiere haben sie in ihrer Mitte. Kirche und Sozialraum, das ist für die Zivilgesellschaft eine ungeheure Ressource. Identifizierbar ist Zivilgesellschaft nämlich erst dann, wenn es auch Orte in der realen Welt gibt. Das bildet die Bezugspunkte der Nachbarschaft, der Dorfgemeinschaft, der Quartiersöffentlichkeit. Der Ort der Kirche ist vielleicht zu selbstverständlich geworden. Er könnte und sollte mit neuen Bedeutungen aufgeladen werden. Der Erfolg der Jugendkirche und der Vesperkirche weisen einen neuen Weg der Kirche in die Zivilgesellschaft.

6. Kirche der Aufklärung

Nun mein letzter Punkt, wo ich eine besondere Rolle insbesondere der evangelischen Kirche in der Zivilgesellschaft sehe: Die Lutherische Kirche versteht sich heute zweifellos als Teil einer von staatlicher Macht unabhängigen, demokratischen Zivilgesellschaft. Sie hat das historisch nicht immer durchgehalten, aber es ist jetzt, nach vielen schmerzhaften Erfahrungen, wo sie sich zu eng an den Staat geklammert hat, nach meiner Wahrnehmung ein breiter Konsens. Die Lutherische Kirche achtet das, was der Politikwissenschaftler Thomas Meyer das »Lessingsche Minimum« genannt hat, nicht widerstrebend, sondern aus Überzeugung (Meyer 2015). Es ist die nicht nur knirschend akzeptierte, sondern willkommen geheißen Trennung von Glaube und staatlicher Macht, die Toleranz der Glaubensrichtungen.

Aber auch im öffentlichen Umgang in einer vielfältig gewordenen Welt geht es darum, seine Überzeugungen vertreten zu können, ohne sie als Wahrheitsanspruch anderen überstülpen zu wollen. Das ist gleichsam der Betriebsmodus modernen Bürgerschaftlichen Engagements: Respekt und Augenhöhe.

Diese Haltung, dieses historisch erworbene Erbe ist heute, da auch die religiösen Fundamentalismen wieder anwachsen, eine unverzichtbare Stimme einer vitalen, toleranten und vielfältigen Zivilgesellschaft. Und der Fundamentalismus wächst ja nicht nur im Islam, man muss nur an Victor Orbans Vorstellungen des Christlichen Abendlands denken, gleichsam national und christlich homogenisiert. Oder an einige evangelikale Strömungen in den USA, die eng mit Donald Trump verbunden sind. Kirche kann auch anders und das erfolgreich: Sie kann Vielfalt und Toleranz vorleben. Das ist die Botschaft, die Kirche gegenüber fundamentalen Strömungen im interreligiösen Dialog aussenden muss.

7. Zum Schluss: Gibt es also Probleme?

Nun aber genug der Wertschätzung und der Potenziale, nun auch ein wenig Selbstkasteiung. Gibt es denn überhaupt keine Probleme? Und hier kommen wir wieder an den Beginn meines Vortrags: An die zunehmende Professionalisierung und Vermarktlichung, Verdienstleistung, Effektivierung, die insbesondere die Wohlfahrtspflege und die sozialen Dienste tangiert. Der Kostendruck, die in naher Zukunft sinkenden Einnahmen aus den Kirchensteuern, die demografische Alterung der Kirche. Die fachlichen Anforderungen sind gestiegen. Die Konkurrenz, auch mit gewerblichen Anbietern, hat massiv zugenommen. Dann müssen vielleicht die Pfarrstellen eingespart werden. Also fragt man sich: Wo beginnt das Sparen. Oft ist hier doch das Ehrenamt ein mögliches »Opfer«, auch weil man bestimmte Kernbereiche, die man theologisch für wichtiger hält, retten will. Das birgt aber die Gefahr, dass Kirche nur um sich selbst zu kreisen beginnt. Dem Sparzwang, der Effizienzsteigerung ist manches »entschleunigte« Biotop des freiwilligen Engagements zum Opfer gefallen. Die Wohlfahrtspflege war aber nicht nur Opfer dieser Entwicklung. Große Träger wie die Diakonie Neuendettelsau haben sich darauf eingelassen und sind zu geschickten Akteuren auf dem Sozialmarkt aufgestiegen. Aber haben sie sich dabei um die Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements in ihren Einrichtungen gekümmert?

Professionalisierung und Verfachlichung sozialer Dienste und ein immer größerer Kostendruck in der Kirche hinterlassen ihre Spuren in einer Organisationskultur, die im Ehrenamt traditionell verwurzelt ist. Man sieht das vor allem an den Führungsgremien. Ehrenamtliche Vorstände wurden durch hauptamtliche Geschäftsführer abgelöst. Verbandsstrukturen von Unternehmensstrukturen getrennt.

Um neue Tätigkeitsfelder für das Bürgerschaftliche Engagement zu erschließen, müsste man integrierte Konzepte der Förderung und Finanzierung entwickeln, die sich nicht nur nach Effektivität und Effizienz ausrichten. Dazu eine Art Gleichnis: Wenn man in der EU den massenhaften Maisanbau fördert, kommt es zur Vermaischung der Landschaft. Die Vogelpopulation geht um die Hälfte zurück, ohne dass man es so recht merkt, weil die Schutzzonen in den Hecken etc. verschwinden. Erst wenn man auch diese scheinbar unnützen Inseln des Wildwuchses fördert, werden die Vögel zurückkehren. Erst dann kann ein neues ökologisches Gleichgewicht entstehen, das auch den Anbauflächen zu Gute kommt, weil man vielleicht nicht mehr so viele Pestizide einsetzen muss, um Schädlinge abzuhalten. Diese Ökologie könnte auch eine Sozialökologie für die Förderung und den Betrieb sozialer Einrichtungen abgeben. Dann wird unsere Welt wieder reicher. Das gilt auch für den Eigensinn des Bürgerschaftlichen Engagements, der seine Hecken und Freiräume braucht. Wenn sich die Kirche einmal in der Gesellschaft umschaute, würde sie viele interessante Partnerschaften finden.

Anmerkungen:

¹ Die Stadt Nürnberg hat als eine der wenigen Ausnahmen ein größeres Freiwilligenprogramm für den ehrenamtlichen Einsatz in Kitas geschaffen und für das Freiwilligenmanagement Haushaltsmittel eingestellt (siehe hierzu: Rübke 2016).

Literaturhinweise:

Amt für Gemeindedienst / Jakubek, Ulrich (Hrsg.) (2015): Ehrenamt sichtbar machen. Evaluation der Ehrenamtlichkeit in der ELKB und deren Konsequenzen. Nürnberg: Eigenverlag.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2014. Download unter www.bmfsfj.de (2.8.2016).

Diakonisches Werk Württemberg (Hrsg.) (2016): Geld und Ehre? Eine Arbeitshilfe zu Aufwandsentschädigungen und Vergütungen im Freiwilligen Engagement. Stuttgart: Eigenverlag.

EKD-Statistik (2014): Hauptamt und Ehrenamt. Download unter: www.ekd.de/download/hauptamt_und_ehrenamt.pdf (02.8.2016).

Martin, Michael (2012): Statement auf der Pressekonzferenz am 04.12.2012. Download unter www.ehrenamt-evangelisch-engagiert.de/uploads/media/Statement_Martin_02.pdf (2.8.2016).

Meyer, Thomas (2015) : Religion, Politik, Demokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 1, S. 8-17.

Popp, Thomas (2014): Netzwerken im Neuen Testament – Paradebeispiel Paulus. In: Jakubek, U., Straus, F. (Hrsg.), Netzwerke sichtbar machen. Impulse für Gemeindeentwicklung. Nürnberg: Eigenverlag, S. 67-71.

Kardinal Kasper, Walter (2012): Barmherzigkeit. Grundbegriff des Evangeliums – Schlüssel des

christlichen Lebens. Freiburg im Breisgau: Herder.

Röbke, Thomas / Schwalb, Lilian (2016): Was kann und soll eine quantitative Befragung zu bürgerschaftlichem Engagement leisten? Der Freiwilligensurvey 2014 in der engagementpolitischen Diskussion. BBE Newsletter 14/2016. Download unter: www.ehrenamt.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/newsletter-14-roebke-schwalb.pdf (02.08.2016).

Scheub, Ute / Jensen, Annette (2014): Glücksökonomie. Wer teilt, hat mehr vom Leben. München: oekom verlag.

Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Download unter: www.bmfsfj.de (02.8.2016)

Taylor, Charles (2009): Ein säkulares Zeitalter. Berlin: Suhrkamp.



Jahrgang 2019

- 20/19 – **Neue Regeln in der Wohngemeinschaft Gottes** (Studententagung zu einer migrationssensiblen Ekklesiologie, Evangelische Akademie Bad Boll) 60 Seiten / 5,30 €
- 21/19 – **Belhar-Konferenz**, Lippische Landeskirche, Detmold, Christuskirche und Gemeindesaal Bismarckstraße, 25. bis 26. Januar 2019 / **Belhar Conference**, Church of Lippe, Detmold, Christuskirche and parish hall Bismarckstraße, 25 to 26 January 2019 92 Seiten / 7,50 €
- 22/19 – **Berichte vor der Synode**: Landesbischof Gerhard Ulrich (Landessynode der Nordkirche, Rostock-Warnemünde, 28. Februar 2019), Landesbischofin Ilse Junkermann (Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Kloster Drübeck, 9. Mai 2019) / **Von blinder Wut, heiligem Zorn und politischer Empörung – Zum Umgang mit Emotionen in Politik und Religion** (Akademiedirektor Dr. Thorsten Latzel – 24 Seiten / 3,60 €
- 23/19 – **Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung** (Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 28. bis 29. November 2018) – 68 Seiten / 5,60 €
- 24/19 – **Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – 30 Jahre Ökumenische Versammlung in der DDR** (Tagung in der Katholischen Akademie in Berlin, 27. März 2019) – 28 Seiten / 3,60 €
- 25/19 – **Kirchentag und AfD** (Dr. Julia Helmke/ Prof. Dr. Hans Michael Heinig/Prof. Dr. Thorsten Moos) – 32 Seiten / 4,30 €
- 26/19 – **»Evangelisches Profil im Kontext einer pluralen Gesellschaft«** Kirchliche und diakonische Organisationsentwicklung im Spiegel von pluraler Gesellschaft und Recht (Tagung an der Evangelischen Akademie Hofgeismar) – 60 Seiten / 5,30 €
- 27/19 – **VELKD-Bischofskonferenz »Leitung in der Kirche«** (Klausurtagung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), 15. bis 18. März 2019, Straßburg/Strasbourg, Frankreich/France) – 48 Seiten / 4,80 €
- 28/19 – **37. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1). Predigt im Eröffnungsgottesdienst und Bibelarbeiten**. Dortmund, 19. bis 23. Juni 2019 – 32 Seiten / 4,30 €
- 29/19 – **Möglichkeiten und Herausforderungen gewaltfreier Konfliktbearbeitung** (Heidelberger Gespräch 2019, 8. und 9. März 2019) – 44 Seiten / 4,80 €
- 30/19 – **Der Pfarrberuf. Profil und Zukunft** (Symposium der Akademie der Versicherer im Raum der Kirchen, 20. bis 22. März 2019, Evangelische Tagungsstätte Hofgeismar) – 88 Seiten / 6,80 €
- 31-32/19 – **Christliche Friedensarbeit hat Geschichte – Tagung zu 50 Jahre »Aktiongemeinschaft Dienst für den Frieden«** (AGDF) (Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 28. bis 29. März 2019) – 92 Seiten / 7,50 €
- 33/19 – **Religion und Staat – Zwischen Kooption und Kooperation: Südafrikanische und deutsche Erfah-**

rungen im Dialog (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit der Ecumenical Foundation of Southern Africa), 13. bis 15. Februar 2019 – 84 Seiten / 6,80 €

34/19 – **»Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina«** (Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit vor der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz, 1. August 2019) – **Erklärung von Bischof Abromeit zu aktuellen Medienberichten anlässlich seines Vortrags zum Israel-Palästina-Friedensprozess** (5. August 2019) – **Statement der Nordkirche: Klare Haltung gegen jede Form von Antisemitismus – Reaktion auf Vortrag von Bischof Dr. Abromeit zum Israel-Palästina-Friedensprozess** (5. August 2019) – 20 Seiten / 2,80 €

35/19 – **37. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2). Hauptpodien**, Dortmund, 19. bis 23. Juni 2019 28 Seiten / 3,60 €

36/19 – **Menschenrechte sind unteilbar – Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa** (19. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, 24. bis 25. Juni 2019) – 40 Seiten / 4,30 €

37/19 – **Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges** (Beiträge einer Gedenktagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, 23. bis 24. November 2018) – 64 Seiten / 5,60 €

38-39/19 – **Theologische Phantasie und soziologisches Lernen** (Texte zur Verabschiedung von Gerhard Wegner als Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SI) der Evangelischen Kirche in Deutschland – 100 Seiten / 8,20 €

40/19 – **Die Kurden – Ein Volk ohne Staat**. Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland und des Vereins NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien, Bonn, 4. Mai 2019 – 48 Seiten / 4,80 €

41/19 – **medien || kontrolle – Wer kontrolliert die Kontrolleure?** (Südwestdeutsche Medientage 2019 Veranstaltung der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz) – 36 Seiten / 4,30 €

42/19 – **37. Deutscher Evangelischer Kirchentag (3)**. Dortmund, 19. bis 23. Juni 2019 – 36 Seiten / 4,30 €

43/19 – **Geschlecht – Gesellschaft – Gewalt** (Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, 24. bis 26. Mai 2019) – 64 Seiten / 5,60 €

44/19 – **ÜberWunden**. Zweites Forum zum Bußwort des Landeskirchenrats der EKM vom Bußtag 2017, Erfurt, 25. Mai 2019 – 36 Seiten / 4,30 €

45/19 – **Nachhaltige Ernährung – Beiträge von Kirche und Diakonie zur Ernährungswende**. 2. Nachhaltigkeitsforum der EKD, Evangelische Akademie Bad Boll, 9. bis 10. September 2019 – 56 Seiten / 5,30 €

46/19 – **Blumhardt-Gedenken: Damit die Schöpfung vollendet werde ...** (Gedenktagung und -veranstaltungen der Evangelischen Akademie Bad Boll) – 56 Seiten / 5,30 €

Jahrgang 2019

47/19 – **Sommerempfang des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim** (3.9.2019) – **Gemeinsam am Tisch des Herrn** (Texte zum Votum des ÖAK, Frankfurt/Main, 11.9.2019) – **Ecumenism, is It Still On?** (Landesbischof Manzke, Madrid, 16.9.2019) – **10. Weltversammlung von »Religions for Peace«** (Lindau, 20.-23.8.2019) – 32 Seiten / 4,30 €

48/19 – **Wort des Bischofs – Herbsttagung 2019 der 4. Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz** (Von Bischof Dr. Markus Dröge, Berlin, 24. Oktober 2019) – **Persönliches Wort an die 27. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens** (Von Landesbischof a.D. Dr. Carsten Rentzing, Dresden, 15. November 2019) – 20 Seiten / 2,80 €

49/19 – **Ökumenischer Lagebericht 2019 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD, Bensheim) – 40 Seiten / 4,30 €

50/19 – **Synodentagung 2019 in Dresden (1)**
6. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD – 32 Seiten / 4,30 €

51/19 – **Geschichte, die dampft** (kirchenhistorische Vorträge auf der Tagung »Bilder tauschen – Kirche in der DDR«, Evangelische Akademie Thüringen, 12. bis 14. September 2019) – 36 Seiten / 4,30 €

Jahrgang 2020

1-2/20 – **GKKE-Rüstungsexportbericht 2019**
72 Seiten / 5,90 €

3/20 – **Synodentagung 2019 in Dresden (2)**
6. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD – 32 Seiten / 4,30 €

4/20 – **In Stein gemeißelt – zum Umgang mit eingefurchten antisemitischen Bildern** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin, Lutherstadt Wittenberg)
60 Seiten / 5,30 €

5/20 – **Synodentagung 2019 in Dresden (3)**
6. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD – 52 Seiten / 5,30 €

6/20 – **Organspende** (Diskussion und Entscheidung im Deutschen Bundestag, 16. Januar 2020)
60 Seiten / 5,30 €

7/20 – **70 Jahre Grundgesetz – »Was ist unsere Verfassung wert?«** (Beiträge der Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, 21. bis 23. Juni 2019) – 52 Seiten / 5,30 €

8/20 – **Synodentagung 2019 in Dresden (4)**
6. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD – 44 Seiten / 4,80 €

9/20 – **75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz** (Rede von Bundespräsident Steinmeier in Yad Vashem; Gemeinsame Erklärung des EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm und des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Marx; Gedenkgottesdienst und Requiem im Berliner Dom) – **Entscheidungsjahre der Kirche im 20. Jahrhundert** (Vortrag von Bischof em. Hein anlässlich des 70. Geburtstags von Bischof i.R. Noack, Halle, 21. November 2019)
24 Seiten / 3,60 €

10/20 – **70 Jahre Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit: Ausstellung, Gemeinschaftsfeier, Festakt, Verabschiedung des Generalsekretärs** (Frankfurt am Main, 25. bis 27. Oktober 2019) – 52 Seiten / 5,30 €

11/20 – **Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke – Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland** (Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum 70-jährigen Jubiläum des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing, 14. bis 16. Juni 2019) – 76 Seiten / 6,10 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-225.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: kundenservice@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 30,55 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 35,55 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 28,85 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.